Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 19 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 23. Januar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Zehn Kinder getötet

Schweres Autobusunglück in Nordamerika

Cleveland, 22. Jan. (Drahtmeldung.) In der Nähe des Städtchens Berea wurde an einem Bahnübergang ein mit Schulkindern besetzter Automobilomnibus von einem Personenzug der Neuyork-Zentralbahn erfaßt. 10 Kinder und der Führer des Autobus wurden auf der Stelle getötet.

Zu dem Unglück wird noch gemeldet, daß der Autobus mit insgesamt 23 Kindern besetzt war. Acht Studenten der Hochschule von Berea waren, kurz bevor das Unglück geschah, ausgestiegen. Bei den Opfern handelt es sich um Schüler der unteren Klassen einer anderen Schule. Der Bahnübergang, an dem sich das Unglück ereignete, führt über eine viergleisige Strecke der Neuyork-Central-Bahn. Der Autobus befand sich gerade auf der Mitte des Bahndammes, als er von einem nach Chicago fahrenden Zug erfaßt und völlig zertrümmert wurde. **Der Anprall war so gewaltig, daß die Trümmerstücke und verstümmelte Leichen 100 Meter weit auf dem Bahndamm verstreut wurden.** Die Schmerzensrufe der Verletzten und Sterbenden erhöhten den Schrecken des furchtbaren Unglücks. Das Personal des Unglückszuges, der sofort zum Halten gebracht wurde, beteiligte sich im Verein mit den Bewohnern der in der Nähe befindlichen Farmen am Rettungswerk. Dieses Autounglück ist das vierte, das sich im Laufe der letzten drei Wochen im Staate Ohio ereignet hat.

Haag einstimmig gebilligt

Mittwoch war Aussprache im Reichskabinett - Anfang nächster Woche sind Reichsratsberatungen

WTB. Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in seiner heutigen Vormittags- und Nachmittagssitzung mit dem Gesamtergebnis der Haager Konferenz. Es nahm zunächst die Berichte des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Curtius, des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, und des Reichsministers der Finanzen, Dr. Moldenhauer, entgegen.

An die Berichte schloß sich eine Aussprache, in deren Verlauf der Reichskanzler im Namen des Kabinetts der deutschen Delegation für ihre Tätigkeit seinen Dank aussprach und auch den beteiligten Beamten für ihre Mitarbeit Worte der Anerkennung widmete.

Anschließend konnte der Reichskanzler die völlige Uebereinstimmung der Reichsregierung mit der Verhandlungsführung der Delegation und die einmütige Billigung der im Haag erzielten Ergebnisse feststellen.

Die entsprechenden Gesetzesvorlagen werden auf Grund des heutigen Kabinettsbeschlusses so rechtzeitig dem Reichsrat zugeleitet werden, daß seine Beratungen anfangs nächster Woche beginnen können.

Ein kurzfristiges Abkommen

Klärung von Mißverständnissen von der Londoner Flottenkonferenz

London, 22. Januar (Eig. Drahtber.)

Die Delegierten der Flottenkonferenz verbrachten den Mittwoch in inoffiziellen, jedoch, wie von unterrichteter Seite verlautet, nicht weniger wichtigen Besprechungen. Eine ganze Reihe von Mißverständnissen, die sich infolge einer gewissen Nervosität der Delegierten in den letzten 24 Stunden einzustellen schienen, sollen aus dem Wege geräumt worden sein.

Die Besprechungen zwischen Macdonald und den Amerikanern haben eine weitere Klärung hinsichtlich des Schlachtschiffbaues gebracht und gezeigt, daß sich in dieser Frage der englische und der amerikanische Standpunkt näher berühren, als man bisher angenommen hatte. Ferner ist ein drohendes englisch-amerikanisches Mißverständnis über das Verhältnis des geplanten „Urlaubs" im Schlachtschiffbau und zur Frage der Kreuzerparität aufgeklärt worden. In Amerika hatte man auf Grund der in der vorigen Woche abgegebenen Erklärung Ramsay Macdonalds fälschlich angenommen, daß die englische Regierung in der Kreuzerfrage gegenüber dem Problem der zeitweiligen Einstellung des Schlachtschiffbaues an zweiter Stelle zu verweilen wünsche. Macdonald hat in den Mittwoch-Besprechungen Mitteilung gemacht, durch die die diesbezüglichen amerikanischen Bedenken beschwichtigt worden sind.

Auch in der englisch-französischen Besprechung scheinen gewisse Fortschritte erzielt worden zu sein. Die Unterredung zwischen dem englischen und dem französischen Unterhändler bezog sich im wesentlichen auf das französische Verlangen nach einer in gewissen engen Grenzen gehaltenen Freizügigkeit der einzelnen Länder, Verschiebungen der Tonnenzahl zwischen den Schiffskategorien der Kreuzer und der Zerstörer nach eigenem Gutdünken vorzunehmen.

Der wichtigste Punkt, über den am Mittwoch eine allgemeine Uebereinstimmung erzielt wurde, bezieht sich auf die Dauer des Flottenabkommens, das man von der gegenwärtigen Konferenz erwartet. Man hat sich dahin geeinigt, daß als Ziel ein kurzfristiges Abkommen zu betrachten ist, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder revidiert werden kann.

In englischen Kreisen ist man der Auffassung, daß diese grundsätzliche Entscheidung das Zustandekommen eines Konferenz-Ergebnisses viel leichter machen wird, als die Schaffung eines dauernden Schlüssels für den Kreuzerbau oder ähnliche prozentuale Festsetzungen.

Die Nase voll!

Hergt lehnt es ab, über seinen Wahlkreis hinaus für die Deutschnationalen tätig zu sein

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtber.) **Aus deutschnationalen Kreisen verlautet, daß der Mitbegründer der deutschnationalen Partei und frühere Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Reichstagsabgeordnete Hergt, es abgelehnt hat, über seinen Wahlkreis hinaus agitatorisch für die deutschnationale Partei tätig zu sein. Ursache für seine Weigerung ist der Hugenberg-Kurs, mit dem auch Hergt unzufrieden ist.**

Die Christlich-Nationalen

im Reichstag

Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Nach einem Beschluß des Aeltestenrats des Reichstages sind der neuen Fraktion, der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft, ihre Plätze im Plenarsaal des Reichstages zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei angewiesen worden. Die neue Fraktion wird auch entsprechend ihrer Stärke in den Ausschüssen vertreten sein.

Klarheit!

Heute nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Es wird eine arbeitsreiche und politisch wichtige Arbeits-Periode werden, vielleicht die wichtigste und entscheidungsvollste, die der jetzige Reichstag haben wird. Es sind nicht nur große Schwierigkeiten zu überwinden, die ihre Ursachen in der Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben und durch die in allen öffentlichen Körperschaften bedeutende Finanzschwierigkeiten hervorgerufen worden sind, sondern es wird auch Klarheit über Weg und Ziel der politischen Führung Deutschlands geschaffen werden müssen.

Die erste Aufgabe des Reichstages ist die Erledigung der Young-Gesetze. Nach dem Verlauf der zweiten Haager Konferenz dürfte kaum noch ein Zweifel bestehen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Annahme dieser Gesetze wünscht, durch die eine wenn auch schwere, so doch immerhin in ihrem Ausmaß übersehbare Belastung Deutschlands mit Reparationsverpflichtungen geschaffen wird. In dieser Begrenzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen und in ihrer Ermäßigung liegen die Vorteile, von denen man nicht nur eine Erleichterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, sondern die zu gleicher Zeit auch Anlaß geben muß, den Pessimismus zu überwinden, der überaus ungünstige Wirkungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen hat. Daher sollte man sich nirgend darüber täuschen, daß, wenn die Annahme der Young-Gesetze nicht nur eine neue Periode der Außenpolitik, sondern auch eine neue Periode der Wirtschaftspolitik einleiten sollen, man die Hemmungen beseitigen muß, die der Zufuhr ausländischen Kapitals nach Deutschland gegenwärtig noch im Wege stehen. Niemand, der diese Forderung erhebt, will damit einer leichtfertigen Wirtschafts- oder Finanzpolitik das Wort reden. Niemand denkt daran, es dem ausländischen Gläubiger, der sein Geld nach Deutschland gibt, zu verübeln, wenn er sich mehr Sicherheit über seine Verwendung verschafft. In der Zeit des Kapitalismus ist das selbstverständlich. Aber eben so selbstverständlich ist, daß nach der Zerstörung großer Teile des deutschen Kapitals während des Krieges und der Inflation, nach der gewaltigen Steigerung des deutschen Kapitalbedarfes durch die Nationalisierung und nach dem Anwachsen des Teiles des deutschen Volkes, der erwerbsfähig ist, ohne ausländisches Kapital die Ausweitung der deutschen Produktion nicht möglich ist.

Damit hängt die zweite Aufgabe untrennbar zusammen. Je stärker die Wirtschaftskrise ist, um so schwerer ist die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Die Stagnation im Wirtschaftsleben griff die öffentlichen Finanzen von zwei Seiten her an. Sie verminderte die Steuereinnahmen und sie erhöhte die Ausgaben. Ordnung der öffentlichen Finanzen kann deshalb am leichtesten erfolgen, wenn ihr eine Besserung des Wirtschaftslebens vorausgeht, wenn infolgedessen sich die Einnahmen an Steuern wieder steigern, die sozialen Notstände aber geringere Anforderungen an die öffentlichen Kassen stellen.

Die Ordnung der öffentlichen Finanzen ist eine wichtige und sehr dringende Aufgabe. Es ist absolut falsch, wenn Kritiker die Beschlüsse der Vorstände der Spitzenkörperschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, bemängeln und hervorheben, daß darin nichts über die Sanierung der Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden gesagt worden ist. Die Sozialdemokratie hat sich immer zu einer verantwortlichen Finanzpolitik bekannt und sie sieht auch in diesem Augenblick keine wichtigere Aufgabe, als die öffentlichen Körperschaften von der unwürdigen Abhängigkeit privater Kapitalisten und der Reichsbank zu befreien, in die das Reich durch seine Kassenschwierigkeiten gelangt ist. Nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei jenen Illusionisten, die immer noch Steuersenkungspläne im Milliardenausmaß propagieren, liegt die Gefahr für eine gesunde Finanzpolitik. Aber lange werden diese Illusionisten ihr Handwerk ja nicht fortsetzen können. Wenn der Nachtragsetat für 1929 und der Hauptetat für 1930 von dem neuen Finanzminister Moldenhauer vorgelegt wird, so wird man sehen, daß für die Steuersenkungen kein Spielraum besteht, ja, daß Steuererhöhungen notwendig sind. Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß Herr Dr. Moldenhauer die Lage so schildern wird, wie sie ist und daß er nicht etwa unter dem Einfluß kapitalistischer Kreise, die sich auf die Steuersenkungen verbissen haben, zu undurchführbaren Maßnahmen neigen wird.

Ordnung der Finanzen hängt die dritte Aufgabe, die Sicherheit der sozialen Verpflichtungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden untrennbar zusammen. Wenn insbesondere die Arbeitslosenversicherung auch in diesem Jahre überaus hohe Reichszuschüsse erfordert, so ist das nicht wie im Vorjahre auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, sondern auf eine falsche Wirtschafts- und Geldpolitik, die unter dem Einfluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht längst zu einer wesentlichen Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt hat, und weder durch Abbau der Leistungen noch durch die Uebertragung der Lasten auf andere Sozialversicherungsträger wird sich das Reich entlasten können. Es muß vielmehr eine richtige Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen, daß das Heer arbeitswilliger Menschen zu Lohn und Brot kommt und nicht mehr von der öffentlichen Hand zu unterstützen ist.

In den Parteien der Regierungskoalition bestehen nicht nur über diese drei wichtigen Hauptaufgaben, sondern auch über eine Unmenge damit zusammenhängender Probleme Meinungsverschiedenheiten, die teilweise außerordentlich tiefgehend sind. Scharfe Kämpfe stehen deshalb bevor. Die Sozialdemokratie ist für sie gerüstet. Sie will eine Politik, die unter Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems die Republik schützen und ausbauen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern soll. Sie verlangt deshalb von den bürgerlichen Regierungsparteien, daß sie mit ihr zusammen den ernsten Willen zeigen, der Not des Volkes und der Not des Reiches Herr zu werden.

KPD.-Oberbürgermeister

in Solingen gewählt

Solingen, 22. Jan. (Drahtmeldung.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde im dritten Wahlgang der kommunistische Stadtverordnete Hermann Weber mit 27 Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen gewählt. Die 25 Stimmen der bürgerlichen Parteien und die Stimme des kommissarischen Oberbürgermeisters erhielt der frühere Bürgermeister von Wald, Seynsche. Die Sozialdemokraten erklärten, sie hätten im dritten Wahlgang deswegen für den kommunistischen Kandidaten gestimmt, weil es nicht sein dürfe, daß die bestehende Linksmehrheit durch die bürgerliche Minderheit majorisiert werde. Im ersten und zweiten Wahlgang hatten die Sozialdemokraten ihre acht Stimmen für ihren eigenen Kandidaten Hermann Meyer abgegeben.

Die Umgemeindung

Einführung des neuen Ortsrechts 1. August 1930

Berlin, 22. Jan. Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch abend mit einem Antrag der Regierungsparteien, der das Einführungsgesetz zum westlichen Umgemeindungsgesetz dahin abändern wollte, daß der Termin für die Einführung des neuen Ortsrechts in den neugebildeten Gemeinden auf den 1. April 1930 hinausgeschoben wird. Die Steuerumlagebeschlüsse sollen solange in Geltung bleiben, bis neue Beschlüsse der neugebildeten Gemeinden gefaßt seien. Zu dem Antrag wurde ein Zusatzantrag Greßler (Dem.) eingebracht, wonach den Gemeinden nicht bis 1. April, sondern bis 1. August Zeit gelassen wird für Aenderung der Ortspolizeiverordnung und für die Bildung der durch das Gesetz vorgesehenen Ortsgemeinschaft. Mit dieser Aenderung wurde der zugrundeliegende Antrag angenommen. Die Uebersicht über die Auflösung der Gutsbezirke soll erst in einer späteren Sitzung erledigt werden, da von der Regierung noch Material beigebracht werden soll.

Wohnungsbau für Bergarbeiter

Besondere Mittel vom Reich

Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Bergmannssiedlungen erledigt. Der Gesetzentwurf will für den Bau von Bergarbeiterwohnungen von Reichswegen besondere Mittel bereitstellen, die durch eine Abgabe von der geförderten Kohle aufgebracht werden soll. Der Ausschuß fügte die Bestimmung ein, daß neben dem Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister auch ein paritätischer Ausschuß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern das Aufsichtsrecht ausüben sollen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden sämtliche Anträge, welche auf eine Gleichsetzung der gesetzlichen Miete im ganzen Reich abzielten, vom Ausschuß abgelehnt.

Reaktion in der Kirche

Disziplinarverfahren gegen einen sozialdemokratischen Pfarrer

Berlin, 22. Jan. (Drahtmeldung.) Das Magdeburger Konsistorium hat gegen den sozialdemokratischen Pfarrer Kötzschke in Prösen ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet. Nicht weil Kötzschke Sozialdemokrat ist. So plump fängt man die Sache nicht an. Man wirft dem sozialdemokratischen Pfarrer vielmehr vor, daß er seine amtlichen und seelsorgerischen Pflichten vernachlässigt und einen großen Teil seiner Arbeitskraft anderen als seinen pfarramtlichen Pflichten widmet. Klatsch und Tratsch geben die Grundlagen dieser Vorwürfe gegen Kötzschke, der in erster Linie ein Opfer seiner Gesinnung werden soll.

In der Gemeinde des sozialdemokratischen Pfarrers hat das Disziplinarverfahren einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Arbeitergemeinde Prösen steht zu dem Sozialdemokraten Kötzschke. Sie ist mit ihm durchaus zufrieden und begrüßt vor allem seine offene Stellungnahme für den Achtstundentag im Mitteldeutschen Stahlwerk. Erst dieser Tage wurde Kötzschke von einer von 300 Personen besuchten kirchlichen Jahresversammlung der Gemeinde Prösen das Vertrauen ausgesprochen.

Der kommunistische Funktionär

Bedingung: Illegale und militärische Schulung

Die kommunistische Partei bestreitet nach wie vor, daß sie eifrig dabei ist, sich auf illegale Tätigkeit einzustellen und ihr ein Verbot sogar willkommen wäre, sie bestreitet das, obwohl nichts leichter als das Gegenteil bewiesen werden kann.

Im Jahre 1929 hat die kommunistische Partei Richtlinien für die Vorbereitung der illegalen Arbeit aufgestellt und ihren Unterorganisationen durch Rundschreiben mitgeteilt. Die Unterorganisationen wurden angewiesen, die Funktionärauswahl folgendermaßen vorzunehmen:

„Funktionen sollen nur den Mitgliedern gegeben werden, die sich als Parteigenossen bei der Kleinarbeit bewährt haben. Leitende politische Funktionen sollen abhängig vom Parteiamt und von einwandfreier Funktionär-Vergangenheit sein. Illegale verantwortliche Funktionen dürfen nur ausgeübt werden von Mitgliedern, die mindestens fünf Jahre in der Partei sind, über illegale Schulung verfügen und politische Erfahrung besitzen. Die Partei muß lernen, im Geheimen zu arbeiten, dabei aber engste Fühlung mit den Massen zu behalten und aktive bewaffnete Aufstände vorzubereiten."

„Militärische Schulung", so heißt es weiter in dem Rundschreiben, „sei notwendig. Die Vorbereitung für die Illegalität und die illegale Arbeit müsse schon in den legalen Perioden geleistet werden."

Das Hauptgewicht wird für den Fall des Verbots der Kommunistischen Partei nach dem uns vorliegenden Rundschreiben der KPD. auf die Arbeit in den Betriebs- und Straßenzellen gelegt. In den Straßenzellen sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei zusammengefaßt, die in keinem Betriebe arbeiten.

Immer wieder wird in dem Rundschreiben betont, daß die Zellenorganisation die Grundlage der KPD. werden müsse und vor allem für den Fall des Verbots die Grundlage für alle kommunistische revolutionäre Arbeit sei. Täglich müßten Betriebszellen vorbereitet und ausgebaut werden, die eines Tages an Stelle der Parteibezirksversammlungen zu treten hätten." Diese Auszüge des Rundschreibens der KPD. können wir auf Wunsch beliebig vermehren, ein Zeichen, daß man sich trotz aller Zellenarbeit der KPD. über die Ziele und Absichten der Kommunistischen Partei nach wie vor genau informieren kann.

Die Rundschreiben zeigen durchweg, daß die Kommunistische Partei nicht nur mit einem Verbot rechnet, sondern selbst in der Illegalität ihre Zukunft sieht. Deshalb die Sehnsucht nach einem Verbot der eigenen Partei und deshalb der Ton der kommunistischen Presse und die verbrecherische Taktik der KPD.

*

Schwere Tumulte

in einer nationalsozialistischen Versammlung

Hannover-Münden, 22. Jan. (Drahtmeldung.) In Neu-Münden kam es bei einer von Nationalsozialisten einberufenen Versammlung im „Schmucken Jäger" zu schweren Ausschreitungen. Nach dem Referenten und einem Diskussionsredner versuchte ein hiesiger Kommunist zu Worte zu kommen, wobei ein so wüster Lärm einsetzte, daß ein Weiterreden unmöglich wurde. Nachdem schon mehrfach Bieruntersätze gegen die Saalwache der Nationalsozialisten geschleudert worden waren, gab eine hiesige Kommunistin durch den Wurf eines Bierseideluntersatzes das Signal zu einer schweren Schlägerei, bei der vorwiegend Stühle oder Stuhlbeine als Waffen benutzt wurden. Erst nach Eintreffen von Verstärkungen gelang es der Polizei, die Streitenden zu trennen und den Saal zu räumen. Der Saal des Versammlungslokals gleicht einem Schlachtfeld; zertrümmerte Stühle bedecken den Boden. Dem Besitzer ist ein erheblicher Schaden erwachsen.

Kommunistische Jugendaufklärung



„Was brauchst du Bücher? Dies hier sind Deine Waffen!"

Gebt den Anleihemarkt frei!

Die Staats- und Gemeindearbeiter gegen die Schachtpolitik

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Gesamtverband, die berufene wirtschaftliche Interessen-Vertretung der im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitnehmer, hat am Mittwoch zur Lage der öffentlichen Wirtschaft Stellung genommen. Seine Willensäußerung ist in Form einer Kundgebung zur Aufrüttelung der Oeffentlichkeit zusammengefaßt worden. Die Kundgebung stellt einen Warnungsruf der im Gesamtverband organisierten 700 000 Arbeitnehmer dar, die rund 80 Prozent aller Arbeiter in Stadt und Gemeinden umfassen. Sie lautet im wesentlichen:

Die Zahl der Arbeitslosen hat trotz des milden Winters den Stand des Vorjahres bereits überschritten. Die Lage der deutschen Gesamtwirtschaft hat einen bedrohlichen Charakter angenommen. Diese Entwicklung ist wesentlich mit verschuldet **durch die schwere Krise, in die die öffentliche Wirtschaft systematisch hineinmanövriert worden ist und die zu einer Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen hat.** Das Interesse der Gesamtwirtschaft an einer Entlastung des Arbeitsmarktes erfordert eine Verstärkung der öffentlichen Aufträge, unter Umständen mit Hilfe eines Vorgriffes des nächsten Haushaltsjahres. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten auf diesem Wege wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden. **Es ist ein Verbrechen gegen die Gesamtwirtschaft, wenn in diesem Augenblick das deutsche Finanzkapital zu einem großen Schlag gegen die deutsche Wirtschaft ausholt, die gerade jetzt dazu berufen wäre, ein weiteres Absinken der Konjunktur zu verhindern. Die Privatindustrie hat die Parole der Entkommunalisierung ausgegeben und fordert von den öffentlichen Betrieben die Hergabe der Substanz. Ausländische Geldgeber knüpfen an die Hergabe von Kapital immer häufiger die Bedingung der Beteiligung an öffentlichen Unternehmungen. Die Gefahr eines Ausverkaufes der deutschen öffentlichen Wirtschaft an private in- und ausländische Kapitalgruppen ist in unmittelbare Nähe gerückt.** Seit Jahren ist die öffentliche Wirtschaft durch die unter dem Einfluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht stehende Beratungsstelle für Auslandsanleihen an der Aufnahmen ausländischer Anleihen verhindert worden. Die Gemeinden mußten sich entschließen, den kommunalen Kapitalbedarf zu drosseln und alle in der nächsten Zeit verfügbar werdenden Anleihe-Mittel zur Konsoldierung der schwebenden Schuld zu verwenden. Der Wirtschaft als Ganzes droht hauptsächlich von dieser Einschränkung der öffentlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, der Energie- und Verkehrswirtschaft die allergrößte Gefahr.

Wichtigstes Erfordernis ist die Erleichterung der Finanzlage der Kommunen durch die Freigabe des Anleihemarktes und entsprechende Aenderung der Befugnisse der Beratungsstelle. Ueber die Freigabe des ausländischen Kapitalmarktes hinaus muß eine wirkliche Sanierung der kommunalen Finanzen ermöglicht werden durch eine den kommunalen Bedürfnissen entsprechende Neugestaltung des Finanzausgleichs im Rahmen der kommunalen Reichsfinanzreform. Zu erwägen sind weiterhin gemeinsame Schritte der öffentlichen Körperschaften, um den sich in den letzten Wochen mehrenden Kreditkündigungen durch private Banken entgegenzutreten. Die öffentlichen Körperschaften müssen sich sofort darüber verständigen, ob gegen die privaten Bankgruppen entsprechende Maßnahmen zu unternehmen sind. Darüber hinaus muß die öffentliche Wirtschaft, um gegen den weiteren Ansturm der privaten Interessenten gerüstet zu sein, ihrerseits Maßnahmen treffen, um noch eine engere Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verpflichtung der öffentlichen Betriebe untereinander herbeizuführen. Die Position der öffentlichen Wirtschaft wird nur behauptet werden können, wenn der konzentrische Angriff des Finanzkapitals auf einen starken Gegner stößt.

Die Durchführung dieser Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Wirtschaft ist aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen unaufschiebbar. Durch sie kann der wachsende Notstand, wie er in der Zahl der Arbeitslosen [illegible] kommt, sofort erheblich gemildert werden. Stärkung der öffentlichen Wirtschaft bedeutet für die Privatwirtschaft: Vermehrte Auftragserteilung, für die Arbeitnehmer: Beschaffung von Arbeit.

Wird das Magdeburger Konsistorium trotzdem gegen Kötzschke entscheiden? Es mag sich von vornherein darüber im klaren sein, daß ein Beschluß gegen den sozialdemokratischen Pfarrer in Prösen sich gegen die Kirche auswirken und zu neuen Kirchenaustritten führen muß. Aber abgesehen davon, sollte die preußische Regierung angesichts der Verhandlung mit der Kirche ernsthaft überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, die Gelegenheit beim Schopfe zu nehmen und für die Zukunft bestimmte Sicherungen gegen den reaktionären Kurs der evangelischen Kirche zu fordern.

„Es lebe die Republik"

Studentenstreik in Spanien

Madrid, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Studentenstreik ist in allen Universitäten des Landes im vollen Gange. **In Madrid kam es zu großen Unruhen. Auf dem Hauptgebäude der Universität hißten die Studenten eine rote Fahne mit der Inschrift: „Es lebe die Republik". Auf den Straßen kam es zu lebhaften Demonstrationen gegen die Diktatur. Polizei und Gendarmerie griffen ein und zerstreuten die Demonstranten.**

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten für Deutschland, Sackett, hat mit seiner Gattin heute mittag auf dem Dampfer „President Harding" die Reise nach Europa angetreten.

Nr. 19. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 23. Januar 1930.

Stadtverordnetensitzung im Rathaus Buer.

Der Antrag der SPD. wegen der Kündigung der städtischen Arbeiter und Angestellten, den Bezirksausschuß anzurufen, findet eine Mehrheit!

Nur 12 Stimmen dagegen! — Außerdem Beratung wegen der Kündigungsmaßnahmen im Hauptausschuß!

Der Nationalsozialist Dr. Meyer stellt seine parlamentarische Unerfahrenheit fest und beweist sie auch gleich.

In Vertretung des Oberbürgermeister Zimmermann, der von der Tagung des Provinziallandtages noch nicht zurückgekehrt war, leitete Bürgermeister Sprenger die Stadtverordnetenversammlung.

Zuerst wurde an Stelle des verstorbenen Stadtv. Ferber der Tischlermeister Komeska (Ztr.) als Stadtverordneter eingeführt.

Darauf wurde in die Verhandlung über den einzigen Punkt der Tagesordnung:

Stellungnahme zur Beanstandung der Beschlüsse bezüglich der Kündigung städtischer Arbeiter und Angestellten

eingetreten. Dazu lag folgende Begründung vor:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei beantragt die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetensitzung, damit der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit gegeben wird, innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 14 Tagen gegen die Beanstandung des Beschlusses bezüglich der Kündigung städtischer Arbeiter und Angestellten das Verwaltungs-Streitverfahren einleiten zu können.

Stadtverordnetenfraktion der SPD.
gez. Brüntink.

Bürgermeister Sprenger machte zuerst darauf aufmerksam, daß der Oberbürgermeister den Beschluß nicht beanstandet habe, sondern daß er nur erklärt habe, er werde ihn nicht durchführen. Es komme daher nicht das Verwaltungsstreitverfahren in Frage, sondern es müsse eine Beschwerde beim Bezirksausschuß erhoben werden. (Also ein anderer Instanzenweg!)

Stadtv. Brüntink (SPD.) erhält dann das Wort zur Begründung des Antrages. Er führte etwa aus:

Die Selbstachtung der Stadtverordneten erfordert es, daß eine klare Entscheidung herbeigeführt wird, ob es sich nun um die Beanstandung oder um die Nichtdurchführung des Beschlusses handelt. Der Oberbürgermeister hat den Beschluß nicht durchgeführt, weil der Beschluß seiner Meinung nach eine

Verletzung der Gemeindeinteressen

bedeutet. Wir behaupten, daß das Gegenteil der Fall ist. Deshalb muß der Beschwerdeweg beschritten werden und wir rufen die Entscheidung des Bezirksausschusses an. Die Kündigung der städtischen Arbeiter und Angestellten ist nicht nur eine Sache der Verwaltung allein, sondern es ist auch eine Sache der Stadtverordnetenversammlung. Wenn 200 Arbeiter aus städtischen Diensten entlassen werden sollen, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung gefragt wird, so hat das

Mitbestimmungsrecht einen sehr geringen Wert.

Wenn die Stadtverordneten mit darüber beraten und beschließen sollen, wie die städtischen Finanzen zu sanieren sind, dann müssen sie auch über die Verwendung der Gelder mit beschließen können. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob unsere Straßen in sauberem Zustand sind oder nicht, ob unsere Friedhofs- und Gartenanlagen gepflegt werden oder nicht.

Beim Gartenamt Buer sind im Oktober 26 Mann entlassen worden, beim Gartenamt Gelsenkirchen im Dezember 25 Mann, beim Kanalbau Buer im Januar 15 Mann, bei der Hafenverwaltung 7 Mann, Straßenreinigung und Unterhaltung 28 Mann. Am 25. Januar sollen beim Gartenamt Buer weitere 30 Mann entlassen werden, in Gelsenkirchen 60 Mann. Dann kann von einer ordnungsgemäßen Unterhaltung der Gartenanlagen und Friedhöfe nicht mehr die Rede sein. Der Oberbürgermeister sagt zwar: „Grün bleibt grün!" — aber das Grün möchte ich sehen! Für die Friedhöfe zahlen die Bürger Gebühren, sie haben auch ein Anrecht darauf, daß die Friedhöfe ordentlich gehalten werden. Vor einigen Tagen hat eine Technikerkonferenz in Gelsenkirchen stattgefunden, dabei ist man auf den großartigen Gedanken verfallen, die städtischen

Bedürfnisanstalten meistbietend zu verpachten!

Dadurch würden 20 bis 22 alte Frauen und Witwen brotlos. Die Entlassung von 250 Personen macht für die Stadt eine Ersparnis von etwa 500 000 RM. aus. Wir sind immer bereit gewesen, für Ausgaben auch Deckung durch Einnahmen zu bewilligen.

Die Finanzverhältnisse der Stadt sind trostlos. Es wird demnächst ein Nachtragsetat vorgelegt werden. Die Stadt hat ein

Defizit von 3 Millionen RM. in diesem Jahre.

Wenn dafür Deckung beschafft werden muß, dann werden für die 500 000 RM. die für die 250 Arbeiter notwendig sind, auch noch Deckung beschafft werden können. Deswegen braucht nicht

das Glück von 250 Familien zertrümmert werden.

In einer Arbeiterversammlung wurde mir von Arbeitern gesagt, daß sie bereit wären, aus Solidaritätsgefühl auch etwas von den Lasten zu tragen, auch wenn durch eine 50-Prozent-Erhöhung der Grundvermögensteuer die Mieten um 2 Prozent der Friedensmiete verteuert würde (Zurufe von der KPD.: Pfui, irregeleitetes Solidaritätsgefühl! Brüntink zur KPD.: Von der Sorte Arbeiterschaft, die Sie vertreten, verlange ich kein Solidaritätsgefühl!), aber die Arbeiterschaft soll es auch einmal wissen, daß Sie auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einen Skandal herbeizuführen. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der KPD., die immer nur Forderungen erhebt, ohne die Mittel zu bewilligen. — Brüntink fährt dann weiter fort: Wir sind auch bereit, zu zeigen, wo noch gespart werden kann. Es braucht nicht jeder höhere Beamte ein Auto; wenn er sich privat eines kauft, dann kann uns das gleich sein, aber er braucht dann nicht städtische Zuschüsse dazu. Wenn ein Beamter seine Dienstwohnung hat, braucht er nicht noch Mietzuschüsse. Wir haben einen Städtischen Musikdirektor, ob dieser ein Auto hat, um die Töne aus der Umgebung heranzuholen, weiß ich nicht, aber er braucht nicht für sein Auto monatlich 95 RM. städtischen Zuschuß zu bekommen. Ein anderer Beamter hat sein Gehalt

ein Jahr im voraus bekommen,

um sich ein Auto anschaffen zu können. Ist es notwendig, daß die Stadt einen Pressechef hat, der unsere Pleite aller Welt verkündet? Ich achte den Herrn, weiß nur nicht, ob er notwendig ist.

Gebaut kann in Gelsenkirchen aus Geldmangel nicht werden!

Ich weiß nicht, ob sich nun die Beamten auf dem Bauamt zu Tode langweilen sollen.

Wir sind auch bereit, dem Herrn Oberbürgermeister in die Stammtischfreundschaften und in die Protektionskinderkreise hineinzuleuchten, um zu zeigen, wo gespart werden kann, ohne daß es an den Aermsten der Armen geschieht, und ohne daß die Verwilderung unserer Friedhöfe und Gartenanlagen zum Gespött wird.

Wir werden dem Bezirksausschuß über die Verwaltungsmethoden der Stadtverwaltung berichten, und der Bezirksausschuß wird sich unseren Gründen nicht verschließen können. Stimmen Sie einmütig unserem Antrag zu, die Selbstachtung zwingt uns dazu.

Darauf brachte der Stadtv. Brüntink folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Gelsenkirchen-Buer stellt den Antrag auf Entscheidung durch den Bezirksausschuß über die Meinungsverschiedenheiten mit dem Oberbürgermeister Zimmermann, der folgende 3 Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Januar, die mit großer Mehrheit gefaßt worden sind, beanstandet und ihre Durchführung verweigert hat:

1. Der Verwaltung wird aufgegeben, die ausgesprochenen Kündigungen von Stammarbeitern und -angestellten zurückzuziehen;
2. von weiteren Kündigungen Abstand zu nehmen;
3. Bei Neueinstellung von Arbeitern und Angestellten in erster Linie auf die in den letzten Jahren Entlassenen zurückzugreifen.

Nach der Städteordnung kann eine Beanstandung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nur dann zu Recht erfolgen, wenn durch dieselben das Staatswohl oder das Gemeindeinteresse erheblich verletzt wird oder dieselben gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen.

Keine der durch die Städteordnung vorgeschriebenen Gründe treffen hier zu. Weder wird durch die Beschlüsse das Staatswohl noch das Gemeindeinteresse erheblich, noch irgendeine Bestimmung verletzt. Die Stadtverordnetenversammlung beantragt die Entscheidung des Bezirksausschusses zu den Beschlüssen 1, 2 und 3.

Stadtverordnetenfraktion der SPD."

Bürgermeister Sprenger betont, daß es dem Oberbürgermeister fernegelegen habe, es etwa an der nötigen Achtung gegenüber den Stadtverordneten fehlen zu lassen.

Stadtv. Friedrich (KPD.) stellt zuerst die Frage, warum der Oberbürgermeister nicht da sei. Dann kommt die übliche große Rede. Die Entlassung der städtischen Arbeiter sei Sache der Arbeiter des ganzen Reiches, deshalb müßten alle Arbeiter einen Streik organisieren, denn Bezirksausschüsse im kapitalistischen Staat würden nichts helfen. Zum Schluß seiner langen Rede bringt er einen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister ein.

Stadtv. Herwig (KPD.) läßt natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne in allen Tonarten über die SPD. herzuziehen. Dazu müssen auch lange Reden über den vorjährigen Etat herhalten, daß die sozialistischen Minister nicht arg dem Spiele bleiben können, ist auch selbstverständlich, und so bekamen auch Hilferding und Grzesinski noch gehörig etwas mit ab. Er fordert zum Schluß ebenfalls die Arbeiter zum Kampf auf.

Bürgermeister Sprenger stellt zunächst die Frage, ob der kommunistische Antrag als Dringlichkeitsantrag behandelt werden soll, zur Abstimmung, es wäre eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Dafür stimmt nur die KPD., somit fällt dieser Antrag.

Meyer (Nationalsozialist) spricht über die katastrophale Finanzpolitik des Oberbürgermeister und es entfährt ihm dabei der klassische Ausspruch: „Ich habe Gott sei dank noch keine parlamentarische Erfahrung!" Gleich darauf stellt er fest, daß die Stadt in 14 Tagen drei Millionen Defizit gemacht habe. (Diese Feststellung ist doch wirklich der Beweis dafür, daß hier noch keine Erfahrung auf kommunalpolitischem Gebiete vorhanden ist!) Dann kommt die Siedlung Lüsterheide und die Erwerbung der RWE.-Aktien. Er gibt dann dem Oberbürgermeister den guten Rat, lieber bald den Bankerott anzumelden, und das noch vor der Durchführung des Youngplanes zu tun, dann wird das Reich sich vielleicht entschließen, die wahnsinnige Erfüllungspolitik (? ? — D. Red.) aufzugeben. Nach weitere fünf Minuten Redezeit stellt Meyer aber fest, daß der Dawesplan schuld an der Entlassung der Stammarbeiter und der allgemeinen Finanzmisere ist. Zum Schluß stimmt er jedoch dem sozialdemokratischen Antrag zu, bringt dazu aber noch einen Zusatzantrag, der die Kürzung der Gehälter der höheren Beamten um 20 Prozent fordert, weiter die Sitzungsgelder mit Ausnahme der Lohnentschädigung streicht, den Hans-Sachs-Haus-Saal für politische Versammlungen gegen Entgelt freigegeben (nicht nur, wie Herr Meyer sagt, „wenn der österreichische Jude Deutsch spricht") ferner 100 Prozent Luxussteuer für karnevalistische Veranstaltungen fordert.

Wir wollen gleich hier vorweg nehmen, daß für den Antrag des Nationalsozialisten Meyer bei der Abstimmung nur er selbst stimmte, alle anderen nahmen ihn nicht ernst.

Stadtv. Zillekens spricht sich ebenfalls für den Antrag der SPD. aus. Er unterstreicht seine Ausführungen aus der letzten Sitzung, daß in Gelsenkirchen sehr viele Arbeiter im Jahre zwei Monate feiern müssen, weil so viele Feierschichten eingelegt werden und fordert den Stadtv. Hohendahl (DVP.) auf, mit ihm in den Betrieben darüber eine Untersuchung anzustellen. Stadtv. Zillekens sagt dabei, daß der Stadtv. Hohendahl ihm in der letzten Sitzung Unwahrhaftigkeit vorgeworfen habe.

In einer persönlichen Bemerkung bestreitet der Stadtv. Hohendahl, doch bleibt Stadtv. Zillekens dabei, daß Herr Hohendahl ihm wiederholt zugerufen habe: das ist nicht wahr!

Beigeordneter Fuchslocher gibt für die Stadtverwaltung die Erklärung ab, daß die Kündigungen arbeitsrechtlich zulässig gewesen seien, und daß die Betriebsräte zugegeben hätten, daß die sozialen Härten bei den Kündigungen vermieden worden seien. (??? — Wie, bitte? — D. Red.)

Stadtv. Reifenrath bemerkt, daß der Beschwerdeweg doch sehr langwierig sei, es müsse deshalb in einer Sitzung des Hauptausschusses noch einmal geprüft werden, was nun bald zu geschehen habe, er stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Stadtv. Brüntik betont noch einmal, daß in der Beschwerde beim Bezirksausschuß eine

Mißbilligung des Verhaltens des Oberbürgermeisters liege, daß sich aber die Sozialdemokratische Partei von der KPD. nicht die Form eines Mißtrauensantrages vorschreiben lassen werde. Deshalb habe die SPD. nicht für die Behandlung des KPD.-Antrages gestimmt.

Dem Stadtv. Meyer erwidert Brüntink, daß Herr Meyer „zu studiert" sei, um zu wissen, daß man den Beamten nicht ohne weiteres 20 Prozent abziehen könne. Für die Karnevalssteuer sei er auch, wenn die

nationalsozialistischen Versammlungen auch als Karnevalsvergnügen gerechnet werden.

Im übrigen hätte Herr Meyer doch besser gesagt „Wotans Dank" als Gottsei dank! Wieso der Youngplan und der Dawesplan schuld sein sollen an der Kündigung, da doch der Youngplan den Dawesplan aufhebe! Aber er werde mal bei Herrn Meyer einen wirtschaftspolitischen Kursus nehmen.

Nachdem noch Stadtv. Gretsch (Evgl. Vereinigung) gesprochen und die Entlassung der ausländischen Arbeiter gefordert hat, womit er die in Essen wohnenden Arbeiter meint, und Herr Weiser die Vorzüge der Magistratsverfassung gegenüber der Bürgermeistereiverfassung hervorgehoben hat, kommt es zur Abstimmung.

Der Antrag der SPD. wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dagegen stimmen 12 Stadtverordnete der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und Wirtschaftspartei.

Zum Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums bei dem Bezirksausschuß wird Stadtverordneter Brüntink bestimmt.

Daß der Antrag der Nationalsozialisten abgelehnt wurde, haben wir bereits erwähnt.

Angenommen wurde ein Antrag des Stadtverordneten Reitenrath, nachdem über die Kündigung der städtischen Arbeiter und Angestellten in der Hauptausschußsitzung noch einmal verhandelt werden soll.

Darauf wurde nach zweistündiger Debatte die Sitzung geschlossen.

Achtung! Piscator-Gastspiele!

Die Piscatorbühne hat mit ihren Gastspielen in Hamburg so große Erfolge, daß sie dort verlängert werden müssen. Deshalb werden die im Dortmunder Odeon vorgesehenen Gastspiele nicht in der Zeit vom 24. bis 27. Januar absolviert, sondern in der Zeit vom 31. Januar bis 3. Februar.

Davon wird allerdings das Gastspiel im Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen nicht berührt, das nach wie vor am Dienstag, dem 4. Februar, abends um 20 Uhr, in Szene geht. Verlegt wird hingegen die Nachtvorstellung in der Buerschen Schauburg vom 1. Februar auf Samstag, dem 15. Februar.

Stadt Gelsenkirchen-Buer.

Gelsenkirchen-Buer, den 23. Januar 1929.

Kosten bei Steuererhebung im Nachnahmeverfahren.

Nach dem Gesetz vom 28. Dezember 1929 betr. Kosten bei Steuererhebung im Nachnahmeverfahren sind die Kosten, die dadurch entstehen, daß die Steuerbehörde einem Steuerpflichtigen, der mit einer Zahlung im Rückstande ist, ein Postnachnahme zugehen läßt, von dem Steuerpflichtigen zu tragen.

Fahrraddiebstahl. Am Montag gegen 10.40 Uhr wurde ein vor dem Hause Kaiserstraße aufgestelltes Herrenfahrrad gestohlen. Der Täter ist unbekannt.

Schaufensterscheibe zertrümmert. Am Montagvormittag wurde die Schaufensterscheibe des Kaufmanns L., Bismarckstraße Nr. 202, von einem einbiegenden Fuhrwerk zertrümmert. Das Pferd war durch das Geräusch eines Kraftwagens scheu geworden und rannte mit der Deichsel gegen die Scheibe. Der Schaden beträgt 200 RM.

Buer.

Feierschichten durch verfehlte Rationalisierung

auf Scholven und Zweckel.

„Wegen Absatzschwierigkeiten" wurde am Dienstag auf der Zeche Scholven und Zweckel gefeiert. Mit der Einsetzung der Feierschichten ist ein weiterer Abbau der Belegschaftsmitglieder vorgesehen, da die Förderung auf Scholven im Jahre 1928 1,6 Tonnen pro Mann und Tag betrug und im Jahre 1929 auf „nur" 1,8 Tonnen gestiegen war. Damals hatte die Verwaltung für die erreichte hohe Leistung ein „Bravo" gewidmet. Jetzt nur eine abfällige Bemerkung. Man will die Leistung heben durch die Stillegung schlechter Flöze. Eine Verminderung der Förderung der beiden Schachtanlagen soll notwendig geworden sein, da die Kohlenwäsche auf Scholven die gesteigene Förderung nicht bewältigen kann. Man wollte durch die Verlegung der Förderung von Zweckel nach Scholven vieles sparen, hatte jedoch diese Möglichkeit nicht genügend mitkalkuliert. Auf der Zweckeler Tagesanlage wurde die Kohlenwäsche stillgelegt und die Arbeiter teilweise entlassen. Jetzt verweigern viele Abnehmer die Annahme der gelieferten Kohlen, da sie nicht genügend gereinigt sind.

Hier tritt der Widersinn der Rationalisierungen kraß zum Vorschein. Anstatt Hebung der Absatzmöglichkeiten tritt eine Senkung ein, die wiederum eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeutet. Die Verwaltung verrechnet sich, und der Arbeiter muß bezahlen. Bezahlt ein Arbeiter einen Fehler, so kann er bestimmt auf eine harte Bestrafung rechnen. Doch hier hört niemand etwas davon. Nur der Unterste ist der ständige Leidtragende. Arbeiter wurden bei der Zusammenlegung übrig. Doch bei der teuren Verwaltung braucht nicht gespart zu werden. Ja zu den Ober- und Vorgeräten kommen noch einige Assessoren hinzu, um „sparen" zu helfen. Der „Wahre Jakob" sagte einmal trefflich: „Rationalisierung heißt: Abbau von 1000 Arbeitern und Einstellung von 10 Direktoren mit hohen Gehältern."

Billiges Land.

Wie im Vorjahr, wird die Verwaltung der Schachtanlage Scholven auch in diesem Frühjahr an Belegschaftsmitglieder, die in der Zechenkolonie wohnen, Ländereien verpachten. Der Preis beträgt 0,15 RM und wird bei der Hauptlöhnung einbehalten. Uebrigbleibende Landteile können auch Nichtbelegschaftsmitglieder, die aber in der Siedlung wohnen müssen, erhalten. Meldungen nimmt das Bauhüro der Schachtanlagen Scholven bis zum 10. Februar entgegen.

Feierschicht! Feierschicht!

Der ehemalige Staatsbergbau ist bislang von Feierschichten verschont geblieben. Nun soll auch er beglückt werden. Die erste Feierschicht wurde bereits am Dienstag wegen Absatzschwierigkeiten eingelegt.

Horst.

Nordstern-Termin aufgeflogen.

Der angekündigte Termin zur Besichtigung der brennenden Nordstern-Steinhalde, an dem Vertreter der Vereinigten Stahlwerke, der Zeche Nordstern, des Städtischen Gesundheitsamtes, der Notgemeinschaft zur Bekämpfung der Nordstern-Rauchschäden und des Bergreviers teilnehmen sollten, fand gestern morgen statt und endigte ergebnislos. Hauptsächlich deswegen, weil der Vertreter des **Bergrevieramtes** und unterstützt von dem Herrn der **Nordsternverwaltung** darauf hinwies, daß er nur **einen** Vertreter der Notgemeinschaft zulassen könne. Bezeichnenderweise sollten aber allein von der Zeche Nordstern drei Herren teilnehmen. Unter diesen Umständen lehnte begreiflicherweise der Unterzeichnete ein solches Verfahren ab und bestand darauf, daß noch mindestens vier Herren des Hauptausschusses ebenfalls teilnehmen sollten. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil nach den Satzungen der Notgemeinschaft nur der Hauptausschuß berechtigt ist, die Interessen der Notgemeinschaft in entscheidenden Dingen wahrzunehmen. Bei den fünf Herren des Hauptausschusses, die in der heutigen Sitzung teilnehmen wollten, befanden sich drei Vertreter aus Horst, ein Vertreter aus Gelsenkirchen-Heßler und ein Vertreter aus Essen-Altenessen. — Ueberdies sollte programmgemäß nicht etwa die **Nordstern-Zentral-Kokerei** und die **brennende Kohlenhalde**, sondern nur die Steinhalde besichtigt werden. Zweifellos wäre es zweckmäßig gewesen, um eine weitere Zeitvergeudung und unnötige Spannung zwischen der Bevölkerung und der Nordsternzeche zu vermeiden, den Hauptausschuß der Notgemeinschaft ohne weiteres in der gewünschten Personenzahl teilnehmen zu lassen und die Besichtigung auch gleichzeitig auf die nur wenige Minuten entfernt liegende Nordstern-Zentral-Kokerei auszudehnen. Den Herren vom Bergamt und von der Nordsternverwaltung, die im übrigen reichlich selbstherrlich auftraten und durch ihre Unnachgiebigkeit die Abhaltung des Termins **unmöglich** machten, schienen es — so muß man nach Lage der Dinge urteilen — sehr **unerwünscht**, die Vertreter der notleidenden Bevölkerung hier anwesend zu sehen. Als Sprecher des Hauptausschusses beantragte Herr Süptitz die Anberaumung eines zweiten Termins, an dem der Hauptausschuß der Notgemeinschaft vollzählig teilnehmen **könne**.

Man vergegenwärtige sich einmal folgendes:

Dem zuständigen Revierbeamten des Reviers Gelsenkirchen Herrn Bergrat Treutler, ist bei einer ähnlichen Besprechung wie gestern, **bereits am 25. Juli 1929** ganz ausdrücklich eröffnet worden, daß Herr S. nicht befugt ist, in dieser Sache persönlich allein zu verhandeln bzw. zu besichtigen. Herr Bergrat Treutler wurde seinerzeit gleichzeitig gebeten, im eventuell wiederkehrenden Falle eines Termins, dies rechtzeitig, und zwar **mindestens** drei Tage vorher schriftlich anzuzeigen, damit genügend Zeit zwecks Ladung der übrigen Mitglieder der Delegierten gewonnen würde.

Eine Notgemeinschaft, als Beschwerdeführerin, die die Interessen von **mehr als 1000 Familien vertritt**, deren Protesten sich u. a. auch zwei Kirchen und zwei Schulgemeinden angeschlossen haben, wird fiktiert, daß sie zur Verhandlung bzw. Besichtigung sage und schreibe nur einen einzigen Vertreter stellen darf, während die Vereinigten Stahlwerke sich durch drei über nicht redegewandten Beamten vertreten lassen und dazu **kommt noch der Vertreter des Bergamts** und ein Vertreter des Städtischen Gesundheitsamtes. Zudem sollte nur die Steinhalde an der Blumen- und Heßlerstraße, dagegen die brennende Kohlenhalde auf dem Kokereiplatz, und was wohl mit aller Bestimmtheit als der größte aller Qualgeister im Horster Süden gilt, nämlich die neue Zentral-Kokerei, nicht besichtigt werden. Zur Besichtigung der brennenden Kohlenhalde auf dem Kokereiplatz am Rhein-Herne-Kanal hätte Herr S. in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Notgemeinschaft das Anfinnen, allein zu besichtigen, d. h. unter Zustimmung der übrigen Delegation, schließlich angenommen. Aber nur die brennende Steinhalde an der Blumenstraße ohne Delegation zu besichtigen, lehnte er ab, einmal aus prinzipiellen Gründen, andererseits weil nach seiner Ansicht ihm die Zustände an dieser Halde schon derart genau bekannt sind und sich aus einer weiteren Besichtigung ihm kaum ein wesentlich anderes, als das bisherige Bild ergeben könnte. Im übrigen konnte in all dem, wenn auch immerhin schnell und doch ziemlich reichlich gepflogenen Beisprechungen sich nicht des Gefühls erwehren, daß der Vertreter des Bergamtes sich auf keinen absolut neutralen Boden stellte. (Darüber eventuell später mehr.) Wenn man bedenkt, welche Vorbereitungen die Zechenverwaltung vor jeder Besichtigung, bei vorheriger Anmeldung durch Behörden, trifft und insbesondere, wenn man die nachstehende hier wiedergegebene Aussage eines Kokereiarbeiters berücksichtigt so soll es dem werten Leser selbst überlassen bleiben, zu urteilen, ob die Delegation der Notgemeinschaft recht oder unrecht gehandelt hat. Nun zur angedeuteten Aussage des betreffenden Kokereiarbeiters selbst: Es heißt nämlich darin wörtlich:

„Anfang oder Mitte November 1929 besichtigte eine Kommission von etwa sieben bis acht Herren die neue Kokerei. Dieser Besuch war für 11 Uhr angemeldet. Schon von 10 Uhr ab durften auf beiden Kokereianlagen die Koksöfen nicht mehr ausgestoßen werden. Erst gegen 12 Uhr wurde der erste Ofen abgedrückt, ob die Kommission zu dieser Zeit noch auf der Kokerei war, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Betriebsführer, Herr Puschmann, verlangt vom Verarbeiter wohl, daß in jeder Achtstundenschicht 14 Brände angedrückt werden, verbietet aber daneben (wohl der Form halber) ungare Brände abzustoßen. Ob am Tage der obenbesprochenen Besichtigung, während dieser Vormittagsschicht, auch ungare Brände abgestoßen wurden, weiß ich nicht."



Kriegerehrenmäler aus Pumpengeldern.

Großes Heil ist dem Kriegerverein Westerholt widerfahren. Mit den Geschäften für die Errichtung eines Kriegerehrenmals in Westerholt ging es ausgesprochen schlecht. Gut, daß es noch handfeste Kegelbrüder gibt! So verkündigt die Buersche Presse in einem brausenden Jubilarartikel, daß eine Westerholter Kegelvereinigung gelegentlich einer Winterveranstaltung einen bedeutsamen Schritt zur Verschönerung der ehrbaren Freiheit Westerholts getan hat. In epischer Breite wird zunächst ausgemalt, wie man sich mit den Kegelschwestern zunächst bei einem humorvollen Wettkegeln auf der schönen Bundesbahn mit nachfolgender Verteilung hübscher Geschenke zusammengefunden habe und wie dann — — — und das darf bei keinem Kegelfest fehlen, denn das ist der Hauptzweck der Uebung — — — ein solennes Festmahl sich anschloß. Heil sei dem Tage der Keglervereinigung und ihrem tüchtigen 1. Vorsitzenden, der dann in donnernder Tischrede in sinnvoller Weise den schon gepflegten Gemeinschaftsgedanken gerühmt hat und zum Schluß sich in hochpatriotischen Redewendungen erging. Es nimmt ja nicht Wunder, daß er — — — es waren ja die Damen dabei — — — besonders der gemeinsamen großen Liebe und Hingebung gedachte, diese aber nicht auf die besonderen Familienverhältnisse bezog, sondern — — — hurra, hurra, hurra — — —, der Kaiserkrönung im Schloß von Versailles gedachte. Er stellte fest, daß die Liebe das höchste der Gebote sei und überreichte dann im Namen der Vereinigung dem Schriftführer des Kriegervereins, dem braven Vereinswirt Karl Räth, einen „ansehnlichen" Geldbetrag für den Fonds zur Errichtung eines Kriegerehrenmals. Armer Kriegerverein, der, um zu seinem gesteckten Ziele zu kommen, die Pumpengelder des Westerholter Kegelklubs in Anspruch nehmen muß! Aber ein Ehrenmal muß ja sein, wie sollte denn sonst der Kriegerverein wieder einmal in schimmernder Parade aufziehen können!

Der moderne Hund . . . . .

Die Schreier nach Steuersenkung und Kapitalbildung. —

Sie schämen sich nicht vor den Arbeitslosen.

Wir lesen in einer Berliner bürgerlichen Zeitung die folgende Reportage, die wir namentlich allen Arbeitslosen zur genauen Lektüre empfehlen:

„Einen warmen, bequem sitzenden Mantel, ein behaglich ausgestattetes Ruhelager sollte jeder Hund haben. Die Ansprüche, die ein moderner Hund an seine Kleidung stellen darf, werden sich selbstverständlich nach der Umgebung und nach den Verhältnissen richten in denen er lebt. Dort begnügt er sich mit einem gestrickten Deckchen, hier trägt er stolz den nach Maß gefertigten Mantel aus Tuch oder Samt mit Pelzfutter und Besatz, dazu hohe Schuhe aus Wildleder. Für kühle Tage trägt man einen Mantel aus Tuch oder Waschsamt, wird es kälter, zieht man einen gestrickten Seidenschlüpfer darunter, den bei strenger Kälte ein Schlüpfer aus warmer weicher Wolle ersetzt. Es gibt ganz buntfarbig gestrickte Pullover mit dazu passenden gestrickten Schuhen, es gibt Automäntel mit Kapuze, es gibt imprägnierte englische Gummimäntel. Sehr elegante Frauen lassen ihren Hunden Mäntel, passend zum Anzug des Chauffeurs anfertigen und ihr Monogramm einsticken. Betten in jeder Größe und Ausstattung, Körbe mit Seidenfutter — es gibt alles."

Der Düsseldorfer „Wallenstein".

Am Dienstagabend brachte uns das Ensemble des Düsseldorfer Schauspielhauses die ersten beiden Teile der **Wallenstein**-Trilogie, nämlich „Wallensteins Lager" und „Die Piccolomini".

Es war schon so allerlei durchgesickert von der so eifrigen und hingebenden Arbeit, die in den verflossenen Wochen von allen in Schillers Riesendrama beschäftigten Künstlern auf sehr ausgedehnten Proben geleistet worden war, und ferner davon, wie Generalintendant Lindemann mit seiner so gründlich ausfeilenden und nüancierenden Regie bemüht gewesen war, — und das bis in die letzten Tage hinein —, die Aufführung auch für die nichts weniger als glücklichen Bühnenverhältnisse unserer Stadthalle so plastisch und so belebt wie nur irgendmöglich zu gestalten.

Es ist also kein Wunder, wenn Publikum und Presse dieser Düsseldorfer Aufführung mit einer Spannung entgegensahen, die über das gewöhnliche Maß doch wohl hinausging. Es darf gern festgestellt werden, daß die gewiß hochgestellten Erwartungen nicht enttäuscht wurden. Es soll allerdings unter den Theaterbesuchern auch solche gegeben haben, die sich nur halb widerstrebend zum Anschauen eines „solchen ollen Klassikers" hatten bereitfinden lassen. Wenn dem aber so war, dürften diese Herrschaften angesichts der Düsseldorfer Aufführung von ihrer vorgefaßten Meinung gründlich kuriert worden sein. Auch diejenigen, die ohne Vorurteile zu diesem Wallensteinabend gegangen waren, die aber — gleich mir — dem Zeittheater besonders zugetan sind, dürften von der Aufführung hochbefriedigt gewesen sein.

Klassiker, die in dieser Weise inszeniert und gespielt werden, haben sicherlich auch den Menschen unserer Tage noch allerlei zu sagen und zu geben. Tref[illegible] Momente waren es, die diese Wallensteinszenen auch für die Anhänger der Moderne zu einem eindrucksvollen Erleben machten, die es fast vergessen ließen, daß es sich um „Historie", um Dinge handelte, die Jahrhunderte zurückliegen: Ungeheure Lebendigkeit des Spieles (wozu beim „Lager" noch eine geradezu verblüffende Beweglichkeit der Szene hinzukam), sehr viel Tempo in Verbindung mit sehr geschickten Kürzungen und eine Schlichtheit des Ausdrucks und der Sprache, die kaum noch dazu veranlaßten, daran zu denken, daß es sich um Verse in Jamben handelte, die da gesprochen wurden.

Sehr glückliche Bühnenbilder des begabten Bühnenarchitekten Edward Sturm vervollständigten den recht günstigen Gesamteindruck der Aufführung aufs beste.

Im „Lager" hatte Lindemanns Regie sehr charakteristische Typen herausgearbeitet, in deren Reigen allerdings Eugen Dumont als Kapuziner nicht so scharf umrissen herausstrat, wie wir das sonst bei den Menschengestaltungen dieses Künstlers gewöhnt sind. Lagerleben und Lagerbild vermittelten in ihrer bunten Aufgewühltheit eine Fülle kaum zu fesselnder Eindrücke.

In der „Piccolomini" wickelten sich die fünf Aufzüge bei Verwendung schlichtester und doch geschmackvoller szenischer Mittel sehr rasch ab, und es sei gleich hier die das Werk fördernde Tätigkeit des Bühneninspektors Gaßmann und seiner Mitarbeiter gern anerkannt.

Franz Everth gestaltete den Wallenstein! Er gab dem hier noch schwankenden „Friedländer" alle Züge eines Unentschlossenen. Seine Darstellung interessiert sehr. Ob aber seine Darstellungskraft dazu ausreichen wird, in Wallensteins Tod dem Friedländer das Gepräge unerschütterlicher, eherner Wucht zu geben? — Wi[illegible]ch

Ueberzeugend holte in der Piccolomini Everth jedenfalls heraus, daß es nicht um einige Stücke Landes gehe, das dem Reiche zugeschlagen werden könne, nicht um den Kaiser, sondern um „die Wohlfahrt aller" — des „Ganzen Heil", ja, um Europa.

Peter Esser gab einen Octavio Piccolomini, dem er nicht den kleinsten Zug schuldig blieb. Es war nicht leicht — schon rein äußerlich nicht — sich mit dem Max Piccolomini Fritz Valks vertraut zu machen. Die verliebte Ahnungslosigkeit und Schwärmerei, wie sie der Dichter doch hie und da verlangt, waren ihm kaum zu glauben. Am unwahrscheinlichsten wirkte er neben der ätherischen Annemarie Jung, die Wallensteins Tochter, Thekla, mit allerlei Lieblichkeit und viel Tönen des Herzens gab. Friedrich Schwark, ein trefflicher Illo, besonders in der Rauchszene nach der Tafel, von packender Realistik!

August Weber als Buttler, der Mann von echtem Schrot und Korn.

Cornelie Gebühr, eine scharfsinnige und sehr repräsentative Herzogin von Friedland.

Otto Braml, ein ganz scharf pointierter Questenberg!

Um es nachzutragen: Die beiden Piccolomini (Esser und Valk) waren in ihrer großen Schlußszene von größter Eindringlichkeit. Diesem Ringen zweier Menschen umeinander, die durch engste Bluthande miteinander verknüpft sind, vermochte sich wohl niemand zu verschließen.

Willig folgten — das sei summarisch festgestellt — die Mitwirkenden den Intentionen der Lindemannschen Regie, die, wie schon oben gesagt, dahin ging, das Pathos zu vermeiden und auch durch Schlichtheit der Sprache das Werk ums Menschen von heute näherzubringen.

Reicher Beifall lohnte alle aufgewandten Mühen.

Z—r.

Nr. 19. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 23. Januar 1930.

Finanzreform und Sozialversicherung.

In der Denkschrift und in den Kundgebungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, aber auch sonst in Aeußerungen von bürgerlicher Seite, wird immer im Zusammenhang mit der Finanzreform auch von einer notwendigen Reform der Sozialversicherung gesprochen. Was man in diesen Kreisen unter „Reform" versteht, ist bekannt genug: **Einmal weitgehende Schwächung der öffentlichen Körperschaften und damit der aufstrebenden Gemeinwirtschaft und zum anderen Lastenverschiebung zugunsten des Unternehmertums und zuungunsten der Arbeitnehmerschaft.** Muß daher derartigen Reformwünschen von vornherein mit dem größten Mißtrauen begegnet werden, so ist doch nicht zu leugnen, daß tatsächlich ein enger Zusammenhang zwischen der Finanzwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden einerseits und der Sozialversicherung andererseits besteht. Jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung z. B., d. h. jede Einengung des unterstützungsberechtigten Kreises und jede Herabsetzung der Unterstützungssummen bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der kommunalen Wohlfahrtsausgaben, da ja in einem modernen Kulturstaate auch der Arbeitslose auf keinen Fall dem Hunger preisgegeben werden darf. Die gleichen Folgen würde selbstverständlich auch ein Abbau der Kranken- oder Invalidenversicherung mit sich bringen. Auf der anderen Seite werden durch die Finanznot die Gemeinden dazu gezwungen, Zuschußbetriebe so weit, als irgend angängig, auszuschalten. Zu diesen Zuschußbetrieben gehören aber durchweg die Krankenhäuser. Wird jedoch der Pflegesatz heraufgesetzt, so sind es wiederum die Krankenkassen, die darunter in erster Linie zu leiden haben, da sie ja bekanntlich den Hauptteil der Pflegelinge stellen. Das Reich wiederum hat in seiner Finanznot schon wiederholt mit Erfolg den Kredit der Sozialversicherungsträger in Anspruch genommen. Daß umgekehrt wiederum die Finanz- und Steuerpolitik, soweit sie gleichzeitig sich als Wirtschaftspolitik auswirkt, auch von dem größten Einfluß auf die Belastung der Sozialversicherungsträger ist, dürfte selbstverständlich sein. Ist ja doch die Sozialversicherung, in erster Linie natürlich die Arbeitslosenversicherung, bis zu einem gewissen Grade auch die anderen Zweige, der Puffer, der zunächst alle wirtschaftlichen Krisen auffangen hat. Wir haben gesagt, nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch die übrigen Zweige, insbesondere Krankenversicherung. Es ist selbstverständlich, daß der Arbeitslose mehr als der im Beruf Stehende Zeit findet, sich mit seinem Körper und dessen Gebrechen zu beschäftigen. Er wird daher öfters Arzt und Apotheker in Anspruch nehmen. Auch wird er leichter geneigt sein, sich als arbeitsunfähig zu erklären und ein krankschreibendes Attest des Arztes anzustreben. Deshalb braucht er noch lange kein Simulant zu sein. Zweifellos gehen viele ihrer Arbeit nach, obwohl sie kaum dazu in der Lage sind. Hört die Arbeit auf, so sehen sie es als ihr gutes Recht an, sich krankschreiben zu lassen. Ja, selbst die Invalidenversicherung wird bis zu einem gewissen Maße die Schwankungen des Wirtschaftslebens spüren, denn mancher wird, solange er Arbeit findet, gar nicht daran denken, sich als invalid erklären zu lassen. Sobald aber die Arbeitsuche erfolglos wird, und das wird sie gerade für die Aelteren und körperlich Schwächeren in Zeiten wirtschaftlicher Depression am allerehesten, wird er den Bezug der Rente beantragen. Wirtschaftspolitik, öffentliche Finanzen und Sozialpolitik sind eben untrennbar miteinander verknüpft. Hier wie dort kommen in der Praxis zwei Dinge in Betracht:

In erster Linie das anzustrebende Ziel, Besserung der Lage breiter Volksmassen oder Förderung der Profitinteressen einzelner — eine Frage, über die letztlich nur der parlamentarische und außerparlamentarische Machtkampf entscheiden kann — und zum anderen der zweckmäßigste Weg zur Erreichung des angestrebten Zieles, das, was man heutzutage in der Regel mit dem Schlagwort „Rationalisierung" bezeichnet. Nun ist es eine merkwürdige Tatsache, daß gerade diejenigen, die dieses Schlagwort am meisten im Munde führen, vor jeder wirklich rationellen Maßnahme zurückschaudern. Hierfür bietet gerade die Krankenversicherung ein ausgezeichnetes Beispiel. Stemmen sich doch die Arbeitgeberkreise auch heute noch gegen die Vereinheitlichung des Kassenwesens, gegen die Beseitigung der unwirtschaftlichen und leistungsunfähigen Zwergkassen. Kein Kundiger wird sich ein Lächeln verbeißen können, wenn bei einer Besprechung über den Reformentwurf des Reichsarbeitsministeriums ausgerechnet ein Vertreter der Großindustrie Rücksicht auf das „historisch Gewordene" verlangte und ausführte: „Die Arbeitgeber bekämpfen grundsätzlich alles, was zu einer zentralisierten Spitze führt, die das Eigenleben ertötet." Gilt das auch von der doch weitest gehend zentralisierten Arbeitgeberorganisation, ganz abgesehen von der fortschreitenden Vertrustung der Industrie? Es zeugt jedenfalls nicht von besonderer Freundschaft für die Träger der Krankenversicherung, wenn man die Methoden, die man im eigenen Wirkungsbereich erprobt und als zweckmäßig befunden hat, hier, wo es sich um das Wohl der Versicherten handelt, mit allem Nachdruck bekämpft. Alle volksfreundlichen Erklärungen dienen demgegenüber nur dazu, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen.

Ein Polizeipräsidium warnt.

Das Erfurter Polizeipräsidium teilte der Presse mit:

„In letzter Zeit mehren sich die Klagen, daß unbekannte Zeitschriftenreisende sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen ihren Kundenkreis sichern bzw. neue Kunden zu gewinnen versuchen. Durch Vertrauensseligkeit des Publikums haben diese Schwindler auch in vielen Fällen Glück, und diejenigen Personen, die glauben, eine einmalige Bestellung auf die Zeitschrift abgegeben zu haben, erfahren leider zu spät, daß sie die betreffende Zeitschrift auf mindestens ein ganzes Jahr bestellt haben. Den betreffenden Bestellschein liest ja fast niemand vor Unterschriftsleistung durch, und der Reisende verschweigt absichtlich, für welche Zeit sich der Besteller zur Abnahme der Zeitung verpflichtet hat.

In den letzten Tagen hat ein bisher noch unbekannter Reisender bei einer Dame eine Zeitschrift angeboten und sich dabei auf einen bekannten Pastor berufen, von dem er geschickt sein wollte, und der auch die Bestellung der Zeitschrift empfohlen habe. Nur durch diese falschen Angaben sah sich die Dame veranlaßt, die Zeitschrift zu bestellen. Durch Anfrage bei dem ihr bekannten Pastor merkte die Dame aber, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war.

Es muß noch besonders bemerkt werden, daß fast kein Tag vergeht, an dem nicht nur unerfahrene, sondern auch geschäftserfahrene Leute einen Reinfall durch Bestellungen bei aufdringlichen Reisenden unbekannter Firmen erleben; ganz gleich, ob es sich um Wäsche Bücher Zeitschriften Bilder u. a. handelt. Vor Schaden kann sich jeder selbst bewahren, wenn er vor Unterschrift den Bestellzettel und die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen genau durchliest, sich eine Durchschrift geben läßt, die vom Reisenden unterschrieben sein muß, und genau darauf achtet, daß der Wortlaut des Bestellscheins mit der zurückzubehaltenden Zweitschrift übereinstimmt."

Abschlußprüfungen der Polizeiberufsschulen

Die Reichsressorts, die Länder mit einigen Ausnahmen und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erkennen, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz von amtlicher Stelle erfährt, die bei einer Berufsschule der Schutzpolizei abgelegte Abschlußprüfung 1 als Ersatz der Vorprüfung für den unteren und den einfachen mittleren nichttechnischen Beamtendienst an (§ 27 der Anstellungsgrundsätze für Versorgungsanwärter).

Die Landesregierungen von Preußen und Schaumburg-Lippe haben eine endgültige Erklärung, ob sie die bei der Schutzpolizei eines andern Landes abgelegte Abschlußprüfung 1 als Ersatz der Vorprüfung anerkennen, noch nicht abgegeben, infolgedessen erkennt die Landesregierung von Sachsen bis auf weiteres auch eine bei der preußischen Schutzpolizei abgelegte Abschlußprüfung 1 nicht an. Die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe besitzen keine Schutzpolizei. In Bayern werden Vorprüfungen nicht abgehalten.

Die Reichsressorts, die Länder mit mehreren Ausnahmen und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erkennen die bei einer Berufsschule der Schutzpolizei in Bayern, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Bremen abgelegte Abschlußprüfung 2 als Ersatz der Vorprüfung für den gehobenen mittleren nichttechnischen Beamtendienst an. Mit Preußen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. In Bayern werden Vorprüfungen nicht abgehalten. Die Landesregierungen Baden und Sachsen haben eine Erklärung hinsichtlich der Anerkennung der bei einer Schutzpolizei abgelegten Abschlußprüfung 2 nicht abgegeben.

Vertrauen und Zuversicht!

Ein Wort zur Wirtschaftslage.

Das arbeitende Volk Deutschlands hat gegenwärtig ernste Sorgen. Die Arbeitslosigkeit ist außerordentlich groß. Fast jeder zehnte erwachsene Berliner sucht heute Arbeit. Dabei ist der Winter noch nicht zu Ende. Die Entwicklung der öffentlichen und auch der Berliner Finanzen ist nicht erfreulich gewesen. Das erforderliche Kapital, das man zum Ausbau einer wachsenden Großstadt immer braucht, war nicht zu beschaffen, es entstanden Löcher im städtischen Haushalt, und diese Löcher mußten durch das Gebot einer höheren Macht sofort durch eine Erhöhung der Tarife gestopft werden. Auf der anderen Seite sinken zwar die Preise; aber was der Arbeiterhaushalt braucht, das geht im Preise nur sehr langsam zurück, so daß auch im Arbeiterhaushalt Löcher entstehen.

Diese nicht erfreuliche Lage wird nicht besser durch den politischen Mißbrauch, den die Unruhestifter auf der kommunistischen und auf der nationalsozialistischen Seite mit dieser Entwicklung der Wirtschaftslage treiben. Obwohl die Kommunistische Partei sofort restlos versagen würde, wenn sie für einen einzigen Arbeitslosen Arbeit beschaffen oder auch nur den bescheidensten Kredit für die Stadt Berlin besorgen sollte, macht sie gegenwärtig ihr Geschäft mit ihrem großen Mund und kocht ihr Süppchen an einem Feuer, zu dessen Kosten sie nur den Wind beiträgt. Dasselbe gilt für die Unruhestifter auf der rechten Seite; es fällt ihnen gar nicht ein, darüber nachzudenken, wie die Lage der Arbeiterschaft erleichtert werden kann. Beide Gruppen haben eine große Klappe, die Arbeit überlassen sie der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften.

Wir halten es gewiß nicht mit dem Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht; aber wir fordern von jedem Staatsbürger, daß er die Vernunft als die erste Bürgertugend anerkennt. Und das verpflichtet auch

zur Besinnung über die gegenwärtige Lage.

Jeder um die Sicherstellung und Verbesserung seiner Existenz kämpfende Arbeiter weiß, daß es Krisenzeiten im Wirtschaftsleben gibt, daß mit diesen Krisenzeiten Arbeitslosigkeit verknüpft ist, und daß solche Zeiten harte Zeiten sind. Eine solche harte Zeit ist augenblicklich da. Wir haben zwar keine Wirtschaftskrise, aber wir haben zweifellos eine Zeit stark rückgängiger wirtschaftlicher Tätigkeit, in der es noch unklar ist, wann ein neuer Aufschwung erfolgen wird.

Einer der wichtigsten Faktoren, der viel zu sehr unterschätzt wird, ist die in der deutschen Wirtschaft zu durchsichtigen Zwecken so beliebt gewordene Schwarzmalerei. Diese Schwarzmalerei wirkt sich für die Unternehmungslust heute geradezu verheerend aus, weil sich kein Unternehmer getraut, noch auf Vorrat zu produzieren, und weil kein Kaufmann es wagt, sich noch ein Lager hinzulegen. Diese Schwarzmalerei ist unberechtigt, und es ist ein trauriges Zeichen für die Kopflosigkeit der deutschen Unternehmer, daß Ausländer sie darüber belehren müssen. So hat der Handelsattaché der Vereinigten Staaten in Berlin in einem Bericht an seine Regierung in Washington festgestellt, daß die Klagen über zu hohe Besteuerung und teures Geld von gewissen Kreisen absichtlich übertrieben, und daß dadurch eine gewisse psychische Depression hervorgerufen worden sei, durch die die wirkliche Lage verdunkelt werde. Diese wirkliche Lage sei trotz der herrschenden Depression durchaus ermutigend. Damit stimmt es denn auch überein, daß die Beschäftigung in den wichtigsten Industriezweigen zwar zurückgegangen ist, aber doch noch immer auf der Höhe verharrt, die befriedigend genannt werden muß.

Ein weiteres sehr wichtiges Moment, weshalb die Wirtschaftslage erschwert wurde, war im vergangenen Jahr der fast ganz unterbrochene Zufluß von ausländischen Krediten, ohne die eine wachsende Volkswirtschaft, wie die deutsche, die sehr hohe Reparationen zu zahlen hat, nun einmal auf noch sehr lange Zeit hinaus nicht auskommen kann. Die Unterbrechung dieses Kapitalzuflusses hat sich besonders bei der öffentlichen Wirtschaft und im Haushalt des Reiches, der Länder und der Gemeinden ausgewirkt. Es war hier wie in jedem Haushalt, wo für einen geplanten bzw. bereits durchgeführten Einkauf die sicher erwartete Einnahme plötzlich ausbleibt, und wo damit ganz automatisch der Zwang zum rücksichtslosen Sparen einsetzt. Dieser Zwang zum rücksichtslosen öffentlichen Sparen ist es, der sich auch in der Wirtschaft und in der Beschäftigung der Industrie ganz außerordentlich stark ausgewirkt hat. Da man darüber hinaus noch nicht weiß, wann neue Gelder ins Land hereinkommen werden, hat das Ausbleiben neuer öffentlicher Aufträge — die öffentliche Hand vergibt jährlich für fast 9 Milliarden solcher Aufträge — auch in der Industrie sehr beunruhigend gewirkt und Einschränkungsmaßnahmen hervorgerufen.

Dazu kommt ein Drittes. Die privatkapitalistische Reaktion in Deutschland denkt allen Ernstes daran, diese in der öffentlichen Wirtschaft eingetretene Notlage zum Vorteil der Unternehmerklasse auszunützen. Sie sieht den Zeitpunkt gekommen, wo sie für ein Butterbrot den gewaltigen öffentlichen Besitz an Unternehmungen sich aneignen kann, und deshalb geht sie — man kann das nicht anders, als ein Verbrechen nennen — zu Kreditkündigungen über, die die Finanzverlegenheiten der öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen noch vermehren. Wir konnten ja kürzlich darauf hinweisen, daß man daraus direkt ein System gemacht hat. Es ist ganz klar, daß ein solches Vorgehen auch seine Auswirkungen in der Wirtschaft haben muß, daß die Arbeitslosigkeit dadurch künstlich gesteigert wird, und daß auch die Belastung der werktätigen Massen, solange dieser Angriff noch nicht gültig abgeschlagen ist, vorübergehend dadurch steigen.

Die Reserven für eine wirtschaftliche Besserung.

Diese Schwierigkeiten sind gewiß sehr ernst. Aber sie sind weit davon entfernt, wirklich bedrohlich zu sein; denn die Kräfte, die einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg erwarten lassen, sind sehr stark.

Die winterliche Arbeitslosigkeit ist eine vorübergehende Erscheinung. Die stattgefundenen Reparationsverhandlungen im Haag haben zu einem guten Ende geführt. Um einige hundert Millionen wird in den nächsten Jahren die deutsche Reparationsschuld erleichtert sein. Wenn diese Erleichterung auch zunächst nicht in einer allgemeinen Steuersenkung zum Ausdruck kommen wird, so werden doch die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten im Reichshaushalt dadurch erheblich verringert. Reich, Reichsbahn und Reichspost erhalten große Anleihen.

Die Annahme des Young-Plans, die die deutschen Lasten verringert und auf alle Zeit sichere Verhältnisse schafft, wird aber auch eine starke psychologische Beruhigung bringen, die die Unternehmungslust wieder hebt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Strom der ausländischen Kredite, dessen Versiegen uns zurückgebracht hat, wieder in erheblichem Umfange nach Deutschland fließen wird. Dazu werden diese Kredite billiger sein, als sie es bisher waren, nachdem die sehr verteuernde Börsenhausse in Amerika zusammengebrochen ist. Aber auch in Deutschland ist gegenwärtig das Geld billig, und es wird noch billiger werden. Billiges Geld wirkt natürlich auf die Wirtschaft belebend. Wenn die deutschen Zinsen heruntergehen, können auch Pfandbriefe im Ausland verkauft werden, was bisher fast gar nicht möglich war. Dadurch kann der Baumarkt wieder eine besondere Belebung erfahren, eine Belebung, die die Einschränkung durch die Sparaktion der Städte mindestens ausgleichen wird.

Alle diese Momente werden dazu beitragen, daß die privatkapitalistische Reaktion, die augenblicklich Oberwasser hat, wieder vernünftig wird. Denn auf die Dauer läßt sich nicht gegen die Gesetze der Wirtschaft, auch nicht gegen die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft Politik machen. Das deutsche Finanzkapital wird eines Tages sehr froh sein, wenn es dem Reich und den Städten wieder Kredite geben darf.

Die Momente sind also sehr stark, die eine baldige Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft erwarten lassen. Die organisierte Arbeiterschaft würde von Karl Marx nichts gelernt haben, wenn sie diese aufwärtszeigenden Momente nicht auch in ihre Rechnung einsetzen würde.

Vertrauen zur eigenen Kraft!

Das plötzliche Versagen der ausländischen Kapitalmärkte, die damit für den öffentlichen Haushalt eintretenden Schwierigkeiten, die noch durch Herrn Schacht und seine Verbündeten verstärkt worden sind, waren gewiß für die organisierte Arbeiterschaft eine unangenehme Ueberraschung. Aber die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften waren und sind auf dem Posten.

Sie können unabweislichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten sich nicht versagen, und sie können eine kritisch gewordene Finanz- und Wirtschaftslage nicht einfach dadurch beseitigen, daß man sich nicht um sie kümmert. Das wäre auf die Dauer kein Dienst, sondern ein Verrat an der Arbeiterschaft. Aber sie kämpfen unter Einsatz ihrer ganzen Macht und Zähigkeit um die Erleichterung der schwierigen Lage und für die schnelle Herbeiführung aller Voraussetzungen, die die Wirtschaft wieder aufwärtsführen.

Dazu gehört auch der scharfe Kampf gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht, der nicht ein Kampf gegen eine Person ist, sondern der Kampf gegen ein System; das System nämlich, unter Ausnutzung der augenblicklichen Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft und in den Finanzen des Reiches sowie der Städte der Unternehmerklasse Vorteile auf Kosten der Arbeiterklasse zu sichern, die auch zugleich die Position der Arbeiterklasse in der Demokratie und im kapitalistischen System schwächen sollen. Diesem Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften darf das werktätige Volk Deutschlands mehr vertrauen, als je.

Gesellschaftssonderzüge und Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten zu Pfingsten.

Wie wir von der Reichsbahn hören, wird in der Beförderung von Vereinen und Gesellschaften in Sonderzügen zu Pfingsten eine Aenderung eintreten. Diese Maßnahme wird schon jetzt bekanntgegeben, damit die beteiligten Stellen sich rechtzeitig einstellen können.

In den letzten Jahren ist die Zahl der zu Pfingsten gewünschten Gesellschaftssonderzüge ständig gestiegen. Neben der Bedienung des an und für sich zu dieser Zeit schon sehr starken Reiseverkehrs wird der Personenwagenpark durch die Führung einer großen Anzahl von Gesellschaftssonderzügen, zum Teil auf weite Entfernungen, in steigendem Maße belastet.

Hierdurch ist der Mangel an Personenwagen von Jahr zu Jahr verschärft worden. Bisher erfolgte die Gestellung von Gesellschaftssonderzügen zu Pfingsten unter der Bedingung, daß die Sonderzüge bis spätestens Samstag vor Pfingsten, 7 Uhr, auf dem Zielbahnhof eingetroffen sein mußten, und die Rückfahrt nicht vor Dienstag nach Pfingsten erfolgen durfte.

Bei diesem Verfahren hat sich gezeigt, daß die für die Gesellschaftssonderzüge gestellten Personenwagen der Bedienung des allgemeinen Pfingstverkehrs meist entzogen waren, was die glatte Abwicklung des Pfingstverkehrs in den letzten Jahren immer mehr erschwert hat.

Um die für den Pfingstverkehr notwendigen Personenwagen rechtzeitig den in Frage kommenden Bahnhöfen zuführen zu können, ist es notwendig, die Gestellung von Gesellschaftssonderzügen zu Pfingsten künftig in der Weise zu beschränken, daß Gesellschaftssonderzüge zu Pfingsten nur unter der Voraussetzung gestellt werden, daß sie spätestens bis Freitag vor dem Fest, um 24 Uhr, auf dem Zielbahnhof eintreffen und frühestens Dienstag nach dem Fest, um 7 Uhr, vom Bahnhof des Tagungsortes zurückfahren.

Sofern eine Sperrung der Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten zu Pfingsten notwendig werden sollte, würde diese Sperre für die gleiche Zeit ausgesprochen werden.

Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes vor Gericht.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Essen spielte sich abermals ein Prozeß gegen Mitglieder des verbotenen Rotfrontkämpferbundes ab, die sich wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten hatten. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Uniform des Rotfrontkämpferbundes. Am 19. Mai vorigen Jahres fand in Essen ein sogenanntes Rotes Treffen statt, zu dem die Kommunisten in Wagen und zu Fuß erschienen waren. In Horst-Emscher wurde ein Lastkraftwagen, der mit 20 Mitgliedern des verbotenen Rotfrontkämpferbundes besetzt war, angehalten, da sich unter den Insassen drei Leute befanden, die mit Teilstücken der Rotfrontkämpferuniform bekleidet waren. Die drei Leute, die aus dem Lastauto herausgeholt und der Polizei zur Feststellung ihrer Personalien vorgeführt wurden, hatten sich vor dem Gericht zu verantworten. Das Gericht erblickte in der Aufmachung, in der die Angeklagten aufmarschiert waren, die demonstrativ zur Schau getragene Absicht, die Zugehörigkeit zum verbotenen Rotfrontkämpferbund fortzusetzen und verurteilte sie zu der gesetzlichen Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis.

Kulturtagung.

In Dortmund findet am 1. und 2. Februar eine Tagung statt, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet starke Beachtung finden wird. Der Bund Entschiedener Schulreformer, der in Westfalen alle zwei Jahre mit einer großen Tagung an die Oeffentlichkeit tritt, stellt diesmal unter dem Thema: „Geokulturpolitik" eine der brennendsten Zeitfragen zur Diskussion: Welche Auswirkungen ergeben sich aus der Technisierung und Industrialisierung der Welt, welche Krisen treten auf infolge der Absatz- und Expansionsstauung, der Mechanisierung und Entpersönlichung, welche kulturellen Entartungen steigen herauf als Folge der Amerikanisierung, in welche Sinnlosigkeiten gerät die Pädagogik, welche Lösungsmöglichkeiten lassen sich aufweisen? Eine besondere Bedeutung erhält die Tagung durch die beiden Vorträge: „Völkerschicksal und Technik", für die Dr. Eugen Diesel (Potsdam) gewonnen worden ist. Diesel ist der Sohn des berühmten Motoren-Erfinders, durch seine Bücher: „Der Weg durch das Wirrsal" und „Die deutsche Wandlung" weit über die Kreise der Technik hinaus bekannt geworden. Die Weltweite seiner Betrachtungsweise wird der Tagung ihr Gepräge geben; die Grenzen des üblichen Spezialistentums werden hier gesprengt. Techniker und Ingenieure, Kulturpolitiker und Pädagogen werden vor die gleichen Fragen der drohenden Weltkrise gestellt, eine selten gebotene Gelegenheit der Besinnung über unsere Zeit.

Zu den Massenerkrankungen in Düsseldorf.

Zu der von einer Tageszeitung gebrachten Meldung von einer Massenerkrankung im Waisenhaus an der Oberbilker Allee teilt die Verwaltung mit:

In der Nacht vom 4. zum 5. Januar sowie im Laufe des letztgenannten Tages erkrankten 100 Kinder des Waisenhauses an der Oberbilker Allee an einem mit Erbrechen verbundenen fieberhaften Darmkatarrh, 11 Kinder wurden in die Städtischen Krankenanstalten übergeführt, während die übrigen — räumlich getrennt von den gesunden Kindern — im Waisenhaus verblieben. Die Erkrankungen wurden sofort der Gesundheitspolizei gemeldet, die, da die Vermutung nahelag, daß die Erkrankungen auf den Genuß von verdorbenen Speisen und Getränken zurückzuführen seien, gemeinsam mit den zuständigen Stellen Nachforschungen nach der Ursache der Erkrankung vornahm. Die Leitung der Anstalt, das gesamte Küchenpersonal und die erkrankten Kinder wurden eingehend vernommen, die Küchen- und Speisekessel und sonstigen zur Speisenbereitung verwendeten Gegenstände einer genauen Besichtigung unterzogen und die Ueberbleibsel der zur Speisenbereitung benutzten Nahrungs- und Genußmittel beschlagnahmt und dem Nahrungsmitteluntersuchungsamt sowie dem hygienischen Institut der Städtischen Krankenanstalten zur Untersuchung übersandt. Diese ergab auch nur in etwa Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Vermutungen von der Gesundheitsbehörde. Bereits am 6. Januar waren mehr als zwei Drittel aller erkrankten Kinder wieder soweit hergestellt, daß sie fieberfrei waren. Von den elf ins Krankenhaus gebrachten Kindern befinden sich drei bereits wieder vollkommen hergestellt im Waisenhaus, während die restlichen acht Kinder, die ebenfalls wieder vollkommen hergestellt sind, noch einige Tage im Krankenhaus verbleiben sollen. Die Ermittlungen nach der Ursache der Erkrankungen sind noch in vollem Gange.

Um das Zugabewesen.

Ein Urteil des Landgerichts Bochum.

Vor dem Bochumer Landgericht wurde in einem interessanten Prozeß das Urteil gesprochen. Es handelte sich um eine Klage der vereinigten Kaufmannschaft, Bochum, gegen auswärtige Firmen, die zu ihren Waren sogenannte Zugaben verabfolgten. In der ersten Instanz waren zwei Firmen in Münster und Dortmund freigesprochen worden. Dagegen wurde Spruchrevision beim Reichsgericht eingelegt. Dieses hob das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Bochum zurück, um eine grundsätzliche Erklärung zu erhalten, was unter unlauterem Wettbewerb zu verstehen sei. Das Bochumer Landgericht hat sich nun in zweitägiger Sitzung mit der Frage beschäftigt. Die beiden Firmen Groneweg und Meyentrop wurden freigesprochen, eine dritte Firma, Butenuth, dagegen wegen unlauteren Wettbewerbs zu 50 RM. Geldstrafe und zur Tragung der auf mehrere tausend Reichsmark sich belaufenden Kosten verurteilt. Damit liegt zum erstenmal eine grundsätzliche Gerichtsentscheidung im Zugabewesen vor. Die Entscheidung des Bochumer Landgerichts entspricht den Grundsätzen des Reichsgerichts. Nach diesen kommt es darauf an, ob die Firmen den Anschein erweckt haben, daß der Käufer seine Ware mit Zugabe zu einem Preise verkauft, der sich innerhalb der Grenzen hält, in denen Ware gleicher Art und Güte von Geschäften ähnlichen Ranges am gleichen Platze zu derselben Zeit verkauft zu werden pflegen. Ein strafbarer Tatbestand ist also dann vorhanden, wenn die Zugabe, wie es in den Ankündigungen heißt, in dem Preis einkalkuliert ist, und dieser sich daher etwas teurer stellt, als bei Waren ohne Zugabe. Der Kampf wurde von den beklagten Firmen mit der Begründung geführt, daß sie Wertreklame gemacht hätten, die Gegenseite aber Wortreklame, d. h., daß sie die von der Konkurrenz für Wortreklame ausgegebenen Summen in Werten gäben. Bei den angeklagten Firmen handelt es sich um Hersteller von Kornkaffee.

Geburtenausfall und Bevölkerungsschichtung.

Das Jahr 1930 bringt einen Wendepunkt in der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands: Der berufliche Nachwuchs wird zurückgehen. Die Zahl der Jugendlichen, die ins erwerbsfähige Alter treten, nimmt ab — eine Folge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre. In den letzten Jahren war der Zustrom an heranwachsenden arbeitsuchenden Kräften noch beträchtlich. In diesem Jahre verläßt nunmehr der erste vom Kriegsgeburtenausfall betroffene Jahrgang die Schule. Der Zustrom junger Kräfte in die produktive Wirtschaft, der bisher den Arbeitsmarkt stark belastete, ebbt damit ab.

Insgesamt sind in den Kriegsjahren 1915 bis 1918, gemessen an der Geburtenziffer von 1914, etwa 3 Millionen Menschen in Deutschland weniger geboren worden. Dieser Geburtenausfall wird von 1930 ab auf Jahre hinaus das deutsche Erwerbsleben merklich beeinflussen. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren wird in Deutschland bis zum Jahre 1934 absinken. Sie betrug Anfang 1929 rund 7,6 Millionen, Anfang 1930 7,2 Millionen und wird bis Anfang 1934 auf 5,5 Millionen herabgehen. Erst im Jahre 1940 wird wieder mit rund 6,8 Millionen Jugendlichen zu rechnen sein.

Welche Wirkungen werden von diesem Rückgang in der Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte auf das deutsche Berufs- und Erwerbsleben ausstrahlen? Wird insbesondere das immer dringlicher werdende Problem der Arbeitslosigkeit dadurch entscheidend beeinflußt werden? Auf alle solche Fragen kann man heute noch keine zuverlässige Antwort geben. Anzunehmen ist, daß von dem Geburtenausfall in erster Reihe jene Erwerbszweige berührt werden, die in der Regel eine größere Zahl jugendlicher Arbeitskräfte beschäftigen. Ein gewisser Lehrlingsmangel wird voraussichtlich schon im nächsten Jahre spürbar werden. Auf der anderen Seite ist eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes vor allem auch bei den älteren Arbeitsuchenden zu erwarten. Darüber hinaus hängen jedoch alle Auswirkungen des Rückganges der jugendlichen Arbeitskräfte von der gesamten Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft ab. Führt der Weg der Wirtschaft trotz der schweren Reparationslasten langsam aufwärts, gelingt es, die hemmende Kapitalknappheit und zahlreiche andere Hindernisse insbesondere auf dem Absatzgebiet allmählich zu überwinden, dann wird nach beiden Richtungen die Wirkung spürbar werden: Hier wird der Lehrlingsmangel stärker empfunden, dort die Besserung der Arbeitsmarktlage begrüßt werden.

Für die höheren Schulen wird sich bereits zu Ostern 1930 die erste Wirkung der Geburtensteigerung in den Nachkriegsjahren zeigen. Der erste Nachkriegslehrgang wird dann die Grundschule durchlaufen haben. Ein Ansturm auf die unterste Klasse der höheren Lehranstalten steht zu erwarten, der schulpolitisch besondere Vorkehrungen erfordert. Dieser Andrang wird aber nur vorübergehender Natur sein. (In Gelsenkirchen geschieht das Gegenteil.) Von 1933 ab werden die Wirkungen der vorhergehenden Geburtenzunahme in Deutschland während der ersten Nachkriegsjahre, soweit der Andrang auf die Unterklassen der höheren Lehranstalten in Frage kommt, als überwunden gelten können.

Erwerb der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung durch Beschäftigung im Auslande.

Der Reichsarbeitsminister hat über die Frage des Erwerbs der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung durch Beschäftigung im Auslande eine Verordnung herausgegeben, die der preußische Minister für Volkswohlfahrt den ihm unterstellten Behörden zur Kenntnis gibt. Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt aus der Verordnung folgendes bekannt:

Für den Erwerb der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung steht eine Arbeitnehmertätigkeit, die im Auslande ausgeübt wird, einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gleich, wenn

1. die Tätigkeit in einem der (in der Verordnung näher bezeichneten) Grenzbezirke ausgeübt wird,
2. der Arbeitnehmer einen Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entrichtet,
3. der Arbeitnehmer während seiner Beschäftigung im Auslande seinen Wohnort im Deutschen Reiche hat, und
4. der Arbeitslose zu der Zeit, für die er die Unterstützung beansprucht, Reichsangehöriger ist.

Der Beitrag ist bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, bei der Landkrankenkasse einzuzahlen, in deren Bezirk der Arbeitnehmer wohnt. Er ist gleich dem Betrage, den der Arbeitnehmer zu zahlen hätte, wenn die Beschäftigung nach deutschem Recht der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterläge. Eine Beschäftigungszeit, für die der Beitrag nicht binnen vier Wochen seit dem Zahlungstag entrichtet wird, den die Satzung der Kasse bestimmt, bleibt für den Erwerb der Anwartschaft außer Betracht.

Für die Geltungsdauer des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922, dem durch das Gesetz vom 12. Juni 1922 zugestimmt worden ist, steht eine Beschäftigung, die im polnischen Teile des ehemaligen Abstimmungsgebietes Oberschlesien ausgeübt wird und nach deutschem Recht arbeitslosenversicherungspflichtig wäre, einer nach deutschem Recht arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigung gleich, wenn der Wohn- oder Aufenthaltsort des Arbeitslosen, der für die Zuständigkeit zur Gewährung der Unterstützung nach § 168 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung maßgebend ist, im deutschen Teile des ehemaligen Abstimmungsgebiets Oberschlesien liegt.

Buerscher Gerichtstag.

Ein betrügerischer Mann

ist der Arbeiter Heinrich B., von hier, dem zur Last gelegt wurde, im Monat Dezember Arbeitslosengelder in voller Höhe bezogen zu haben, trotzdem er während dieser Zeit für eine Bürgerwache als Wächter tätig war. Dem Gericht gegenüber machte er geltend, daß er diese Beschäftigung nur pro Forma ausgeübt habe. Da der Angeklagte das Arbeitsamt um einen namhaften Betrag erleichtert hat, erkannte das Gericht wegen Betrugs auf eine Woche Gefängnis. Die Strafe soll ausgesetzt werden, wenn der Verurteilte bis zum 1. Juli 50 RM. Buße an die Gerichtskasse zahlt.

Ertappte Holzdiebe.

Wegen Forstdiebstahls hatten sich der Arbeiter Rudolf St. sowie seine beiden Söhne vor dem Einzelrichter zu verantworten. Ihnen wurde vorgehalten, aus den Gräflichen Waldungen in Buer-Scholven in mehreren Fällen Baumstämme in früher Morgenstunde gestohlen zu haben. Entwendet wurden im September 6 Kiefern und 2 Eichen. Die Angeklagten gestanden wohl ein, sogenannte Baumstümpfe nach Hause transportiert zu haben, wollten aber keineswegs wissen, die entwendeten Kiefern und Eichen aus den Waldungen an sich genommen zu haben. Die Zeugen dagegen hatten die Männer in früher Morgenstunde mit dünnen Bäumen aus dem Walde kommen gesehen, so daß das Gericht den Tatbestand des fortgesetzten Diebstahls als erwiesen betrachten konnte. Das Urteil lautete deshalb bei allen dreien auf eine Geldstrafe von je 50 RM. bzw. 10 Tagen Haft, wenn auch der entstandene Schaden nur mit 5,50 RM. berechnet werden konnte. Ein Zeuge, der es vorgezogen hatte, aus dem Flur des Gerichts sich zu verdrücken, mußte in eine Ordnungsstrafe von 10 RM. genommen werden.

Einen Freispruch

erzielte der Bergmann August H. aus der Blücherstraße in Buer-Hassel. Er soll am 20. August vormittags durch überlautes Schreien und Krakeelen einen Menschenauflauf verursacht haben. Eine Reihe von Zeugen hatte aber nichts derartiges wahrnehmen können. Das Gericht erkannte daher auf einen Freispruch.

75. Westfälischer Provinziallandtag.

Der Westfälische Provinziallandtag trat Montag vormittag im Sitzungssaale des Landeshauses in Münster zu seiner 75. Tagung zusammen, zu der die Abgeordneten vollzählig erschienen waren. Für die gegenwärtige Tagung sind nur Wahlen vorgesehen, so daß damit zu rechnen ist, daß nur noch der Dienstag für die Verhandlungen in Anspruch genommen wurde.

Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Staatskommissar Oberpräsident Gronowski die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Abgeordneten des Provinziallandtags, die zu der Jubiläumstagung zusammengetreten seien, auf das herzlichste willkommen hieß. Er wies darauf hin, daß anläßlich des Jubiläums der Provinzialverwaltung in Buchform ein Briefwechsel zwischen vom Stein und Vincke herausgegeben worden sei. So wie diese beiden Männer sich hervorragend für die Provinz betätigt hätten, müsse auch der neue Provinziallandtag sachliche und positive Arbeit leisten zur Förderung der Heimat und des Vaterlandes. Unsere wirtschaftliche Not sei groß und drückend, aber allzu großer Pessimismus lähme die Kräfte, und durch ihn sei noch niemals ein Volk aus notvoller Zeit erlöst worden. Die Zahl der Arbeitslosen betrage in der Provinz gegenwärtig 117 000 gegen 153 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 185 000 Ende Februar des Vorjahres. Wenn demnach heute 36 000 Arbeitslose in der Provinz weniger zu verzeichnen seien, so sei das zwar kein Grund zur Freude, aber ein Ergebnis, das im Vergleich zu anderen Provinzen nicht als ungünstig bezeichnet werden könne. Der Oberpräsident ging weiter auf die Not und Stimmung im Lande ein und warnte in aller Oeffentlichkeit vor einem Uebermaß von Festlichkeiten. Gesunden Frohsinn und reine Freude und geselligen Verkehr könne unser Volk auch in harten Zeiten nicht entbehren. Aber mit einem Ausmaß von Festen und Vergnügungen und den damit verbundenen Ausgaben könnten wir nicht den Beweis erbringen, daß wir ein armes Volk seien. — Er bat dann die Abgeordneten, ihre Arbeit und Opfer in den Dienst der gesamten Bevölkerung zu stellen. Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß das Wirken und Schaffen die Provinz Westfalen fördere und stärke und der Bevölkerung zum Segen gereichen möge, wurde der 75. Westfälische Provinziallandtag eröffnet.

Alsdann übernahm der Alterspräsident, Abg. Dr. Herold, die Leitung und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Beratungen des Landtags der Provinz und dem gesamten deutschen Vaterlande Segen bringen möchten.

Zur Wahl des Präsidiums schlug der Abg. Windhorst (Homm) vor, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen und brachte Oberbürgermeister Hamm (Recklinghausen) in Vorschlag.

Der kommunistische Abgeordnete Görlich wandte sich gegen diesen Vorschlag und brachte den Abgeordneten Funke in Vorschlag.

Die Zettelwahl ergab 116 Stimmen für Oberbürgermeister Hamm; 13 Stimmen erhielt der Abg. Funke, und sieben waren ungültig. Zum Stellvertreter wurde ebenfalls durch Zettelwahl Wohlfahrtsamtsdirektor Rauschenberg (Wattenscheid) mit 106 Stimmen gewählt. Der Abg. Görlich hatte auch hier den Abg. Funke in Vorschlag gebracht, der 12 Stimmen erhielt. 16 waren weiß und zwei ungültig.

Der Abg. Herwig, Gelsenkirchen-Buer (Kom.), erbat zur Geschäftsordnung das Wort, um eine Erklärung zu den Darlegungen des Oberpräsidenten abzugeben. Als ihm das Wort nicht erteilt wurde, äußerten die Kommunisten ihren Widerspruch durch Zurufe.

Alsdann wurden die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen zur Kenntnis gebracht.

Dienstag erfolgten die Wahlen zum Staatsrat.

Präsident Hamm schloß um 1 Uhr die Sitzung und vertagte das Haus auf Dienstag vormittag 10 Uhr.

Münster, den 21. Januar.

Die heutige Plenarsitzung des 75. westfälischen Provinziallandtages begann um 10 Uhr. Noch bevor man in die Tagesordnung eintreten kann, beginnen die Kommunisten mit dem eigenartigen Manöver, nacheinander ihre gesamten Abgeordneten zum Rednerpult zu schicken, wo jeder von ihnen solange zur „Tagesordnung" spricht oder „Erklärungen" abgibt, bis er vom Vorsitzenden dreimal zur Sache gerufen und ihm das Wort entzogen wird. Dabei kommt es wiederholt zu Lärmszenen. Als erster Punkt der Tagesordnung erstattet der Abg. Bartscher den Bericht über das Ergebnis der Prüfung der Provinziallandtagswahlen durch den Wahlprüfungsausschuß. Der Bericht empfiehlt, die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl zurückzuweisen und die getätigten Provinziallandtagswahlen für gültig zu erklären. Der Vorschlag wird angenommen. Die kommunistische Fraktion, die gegen die Gültigkeitserklärung der Wahl protestiert hatte, ließ nun ihre Abgg. Prinz, Funk und Herwig aufmarschieren, die sich in Schimpfereien ergehen und insbesondere dem Vorsitzenden vorwerfen, daß er die Geschäftsordnung nicht beherrsche. Wenn er von seiner Methode, sie mundtot zu machen, nicht ablasse, werde er noch viel Freude an der kommunistischen Fraktion haben. Allen kommunistischen Rednern wird schließlich das Wort entzogen, nachdem sie dreimal vergeblich zur Ordnung gerufen worden sind. Das Haus nahm dann die Wahlen zum Staatsrat vor, die nach dem Mehrheitswahlsystem getätigt werden. Von 136 abgegebenen Stimmen erhält das Zentrum 48, die Sozialdemokraten 35, die bürgerliche Vereinigung 24, die Wirtschafts- und Landvolkspartei 17, die Kommunisten 12. Die Sitze verteilen sich demnach wie folgt: Zentrum 4, Sozialdemokraten 2, bürgerliche Vereinigung 2, Wirtschafts- und Landvolkpartei 1, Kommunisten 1. In den Staatsrat sind nach dem vorliegenden Wahlvorschlag also gewählt: die Abg. Freiherr v. Oer, Gewerkschaftssekretär Klasmeyer, Stadtrat Dr. Kaiser und Landeshauptmann Dr. Dieckmann vom Zentrum, Stadtrat Schreck, Abg. Schmidt von der SPD., Justizrat Windthorst, Landrat Schulze-Delkum von der Bürgerlichen Vereinigung, Abg. Borkemeyer von der Wirtschaftspartei und Landvolkpartei, Abg. Thorun von der KPD. Bevor man zur Wahl des Provinzialausschusses und dessen Vorsitzenden schreitet, muß ein eingegangener Antrag der sozialdemokratischen Fraktion erledigt werden, der verlangt, daß zunächst die Mitglieder, Stellvertreter und Ersatzmänner nach dem Verhältniswahlsystem und erst nachher der Vorsitzende und der Stellvertreter nach dem Mehrheitssystem gewählt werden. Dieser Antrag entfesselt eine lebhafte Debatte, die sich außerordentlich in die Länge zieht. Für den sozialdemokratischen Antrag sprechen die Vertreter der Demokraten, der KPD. und des Evgl. Volksdienstes. Oberpräsident Gronowski erklärt, daß die Minister mit dem Erlasse eine einheitliche Regelung der Wahlen für ganz Preußen bezweckt habe, er halte es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Wahl nach der ministeriellen Anordnung vorzunehmen sei. Der sozialdemokratische Antrag wird mit 82 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Die Wahl ergibt Wiederwahl des Bürgermeisters Dr. Eichhoff (Dortmund) zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses, zu seinem persönlichen Stellvertreter wird der Abg. Dr. Becker bestimmt. Für Eichhoff wurden 88 Stimmen abgegeben, 12 entfielen auf den kommunistischen Kandidaten, 32 Zettel sind unbeschrieben. Durch Zuruf wird Abg. Rauschenberg zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zinaler für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille". Ludwig Leppoldt. GmbH., Gelsenkirchen-Buer.

WERBE WIRKE

PP FÜR PARTEI UND PRESSE

Unterhaltung und Wissen

Der Flieger

Von M. Soschtschenko

„. . . Da wurde mir, Brüderchen, ganz schlecht vor Schrecken. Ganz starr war ich. Und da neigt sich noch dazu die Maschine nach der Seite — und fällt. Nun, denke ich bei mir, jetzt bist du hin . . Ich packe die Brüstung an und purzle kopüber hinunter.

Ich fliege also. Wie gut, denke ich bei mir, wäre es, mit einem Fallschirm hinunterzupurzeln. Ohne Fallschirm ist's aber recht unheimlich, denke ich. Ich fliege also und weine fast. Um mich tut's mir leid, und um die Maschine. Sie wird in Stücke gehen, denke ich. Auf einmal: krrach! Da bin ich auf der Erde. Nun Mutter Gottes, freue dich, denke ich, ohne Bein, denke ich . . ."

„Und der Aeroplan? Zertrümmert?"

„Was für ein Aeroplan?"

„Nun, die Maschine? Bist doch von der Maschine heruntergefallen?"

„Wieso von der Maschine? Vom Stockwerk bin ich hinuntergefallen. Die Maschine ist in der Küche vom Schrank heruntergefallen . . . Als nämlich die Miliz zu uns in die Wohnung kam, da sind wir recht erschrocken. Wollten die Schnapsmaschine auf dem Schrank verstecken; sie aber — — plums — — fiel herunter. Gepolter natürlich; vor Schreck sprang ich zum Fenster hinaus."

(Deutsch von Borissoff.)

Der tote Vogel

So war er, als ich das Fenster öffnete und ihn fand: von einer ergreifenden Steifheit und doch weich und mild. Sein spitzer Schnabel hatte sich hart und unwiderstehlich geschlossen. Zerknittert und wie von einem gewaltigen und unentrinnbaren Windstoß getrieben, hatte er sich in die harte, aber schneefreie Ecke des Sandsteinsimses gepreßt.

Ich erschrak ein wenig, als ich die kleine schillernde Vogelleiche sah. Ich kam aus einem warmen Morgenlicht und wollte über das wunderbar und kühl verschneite Land schauen, aber der plötzliche Kontrast von Schönheit und Grausamkeit hatte meine See'e betrübt und mein Auge gesenkt.

Ich mußte mir den einsamen, mörderischen Tod dieser zierlichen Kreatur vorstellen, an der Frühling und Sommer mit einer traumhaften Melodie hingen.

Er kam auf seinem letzten Flug über die seltsamen und starren Weidenbüsche am Bach, der wie eine grünliche und harte Kristallmasse bis auf den Grund gefroren war. Vielleicht hielt der kleine, zierliche Vogel noch eine schwankende und trügerische Rast auf der schneelosen Gabel des Holunderbusches. Er sah mit seinem dunkel und schwermütig glitzernden runden Vogelauge das Licht des nahen Hauses, das ihm gute Wärme und Nahrung versprach. Und ich stelle mir vor: während die Mutter in der Küche mit den Töpfen hantierte und es in den Pfannen brutzelte, schlug sein ermatteter und ausgezehrter kleiner Körper kaum und leise an das täuschende und helle Fenster, dessen Schein ihm vielleicht wie eine aufgehende, belebende Frühlingssonne war.

Da lag er auf schwankenden Beinchen, die Krallen vor Schmerz und Müdigkeit geschlossen, erschauernd vor der unentrinnbaren Not des Todes. Vielleicht öffnete sich noch einmal sein metallischer Schnabel zu einer letzten flehenden Bitte in seiner klingenden Vogelsprache, die an das Licht des Hauses um Rettung und Wärme sang. Aber wir, die wir in dem Zimmer saßen und Aepfel im lustig krachenden Ofen, in dem die Fichtenscheite flammten, brieten, haben diese einsame kleine Todesklage vor dem Fenster nicht gehört. Wir haben dagesessen im Ueberfluß von Wärme und Speise, während nur durch eine dünne und von Eisblumen bemalte Scheibe ein leichtes, zartes Vögelchen im schmerzlichen und bitterbösen Todeskampfe starb.

Betrübt vor der großen Grausamkeit und Verlorenheit, in die jedes klopfende Herz, wenn seine Todesstunde gekommen, verloren ist, begruben wir den starren bunten Körper in dem alle Sommerseligkeit zu träumen schien, am Wurzelstamm eines Oleanders. Denn, da ihm nicht mehr zu singen gestattet war, soll er, wenn die Zeit gekommen ist, in den Blüten des Baumes seine Auferstehung und einen neuen Sommer finden. Anton Schnack.

Die Schöne vom Maskenball



Fred war müde und verstimmt. Wenn er das vorher gewußt hätte, wäre er gar nicht hingegangen. Wozu hatte er sich einen Frack angezogen, wenn die anderen Festbesucher alle im Kostüm erschienen waren! Er fand es weder von Kurt noch von Fritz nett, daß sie ihn nicht vorher darauf aufmerksam gemacht hatten. Wie sollte er sich so amüsieren? Außerdem kümmerte sich niemand um ihn. Die beiden Freunde waren längst in einer der Logen der Festhalle untergetaucht. Er saß als einziger noch an dem Tisch, auf dem die Weinflaschen und noch die halbgefüllten Gläser der beiden Verschwundenen standen. Am liebsten wäre er nach Hause gegangen. Was hielt ihn eigentlich hier noch länger? Er sah sinnend vor sich hin. Vor seinen gesenkten Augen erschien plötzlich ein anderes Augenpaar, das ihm vorhin, als er mit der kleinen Blonden tanzte, aus dem Schatten einer Loge nachgeblickt hatte. War es das, was ihn hielt?

Die Musik setzte von neuem ein, die Tänzer eilten zu ihren Damen. Fred ergriff sein Glas und nahm einen kräftigen Schluck.

Plötzlich hörte er ein Rascheln neben sich. Das Rascheln von Seide. Er blickte auf. Ein schwarzer Domino saß an seinem Tisch, die schlanken, seidenbestrumpften Beine übereinander geschlagen. Fred war verwirrt. Wie lange saß sie schon hier? Hatte sie seine Gedanken belauscht? Hatten seine Lippen unwillkürlich Worte geformt, daß sie jetzt so vielsagend lächeln konnte?

Er blickte wieder in das Augenpaar. Dann erhob er sich und verneigte sich vor ihr. Nach mehreren Tänzen begann auch er sich auf diesem Abend, den er schon als verpfuscht angesehen hatte, zu erwärmen. Er schlug seiner Dame vor, ein Souper in einem der abgeschlossenen Klubzimmer einzunehmen, die sich in der zweiten Etage des Etablissements befanden. „Wofür hatten Sie mich?" antwortete die Dame gereizt. Er bot seine ganze Beredsamkeit auf, um ihren beleidigten Stolz zu versöhnen. Aber sie war plötzlich eisig und reserviert und duldete es kaum, daß er beim Tanzen ihre Hand mit seinen Fingern festhielt. Nach zwei Runden erklärte sie ihm kurz, daß sie nach Hause wolle. Fred machte sich innerlich Vorwürfe. Er war voller Gewissensbisse, zu plump vorgegangen zu sein, und er schalt sich aus, daß er — bei seiner Menschenkenntnis — es so wenig verstanden hatte, den Unterschied zwischen der Hoheit ihrer Gestalt und der Alltäglichkeit der vielen anderen Masken zu wahren.

So begleitete er sie mit gedemütigtem Herzen nach dem Auto. Als sie den Wagen bestieg, streckte sie ihm die Hand hin. Er neigte sein Haupt zum Abschiedskuß. Da zog sie schnell die Hand zurück. Nun fragte er flehend, ob er niemals erwarten dürfte, sie wiederzusehen, und er gestand ihr reuig seine Taktlosigkeit ein. Sie klappte den Wagenschlag zu. Der Chauffeur kurbelte an. In dem Augenblick, als der Wagen abfahren wollte, gab es plötzlich einen leisen Schrei in seinem Innern. Fred schrie dem Chauffeur zu, sofort zu halten. Er eilte an die Tür und riß sie auf. In einer Ecke lag der Domino. Der weite Abendmantel war von seinen Schultern herabgeglitten. Seine Brust hob und senkte sich erregt. „Sehen Sie da!" hauchte sie tonlos. Fred stieg in das Coupé und blickte zu dem gegenüberliegenden Fenster hinaus. Eine dunkle Gestalt schritt auf der im Schatten liegenden entgegengesetzten Straßenseite auf und ab. „Ich fürchte mich," flüsterte die Dame.

Nach langem Hin und Wider erlaubte sie ihm endlich, an ihrer Seite Platz zu nehmen und sie nach ihrer Villa zu begleiten, die in einem Vorort lag. Das Auto setzte sich in Bewegung. „Ich muß Ihnen jedoch im voraus sagen," setzte sie hinzu, „daß meine Wohnung ziemlich weit entfernt ist."

„Um so besser," erwiderte Fred, „dann genieße ich um so länger das Vergnügen, in Ihrer Gesellschaft weilen zu dürfen."

Der Wagen durchraste die menschenleeren Straßen. An einer Kurve, die er in ungemindertem Tempo nahm, schleuderte er, Freds Arm wurde dabei an den Arm seiner Begleiterin gedrückt. Er konnte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne ihre Hand zu ergreifen, und einen Augenblick lang überließ sie sie ihm. Dann machte sie sich frei. „Geduld," flüsterte sie, indem sie ihre Hand zurückzog. Fred kreisten Ringe vor den Augen. Diese Frau war von einer seltenen Anziehungskraft. Ihre Zurückhaltung erregte ihn.

Der Wagen hielt mit einem Ruck. Der Chauffeur öffnete den Schlag. Der begeisterte Jüngling, bemüht, jetzt seine ganze Zuvorkommenheit zu beweisen, sprang aus dem Wagen, um ihr beim Aussteigen seine Hand zu reichen. Sie legte die Spitzen ihrer behandschuhten Rechten auf seine Finger. In diesem Augenblick fühlte er sich von hinten umschlungen, und als er sich mit Mühe umwandte, sah er beim Schein einer Laterne zwei kräftige Lakaien, die ihn festhielten. Während sie ihn fester packten, trat der Chauffeur an ihn heran und entriß seinem Mantel die Brieftasche, nahm die goldene Uhr aus seiner Weste, zog die Ringe von seinen Fingern und nahm ihm schließlich Mantel und Frack ab. Widerstand war unmöglich.

Hilferufe nützten nichts, denn der Schauplatz war eine völlig öde Stelle, fern von allen Wohnungen. Als die Arbeit getan war, stieg der Chauffeur wieder auf das Wagendeck. Die beiden Lakaien nahmen außerhalb auf einer Stange hinter dem Verdeck Platz, und das Auto mit der Dame entschwand spurlos in der Nacht. W. Meckauer.

Der Tod in der Wüste

Von Ph. Macdonald

11]

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

„Achtung!" brüllte der Sergeant und stieß Hale nach links, Morelli nach rechts beiseite, während er selbst zurücksprang.

Etwas Dunkles sauste durch die Luft und schlug mit einem Krach, daß die Erde zitterte, vor ihren Füßen auf. Abelson, der am weitesten weg war, handelte zuerst, lief zu dem Gestürzten und kniete neben ihm hin. Er hob das Haupt, welches den Tropenhelm verloren hatte, vom Boden auf: in der Stirn, gerade über dem linken Auge, stand ein rundes Loch, dessen Rand leicht blutig gefärbt war. Dann bog er den Kopf noch weiter nach vorn, beugte sich nieder, um die Rückseite des Schädels zu betrachten, wo sich ein zweites Loch befand, und ließ das stille Haupt und die gelösten mächtigen Glieder sanft wieder niedersinken.

„Herr . . Gott!" stieß Morelli hervor. Hale pfiff leise durch die geschlossenen Zähne.

Der Sergeant sprang mit plötzlicher Heftigkeit über den Leichnam, erreichte mit drei Sätzen die Palme und ergriff das Lederseil; kaum schwebte er indessen über dem Boden, als die Leine zusammen mit den Splittern zerbrechenden Holzes herunterflog. Er taumelte zurück und fiel hin.

Morelli schüttelte die Erstarrung ab, lief zur Quelle, riß seinen Karabiner hoch, der an einer Palme lehnte, und stürzte dem westlichen Hügelrand zu. Der Sergeant raffte sich auf. „Morelli!" rief er. Der Angerufene stutzte und drehte sich ungeduldig um. „Zurück!" Morelli zögerte, lief dann aber sogleich weiter. Der Sergeant legte die Hände an den Mund: „Morelli!!" Es war ein Klang in der Stimme, der den Laufenden aufhielt; er blieb stehen, kehrte um und kam langsam mit hängendem Kopfe zurück. Den Karabiner schleifte er hinter sich her, so daß der Kolben im Sande eine Spur hinterließ, die wie eine Schlange hinter ihm herkroch.

„Hale, Abelson, holen Sie Ihre Karabiner! Schnell! Schnell!" Der Sergeant beugte sich zu der leblosen Masse, die einst Brown gewesen war. „Der Schuß kam von da drüben." Er zeigte nach Westen. „Dorthin blickte er. Ein Schuß auf sehr weite Entfernung . . " Er sandte Morelli, Hale und Abelson als Unterstützung Cooks und MacKays an den Hügelrand; als sie gegangen waren, wandte er sich dem Eingang der Hütte zu und rief leise nach Sanders, der blinzelnd in das Sonnenlicht trat. „Der Unteroffizier hat noch nicht . . " begann er.

„Schon gut", sagte der Sergeant kurz. „Bücken Sie sich, ich will hier 'raufklettern." Er wies auf das Hüttendach.

„Ich verstehe nicht . . "

„Los doch' Bücken Sie sich . . . Hände da hin . . . noch ein wenig tiefer. Ich muß auf das Dach . . "

Im Augenblick war er oben, während unten Sanders seine knochigen Schultern rieb. Er trat vorsichtig an eine Ecke des flachen Daches und schützte seine Augen mit der Hand vor den schrägen Strahlen der sinkenden Sonne, während er nach Westen schaute. Wie er sich gedacht hatte, befand er sich hoch genug, um zwischen den Palmenstämmen hindurch über die Wüste sehen zu können, aber nicht so hoch, daß die Kronen der Bäume seine Sicht behindert hätten.

Er durchforschte die Weite — Sand, Sand, nichts als Sand mit einigen wenigen Erhebungen, die niedrigen, ruhigen Dünungswellen glichen. Sonst nichts, kein Leben . . . nirgends ein Loch, ein Riß oder ein Erdwall, in dem oder hinter dem Menschen sich verstecken könnten.

Aber Brown war erschossen worden, die Tatsache bestand, also war da jemand irgendwo auf Schußweite . . . Er strengte seine Augen an, bis schwarze Flecke vor ihnen in der heißen, stillen, leblosen Luft tanzten.

Leise fluchend kauerte er sich hin und glitt wieder zur Erde, wo er sich überkugelte. Sanders wollte ihm helfen; er stand allein auf und sagte: „Gehen Sie lieber wieder hinein. Wie geht es ihm?"

„Scheinbar besser", antwortete Sanders zögernd. „Sein Atem geht stärker und nicht mehr so schnell wie vorhin. Herr Sergeant!" Seine Stimme klang dringlicher und schlug schon wieder nach oben. „Herr Sergeant! Was . . was ist passiert?"

Der Sergeant sah ihn an und sagte langsam, während er das magere Gesicht des vor ihm Stehenden ruhig betrachtete.

„Brown ist gefallen. Er war oben auf der Palme, da . . . jemand hat auf ihn geschossen. Er war sofort tot."

Sanders zog die Luft mit einem scharfen Laut durch die Zähne und blieb mit gesenktem Kopf stehen, während seine Lippen sich wieder rastlos bewegten. Der Sergeant sah ihn immer noch an:

„Gehen Sie hinein" befahl er dann ruhig.

Achtes Kapitel

Sie begruben Brown nach Sonnenuntergang an der Ostseite der Oase. Morelli, Hale und Cook trugen den Leichnam; über ihnen auf derselben Seite des Hügels lagen Abelson und MacKay mit ihren Karabinern im Anschlag. Gegenüber, nach Westen zu, beobachteten der Sergeant und Sanders; nichts störte ihre Arbeit.

Später traten sie an der Quelle um den Sergeanten zusammen, der die Nachtwachen mit dreistündiger Ablösung für je zwei Leute bestimmte. Erst Hale und Abelson, als zweite MacKay und Cook, zuletzt er selbst und Morelli. Sanders hatte abgelehnt, als man ihm seine Pflegetätigkeit abnehmen wollte; er wünsche dazubleiben und könne schon ab und zu für fünf Minuten einnicken.

Der Sergeant verteilte das Essen; jeder bekam ein Stück Hartbrot, das Siebentel einer Fleischkonserve und Datteln. Sie verzehrten es getrennt, Hale und Abelson auf Posten, MacKay saß beim Sergeanten, der ihn darum gebeten hatte, bei der Hütte, Morelli und Cook blieben an der Quelle.

In der Hütte verschlang Sanders seine Mahlzeit mit einer Eile, die nicht dem Hunger, sondern dem Verlangen entsprang, mit einer langweiligen und unangenehmen, leider notwendigen Beschäftigung zu Ende zu kommen. Als er kaum den letzten Bissen hinuntergewürgt hatte, kniete er neben dem unbeweglichen Körper des Unteroffiziers nieder und ließ den Kopf nach hinten sinken, während sein Gesicht, dessen Augen geschlossen waren, einen ekstatischen Ausdruck annahm. Seine scharfen Linien verloren sich; er wurde weich und ruhig, zeigte aber einen großen Schmerz. Seine Lippen bewegten sich, seine Hände waren vor seiner Brust so krampfhaft gefaltet, daß die Knöchel weiß erschienen.

An der Quelle aß Cook mit stillem Behagen. Er schnitt seine schmale Scheibe Rindfleisch in kleine Würfel und setzte jeden auf ein größeres Stück des sorgfältig gebrochenen Hartbrotes. An jedem Mundvoll kaute er voll bewußten Genusses und trank dazwischen in langen Zügen das kühle Wasser. Morelli beobachtete ihn; sein Anteil lag unberührt auf der flachen Seite seiner Feldflasche vor ihm. Keiner von beiden sprach, bis Morelli endlich sein Brot und Fleisch dem anderen hinhielt und fragte:

„Willst du's haben? Ich mag es nicht."

„Mhm," sagte Cook, streckte seine riesige Hand aus, nahm das Gebotene und nickte zum Dank.

Morelli konnte keine Ruhe finden; er stand auf, setzte sich wieder, erhob sich von neuem, ging ein paar Schritte im Kreise umher und kam an seinen alten Platz zurück. Mehrfach setzte er zum Sprechen an, ohne jedoch wirklich zu reden, zog seine Pfeife heraus, fand keinen Tabak, nahm eine Zigarette zwischen die Lippen, änderte seine Absicht und steckte sie wieder in das Lederetui zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Vom Kohlenbergbau

Neuer englischer Einspruch gegen die Bahntariferhöhung für englische Kohle

Die Erhöhung der Sondertarife von den Seehäfen nach dem deutschen Inland für englische Kohle ist Gegenstand neuer englischer Vorstellungen im Auswärtigen Amt gewesen. Die englischen Kohlengrubenbesitzer hatten auf Grund umfangreicher statistischer Erhebungen von Seiten der deutschen Importeure eine Eingabe bei ihrer Regierung eingereicht und auf die starke Benachteiligung der von England eingeführten Kohle durch die Sondertarife, die bedeutend höher sind als die Inlandstarife, hingewiesen. Der englische Gesandte in Berlin hat daraufhin neue Schritte bei der deutschen Regierung unternommen, um eine Reduktion der Frachtsätze zu bewirken. Die Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt und es ist nicht damit zu rechnen, daß eine Ermäßigung der Frachtsätze vorgenommen wird.

Braunschweigische Kohlenbergwerke Helmstedt

Infolge Absatzstockung, veranlaßt durch die anhaltend milde Witterung, sehen sich die Braunschweigischen Kohlenbergwerke Helmstedt zu Betriebseinschränkungen gezwungen. Die Brikettfabrik Treue III in Trendelbusch, der Betrieb Bismarck und die Fabrik Harbke werden stillgelegt. Auf den Fabriken Treue II und Treue IV wird bis auf weiteres nur in 3 Schichten gearbeitet. Die Arbeiter, insbesondere die verheirateten, sollen nach Möglichkeit in anderen Konzernen wieder untergebracht werden.

Günstige Entwicklung der Ruhrchemie-A.-G.

Weiterer Ausbau der Betriebe

Die im Vorjahre aufgenommene Produktion des Holtener Stickstoffwerkes ist zur Zufriedenheit verlaufen, so daß auch die Anlagen für die Gewinnung hochwertiger Düngesalze aus Kokereien für die Produktion freigegeben wurden. Zur Zeit wird eine Koksgaszerlegungsanlage mit einer Stundenleistung von 17 000 cbm Koksgas errichtet. Daneben wird die Gesamtanlage durch die Erweiterung der Kraftzentrale ausgebaut.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk

gibt im Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals um 60 Millionen auf 243 Millionen Mark einen Prospekt heraus, in dem es die günstige Entwicklung des Unternehmens unterstreicht. Das Werk beschäftigt gegenwärtig 1780 Angestellte und 4600 Arbeiter. Im Verlauf des Geschäftsjahrs wurden das Rheinkraftwerk Albdruck-Dogern A.-G., Waldshut, u. die Aarenwerke A.-G. in den Interessenkreis des RWE. einbezogen. Das ganze Versorgungsgebiet der Gesellschaft umfaßt 45 400 qkm. Das Bestreben geht dahin, die Verbandswirtschaft der Steinkohle, der Braunkohle und der Wasserkräfte immer mehr auszubauen.

Sparkassenfachschule

Der Verbandsausschuß des rheinisch-westfälischen Sparkassenausschusses hat die Errichtung einer Sparkassenfachschule in den Räumen der Landesbank in Düsseldorf beschlossen. Die Leitung übernimmt Generaldirektor Bel von der Landesbank. Der erste Lehrgang beginnt am 15. Februar.

Dividende

Kalker Maschinen A.-G., Köln-Kalk: 4 Prozent.
Triumpfwerke A.-G., Nürnberg: wieder 15 Prozent.
Bayrische Elektr.-Werke A.-G., München: wieder 6 Prozent.
Chemische Produkte A.-G., Scheidemantel, Berlin: wieder 5 Prozent.
Harpener Bergbau: voraussichtlich 6 Prozent.
Masch.-Fabrik A.-G., Sangerhausen: wieder 6 Prozent.

Schwierigkeiten

Die Mannesmann Autowerke A.-G. in Remscheid hat die Liquidation beschlossen. Das Aktien-Kapital ist verloren. Die Gläubiger sollen 30 Prozent erhalten.

Die Glockenstahlwerke A.-G. in Remscheid wird in ihrer Liquidation an die Stammaktionäre 30 Prozent ausschütten.

Noch ein Stickstoffplan im Ruhrgebiet

Aus Essen wird gemeldet, die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. plane den Bau eines Stickstoffwerkes auf der Schachtanlage Grillo. Die Leistungshöhe sei mit jährlich 30 000 To. Stickstoff in Aussicht genommen. Die Frage ist noch offen, nach welchem Verfahren gearbeitet werden soll. Der Vorgang ist um so bemerkenswerter, als erst vor kurzem zwischen den bisher Stickstoff erzeugenden Ruhrzechen und der J. G. Farbenindustrie bzw. dem Stickstoffsyndikat eine Verständigung erfolgt ist, die eine gewisse Festlegung der Produktion vorsieht. Zum Vergleich wäre anzuführen, daß die bisher bestehenden Stickstoffanlagen im Ruhrbergbau über eine Kapazität von rund 80 000 To. synthetischem Stickstoff verfügen. U. a. besitzt die auf der Zeche Mont Cenis errichtete Stickstofferzeugungsanlage der Gasverarbeitungs-Gesellschaft m. b. H. in Sodingen (Bergwerksgesellschaft Hibernia-Gewerkschaft Mont Cenis) eine Kapazität von 28 000 To., die Schwesterfabrik auf der Schachtanlage Shamrock eine solche von 22 000 To. Die Ruhrchemie AG. hat eine Fabrik mit einer Kapazität von etwa 18 000 To. in Betrieb, die aber durch einen Erweiterungsbau demnächst auf eine Jahreskapazität von etwa 35 000 To. gebracht werden soll. Die Kapazität der Stickstoffabrik der Gewerkschaft Viktor in Rauxel (Klöckner-Werke — Wintershall) dürfte mit etwa 12 000 To. zu veranschlagen sein. Die Gewerkschaft Ewald ist darüber hinaus mit der Neuerrichtung einer Stickstoffabrik beschäftigt, die eine Kapazität von etwa 20 000 To. erhalten soll. Als weiteres Neuprojekt wäre schließlich noch die fiskalische Stickstoffabrik auf der Schachtanlage Scholven zu erwähnen, deren Kapazität mit etwa 40 000 To. anzunehmen ist.

Die eingangs angegebene Gesamtkapazität von 80 000 To. jährlich würde also durch die bereits bekannten Neuanlagen auf ungefähr den doppelten Betrag gesteigert werden, unter Hinzurechnung der bei Gelsenkirchen geplanten Anlage auf ungefähr 190—200 000 To. gegenüber ungefähr 700 000 To. Jahreskapazität der J. G. Farbenindustrie AG.

Bemerkenswert ist, daß die Gelsenkirchener Bergwerks AG. sich an der Gründung der Ruhrchemie AG. nicht beteiligt hat, daß hier vielmehr nur eine Beteiligung der Vereinigten Stahlwerke AG. vorliegt. Man vermutet, daß das Stickstoffprojekt der Gelsenkirchener Bergwerks AG. daher schon längeren Datums ist. Die bisherigen Abmachungen zwischen den Stickstoffproduzenten an der Ruhr und dem Deutschen Stickstoffsyndikat würden von einer Durchführung des Gelsenkirchener Stickstoffprojektes insofern berührt werden, als die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung des getroffenen Abkommens für den Fall des Auftretens neuer Außenseiterwerke vorgesehen ist. In beteiligten Kreisen glaubt man allerdings, daß eine Einigung in dieser Frage wohl zu erzielen wäre.

Die neuen Pläne deuten jedenfalls darauf hin, daß die Gelsenkirchener Bergwerks AG. sich zur Zeit in einem Stadium höchster Aktivität befindet. Erst vor einigen Monaten wurden die Zechen der Adler AG. für Bergbau und der Gewerkschaft Johann Deimelsberg erworben. Vor wenigen Tagen ist die Aktienmehrheit der Essener Steinkohlenbergwerke AG. übernommen worden, wobei die Frage der Finanzierung dieses Neuerwerbs noch zu klären bleibt. Die Durchführung des nun hinzukommenden Stickstoffprojektes würde unter Umständen die Notwendigkeit der Zuführung neuer Mittel entweder durch Kapitalerhöhung oder neue Anleihen zur Folge haben.

Deutschland gehört zu den arbeitsamsten Ländern

Im Halbjahrsbericht der Reichskreditgesellschaft heißt es: „Die Arbeitswilligkeit ist in Deutschland groß, der Andrang zu den offenen Stellen war in jedem Monat erheblich höher als im Vorjahre. Deutschland gehört zu den arbeitsamsten Ländern. Während von der männlichen Bevölkerung Deutschlands ungefähr 70 Prozent und von der weiblichen ungefähr 36 Prozent, von der Gesamtbevölkerung also etwa 52 Prozent erwerbstätig sind, sind in den Vereinigten Staaten, die gleichfalls zu den arbeitsreichen Ländern gehören, nach der letzten Zählung von 1930 nur etwa 61 Prozent der männlichen und vor allem nur 17 Prozent der weiblichen Bevölkerung, im ganzen kaum 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, erwerbstätig."

Geld genug vorhanden für »kalte Privatisierung«

Hört man auf das Geschrei der „Wirtschaft", dann müßte man schlußfolgern, daß der letzte Pfennig Kapital in den Betrieben arbeitet, die so belastet sind, daß weitere Kapitalbildung absolut unmöglich ist. Von der öffentlichen Hand wird verlangt, daß sie die Wirtschaftstätigkeit völlig drosselt, weil die Finanzierungsmöglichkeit nicht gegeben ist. Wenn aber der „Wirtschaft" die Aussicht winkt, kommunale Betriebe in ihre Hand bringen zu können, dann auf einmal verfügt sie über recht große Geldsummen. Im „Vorwärts" gibt Stadtbaurat Wagner dafür zwei typische Beispiele. Ein Elektrokonzern bot der Stadt Geld an zur Behebung ihrer Kassenschwierigkeiten, wenn die Stadt ihre Aktien an das Elektrizitätswerk Süd-West verkauft. Eine Großbank war bereit, der Stadt 200 Millionen Mark zu geben, wenn ihr dafür Bewal-Aktien übergeben würden. Die Stadt Berlin konnte sich helfen mit einem amerikanischen Kredit in Höhe von 60 Millionen Mark. Der Reichsbankpräsident verweigerte die Genehmigung. Die private Wirtschaft kann im Ausland Anleihen aufnehmen so viel sie will.

*

Noch einige Zahlen zur Beurteilung der Finanzhetze gegen die Kommunen. In der Reichsbahn sind etwa 20 Milliarden Mark Volksvermögen investiert, bei der Reichspost reichlich 1 Milliarde Mark, in den Gemeindebetrieben etwa 8 Milliarden Mark. Die Bestellungen der Reichsbahn bei der Privatwirtschaft belaufen sich im Jahre auf etwa 1,5 Milliarden Mark, die der Reichspost auf etwa 400 Millionen Mark und die der Gemeindebetriebe auf rund 4 Milliarden Mark. Die Sparpolitik der Wirtschaft ist gerichtet auf eine finanzielle Drosselung der Gemeinden. Ihre Durchführung müßte zur Folge haben, daß die Gemeinden als Auftraggeber für die Wirtschaft ganz erheblich ausfallen. Am meisten betroffen werden davon die gewerblichen Betriebe. Der Großindustrie und Großfinanz ist diese Schädigung der Wirtschaft gleichgültig gegenüber ihrem Hauptziel, die Gemeinden in eine so große Finanznot zu bringen, daß sie ihre Wirtschaftsbetriebe an die Privatwirtschaft ausliefern müssen.

Ins Siegerland verlegen?

A.-G. für Federstahlindustrie verm. A. Hirsch & Co., Kassel.

Wie WTB.-Handelsdienst aus Verwaltungskreisen der A.-G. für Federstahlindustrie verm. A. Hirsch & Co., Kassel, erfährt,

Stillegungen - Einschränkungen

Düsseldorf an den Wirtschaftsminister!

Appell der Düsseldorfer Stadtverwaltung

Von der Stadtverwaltung wird mitgeteilt: In der letzten Zeit mehren sich die Betriebsstillegungen und Feierschichten in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Von besonders schweren Folgen für das gewerbliche und soziale Leben der Stadt Düsseldorf ist die Entlassung von 800 Arbeitern und 300 Angestellten durch die Stillegung des Röhrenwerks bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik AG. Sofort nach Bekanntwerden des Stillegungsplanes ist die Stadtverwaltung beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden, um auf das Bedenkliche dieser Maßnahme hinzuweisen und folgende Vorschläge zu unterbreiten:

1. Das Reichswirtschaftsministerium möge darauf hinwirken, daß, soweit Neueinstellungen von Arbeitskräften, Angestellten wie Arbeitern, infolge der Quotenübernahme bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Remscheid notwendig werden, auf die bei dem Röhrenwerk der Rheinmetall freiwerdenden Arbeitskräfte in allererster Linie zurückgegriffen wird.

2. Das Reichswirtschaftsministerium möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß der gefaßte Beschluß über die Stillegung des Röhrenwerks der Rheinmetall nicht mit sofortiger Wirksamkeit, sondern allmählich erfolgt und so dadurch eine leichtere Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte ermöglicht wird.

3. Das Reichswirtschaftsministerium möge seinen Einfluß in der Firma dahin geltend machen, daß den schuldlos ihres Arbeitsplatzes verlustig gehenden Arbeitnehmern eine Abfindung in der Höhe gezahlt wird, daß sie sich nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen können.

In ähnlichem Sinne ist die Stadtverwaltung auch bei der Direktion der Rheinmetall vorstellig geworden.

Weitere Produktionseinschränkung in der Eisenindustrie

Im Rahmen der von der Eisenindustrie in den letzten Monaten vorgenommenen Produktionseinschränkungen ist inzwischen auch der Stillegungsantrag der Hagener Gußstahlwerke (Stahlrewag) genehmigt worden. Angesichts der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung besteht die Möglichkeit, daß auch bei den anderen Konzernen Arbeiterentlassungen nicht zu vermeiden sind. Gegenüber anderslautenden Meldungen ist jedoch hervorzuheben, daß Stillegungen beim Stahlwerk Krieger, den Gelsenkirchener Gußstahlwerken und den Annener Gußstahlwerken nicht beabsichtigt sind. Die Betriebe der Stahlrewag sind gut beschäftigt und arbeiten wirtschaftlich.

Die Verhandlungen um das Hagener Gußstahlwerk

Die Meldungen, daß die Bemühungen der Stadt Hagen um die Erhaltung der Hagener Gußstahlwerke erfolglos verlaufen wären und die Betriebe endgültig stillgelegt würden, entsprechen nicht den Tatsachen. Allerdings wollen die Ver. Stahlwerke das Hagener Werk nicht übernehmen, doch werden die Verhandlungen weitergeführt. Ueber deren Verlauf kann jetzt noch nichts mitgeteilt werden.

Erhöhung des Kontingents des Walzdrahtkartells

Das Walzdrahtkartell hat in seiner Sitzung am 11. Januar in Paris das Produktionskontingent um 10 000 T. erhöht.

Die Preise selbst sind in der Sitzung nicht geändert worden. Es wurde jedoch noch die Verteilungsquote für den Verkauf in Japan festgesetzt.

Sozialversicherung in Rumänien

Das rumänische Arbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf vor, der eine Neuregelung der rumänischen Sozialversicherung bringen soll. Nach der Vorlage, die in Kürze in der Kammer eingebracht werden dürfte, werden die für die verschiedenen Versicherungen (Krankheit, Unfall und Invalidität) notwendigen Fonds aus Sonderbeiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung kommen noch Beitragsquoten des Staates hinzu.

In der Begründung des Entwurfs wird darauf verwiesen, daß den Sozialversicherungskassen „volle Autonomie" gewährt wird. Dennoch sieht er vor, daß der Generaldirektor der Zentralversicherungskasse vom Staat ernannt und besoldet wird und daß die Beamten vom Generaldirektor zu ernennen sind. Weiter müssen die von der Generalversammlung der Versicherungskassen gefaßten Beschlüsse dem Nationalrat für Sozialversicherung zur Genehmigung unterbreitet werden. Die Generalversammlung wird vom Generaldirektor der Zentralkasse einberufen und nicht vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gewählt wird.

Diese Bestimmungen stehen mit der in der Begründung des Entwurfs hervorgehobenen Autonomie in schroffem Widerspruch. Die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber haben bereits erklärt, daß eine Einrichtung, die von den Geldern der Arbeiter und Unternehmer erhalten werde, nicht durch einen vom Staat ernannten Direktor geleitet werden könne, sondern nur von den Arbeitern und Unternehmern. Die Generalversammlungen dürften nur vom Präsidenten, nicht aber vom Exponenten des Staates, vom Generaldirektor der Zentralkasse, einberufen werden.

Die Regierung, die alle diese geforderten Verbesserungen abgelehnt hat, geht darauf aus, das Verfügungsrecht der an der neuen rumänischen Sozialversicherung unmittelbar Interessierten zu unterbinden, um eigene politische Agenten in die Amtsstellen der Versicherung einsetzen zu können.

Die Eisenbahnergruppe der Transportarbeiter-Internationale

wird anläßlich des Kongresses der internationalen Organisation der Eisenbahndirektionen, der anfangs Mai in Madrid stattfindet, dort Ende April ebenfalls eine internationale Konferenz abhalten, auf der die Personalfrage eingehend erörtert werden soll. Das deutsche Eisenbahnpersonal vertritt auf der Konferenz Reichstagsabgeordneter Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes.

Wanderausstellung „Deutscher Lebenswille"

Mit einer schlichten Feier wurde in Berlin soeben eine Wanderschau der Reichszentrale für Heimatdienst eröffnet. Neuartig an dieser Ausstellung ist die Methode, mit der staatsbürgerliche Erkenntnisse vermittelt werden. An etwa 60 großen Tafeln und Modellen wird gezeigt, wie aus dem Chaos der ersten Nachkriegsjahre der allmähliche Aufstieg erfolgte; wie auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet das deutsche Volk schrittweise den Weg wieder aufwärts fand. Dieser Ausstellung hat sich die Berliner Kommunalverwaltung im Interesse der Sache angenommen und ihr die Ausstellungsräume zur Verfügung gestellt.

Nach Begrüßungsworten des Leiters der Reichszentrale für Heimatdienst, Ministerialrat Dr. Strahl, übermittelte der Ministerialdirektor Dr. Menzel als Vertreter des verhinderten Reichsministers Severing Grüße und Wünsche der Reichsregierung. In seiner Rede behandelte er Wesen und Aufgaben der Wanderschau. Die Ausstellung bedeutet, so führte er aus, einen ersten Versuch, die sozialpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands in zehn Nachkriegsjahren in einem einheitlichen Rahmen plastisch und einprägsam darzustellen. Bildtafeln, Zeichnungen und Beleuchtungsmodelle sollen von einem entscheidend wichtigen, ebenso arbeits- wie kampfreichen Jahrzehnt deutscher Geschichte berichten, sollen, insbesondere der Jugend, wissen, was ein elementarer und ungebrochener Lebenswille zu leisten vermag. Der Rede des Vertreters der Reichsregierung folgten warmherzige Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Herz vom Bezirksamt Kreuzberg. Er betonte den Wert der Ausstellung für die Verbreitung staatsbürgerlicher Erkenntnisse und wahren Verständnisses im Volke für die brennenden Gegenwartsprobleme Deutschlands. Eine Führung durch die Ausstellung, eine knappe Erläuterung ihrer Bildtafeln, Beleuchtungsmodelle und Lichtbilder beschloß die Eröffnungsfeier.

So ist also die Ausstellung „Deutscher Lebenswille", die sich als wichtiges Glied in den Rahmen der gesamten Aufklärungsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst einfügt und eine neuartige Ergänzung ihrer publizistischen und rednerischen Tätigkeit bedeutet, der Oeffentlichkeit übergeben worden. Kein besserer Zeitpunkt konnte gewählt werden. In einer Epoche, in der der harte Druck einer schweren Wirtschaftskrise auf allen deutschen Erwerbsständen lastet und Verzagtheit und Mißtrauen vielerorts emporwuchern, in der hartnäckig um die Neuregelung der Reparationsfrage gekämpft wird — in einer solchen Zeit beginnt die Wanderschau der Reichszentrale für Heimatdienst ihren Weg durch Deutschland anzutreten. Für den Gedanken der Volksgemeinschaft soll sie wirken und werben, soll anschaulich und beweiskräftig dartun, was in zehnjähriger Arbeit in der Deutschen Republik allen Widerständen zum Trotz geleistet wurde, soll den Willen zu weiterem Aufstieg, zur Vollendung des Werkes wecken und fördern helfen.

Verkehr.

Fernsehen / Bildfunk / Bildtelegraphenverkehr.

das sind drei Möglichkeiten neuzeitlicher Bildübertragung, die noch häufig verwechselt werden.

Beim elektrischen Fernsehen tritt der ferne Gesprächspartner dem Anrufenden beispielsweise in einer neben dem Fernsprecher angebrachten Hilfsapparatur bildhaft in die Erscheinung. Diese Frage ist heute technisch gelöst, aber noch nicht so durchgebildet, daß mit der baldigen allgemeinen Einführung des Fernsehens gerechnet werden kann.

Der in Verbindung mit den Rundfunkübertragungen eingeführte Bildfunk gestattete den mit entsprechenden Hilfsapparaten ausgerüsteten Rundfunkteilnehmern, die von einzelnen deutschen und außerdeutschen Sendern programmäßig verbreiteten Bilder in der eigenen Wohnung aufzunehmen und sie — gleich Lichtbildaufnahmen fixiert — aufzubewahren. Dieses Verfahren hat nicht das erhoffte Interesse gefunden, obgleich durch den Betrieb bewiesen worden ist, daß eine einwandfreie Uebertragung von Bildern auf drahtlosem Wege möglich ist. Der Bildfunk wurde deshalb am 20. Dezember 1929 wieder eingestellt.

Der Bildtelegraphenverkehr wird auf Drahtleitungen abgewickelt. Als Bildtelegramm können Bilder jeglicher Art, Gedrucktes, Geschriebenes, Zeichnungen, Pläne, Urkunden, Stenogramme usw. übermittelt werden.

Auf der Empfangsseite erscheinen die Bildtelegramme im allgemeinen nur schwarz auf weiß; in Bedarfsfällen werden zur Erhöhung der Bildgüte Abzüge in braun auf weiß hergestellt.

Solche Bildtelegramme werden in Deutschland vorläufig zwar nur von Berlin und Frankfurt (Main) aus bildtelegraphisch an die mit gleichartigen Empfangssystemen ausgerüsteten Anstalten abgesetzt. Sie können aber bei allen Post- und Telegraphenanstalten aufgeliefert werden und werden dann von vorbezeichneten Aemtern als Eilbrief — wenn angängig, unter Benutzung der Luftpost — zugeführt. Die Anschrift nebst den besonderen Vermerken ist vom Absender stets in gewöhnlicher Weise auf ein Telegrammaufgabeformblatt niederzuschreiben; sie wird einschließlich der besonderen Vermerke gebührenfrei übermittelt. Sollte der Absender die Anschrift außerdem in das eigentliche Bildtelegramm aufnehmen wollen, so wird nur der dafür beanspruchte Raum berechnet. Alles Weitere erledigt der annehmende Schalterbeamte.

Vom Eingangsort (Bildstelle) des Bestimmungsortes erfolgt die Weiterbeförderung des aufgenommenen Bildtelegramms gleichfalls als Eilbrief auf dem schnellsten Wege — wenn möglich, unter Benutzung der Luftpost — unmittelbar an den Empfänger.

Ueber die Gebühren, Gebührenermäßigungen für Zeitungen, Zeitschriften usw., Gebührenermäßigungen in den betriebsschwachen Zeiten des Fernsprechdienstes, zulässige besondere Vermerke usw. erteilen sämtliche Post- und Telegraphenanstalten jederzeit bereitwilligst nähere Auskunft. Unmittelbarer Bildtelegraphenverkehr besteht zurzeit zwischen folgenden Bildstellen:

Berlin—Frankfurt a. M.
Deutschland (Berlin, Frankfurt a. M.)—Oesterreich (Wien).
Deutschland (Berlin, Frankfurt a. M.)—Schweden (Stockholm).
Deutschland (Berlin, Frankfurt a. M.)—Dänemark (Kopenhagen) und
Deutschland (Berlin, Frankfurt a. M.)—Großbritannien und Nordirland (London).

Bildtelegramme sind über diese Bildtelegraphenverbindungen auch nach Ländern Europas zulässig, die noch nicht an das deutsche Bildtelegraphennetz angeschlossen sind, z. B. von Berlin über die Bildtelegraphenleitung Berlin—Wien nach Ungarn. In solchen Fällen sendet die bildtelegraphische Aufnahmeanstalt das Bildtelegramm als Eilbrief auf dem schnellsten Wege — soweit angängig und zeitsparend, mit der Luftpost — unmittelbar an den Empfänger weiter.

Bildtelegraphenverkehr Frankfurt a. M.—London.

Im Anschluß an den am 7. Januar eröffneten Bildtelegraphenverkehr Berlin—London ist jetzt auch ein unmittelbarer öffentlicher Bildtelegraphendienst zwischen Frankfurt a. M. und London zugelassen worden. Die für den Bildtelegraphenverkehr zwischen Berlin und London festgesetzten Bedingungen und Gebühren gelten auch für die neue Verkehrsbeziehung. Danach werden im Verkehr Frankfurt a. M.—London für einen Quadratzentimeter Bildfläche 21 Reichspfennig erhoben; Mindestgebühr 21 RM. für das Bildtelegramm.

Arbeiter-Sport

Die Jahrestagung der Fußballer des 13. Bezirks.

Die nicht gerade übermäßig besuchte Jahresversammlung der Fußballer eröffnete der Genosse Buschor. Er machte eingangs seiner Ausführungen die Tagesordnung bekannt: 1. Berichte, 2. Wahlen, 3. Jahresvorschau, 4. Westdeutsches Sportfest, 5. Anträge.

Genosse Buschor gab in längeren Ausführungen den Jahresbericht von der Spaltung bis jetzt. Nach der Spaltung waren vorhanden 13 Vereine, 28 waren bei Jahresschluß vorhanden. Davon sind zwei wiederum eingegangen. Den Kassenbericht konnte der Genosse Buschor ebenfalls geben. Der Kassenbestand ist erfreulich. Ferner mußte Buschor den technischen Bericht erstatten, weil auch hier wieder die technische Leitung versagte.

Die Diskussion war recht lebhaft. Bezirksvertreter Schneider empfahl straffe Organisation. Genosse Chudziak wünschte Prüfung der Mandate. Diese erübrigte sich, weil die einzelnen Delegierten bekannt waren. Die Kassenrevisoren hatten die Kasse geprüft und baten um Entlastung des Kassierers. In einigen Worten erwiderte der Genosse Buschor auf die einzelnen Ausführungen der Genossen, daß die nötigen Finanzen fehlen, um Sitzungen abzuhalten. Den Bericht über die Jugendbewegung gab der Genosse Schmidt. Auch hier wenig Erfreuliches. In kurzen Worten gab der Pressewart seinen Bericht, der zur Zufriedenheit ausfiel. Schiedsrichterobmann Sametinger konnte den einzelnen Delegierten nur das eine ans Herz legen, daß die Unterstützung von seiten der Vereine in diesem Jahre eine bessere sein müsse.

Die nun folgenden Wahlen brachten folgende Genossen in den Bezirksausschuß: Buschor, Spielleiter; Schmidt, Kassierer; Schriftführer Schwantkowski; Berichterstatter Chudziak; Techniker Rauschner; vorläufig als Jugendleiter Schmidt; Schiedsrichterobmann Sametinger; Protestkommission König, Barmeier und Lohmeier; Revisoren Meier und Boden.

Ueber das Westdeutsche Sportfest war nur ein Wille in der Sitzung vorhanden: vereint dafür zu arbeiten. Die einzelnen Anträge wurden debattelos angenommen. Jeder Verein ist verpflichtet, für jede gemeldete Mannschaft den „Volkssport" zu halten. Einstimmig angenommen.

Die Quartalsbeiträge sind bis zum 15. des Monats eines jeden anfangenden Quartals zu entrichten, sonst Spielverbot. Alle andren Anträge wurden dem Bezirksausschuß überwiesen.

Da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, drängten die einzelnen Delegierten auf Schluß der Sitzung. Als Delegierte für den Kreistag wurden folgende Genossen gewählt: Buschor, Chudziak und Schmidt. Mit „Frei Heil!" wurde die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

H. Schwantkowski.

Stadtmannschaft Gelsenkirchen.

A. gegen B-Mannschaft 3 : 2 (1 : 0).

B-Mannschaft spielt, und die A-Mannschaft hat gewonnen.

Auf dem Platze an der Kurfürstenstraße fand obiges Spiel statt. Ein merklich schönes, auf technisch hoher Stufe stehendes Spiel wurde hier vorgeführt. Sofort mit Anstoß drängt die B-Mannschaft ganz gewaltig, trifft aber auf eine sicher arbeitende Verteidigung. Allmählich macht sich die A-Mannschaft frei, lange Zeit verteiltes Feldspiel. Wahre Kunststückchen werden gezeigt. Eine Kleinigkeit mehr vom Spiel hat die B-Mannschaft. Doch mit des Geschickes Mächten muß man rechnen. Die linke Seite der A-Mannschaft kommt gut vor, der Linksaußen erwischt das Leder, und, aus kurzer Entfernung geschossen, sitzt das Leder im Netz. Bis zur Pause ereignete sich nichts Besonderes. Halbzeit 1 : 0 für die A-Mannschaft.

Nach der Pause ist die A-Mannschaft bedeutend eifriger, besonders der Mittelstürmer und der Halblinke spielen einen besonderen Fußball. Und schon steht das Spiel 2 : 0. Im Anschluß an eine Ecke gibt es ein Selbsttor, und das Spiel steht 3 : 0 für die A-Mannschaft. Dieses wird der B-Mannschaft doch zuviel, der Halblinke erwischt das Leder, und es konnte ein Tor aufgeholt werden. Nach wiederum 10 Minuten tritt der Mittelstürmer aus 20 Meter Entfernung das zweite Tor für die B-Mannschaft. Ein Prachtschuß, das schönste Tor des Tages! Noch 5 Minuten sind zu spielen, doch nützen die Anstrengungen seitens der B-Mannschaft nichts mehr. Zum Ausgleich langt es nicht. Eckenverhältnis 10 : 9.

Der Spielausschuß wird eine schwere Aufgabe haben, aus diesen zwei Mannschaften die richtige Elf herauszuholen. Gefallen konnte bei der B-Mannschaft der Sturm bis auf den Linksaußen. Die stärksten Spieler waren Rechtsaußen, Mittelstürmer und Halblinks. In der Läuferreihe war der linke Läufer der schwächste, der Mittelläufer war nicht schlecht, nur konnte er den Sturm nicht halten. Durch sein sympathisches Spiel konnte der rechte Läufer am besten gefallen. Die Verteidigung war gut, aber schwächer, als gegenüber. In der A-Mannschaft war besonders der Halblinke oder Mittelstürmer und die Verteidigung zu loben, die Läuferreihe war gut. Ein besonderes Lob den beiden Torwarten, sie haben beide gut gefallen können.

Vorher trafen sich die Jugendmannschaften Freiheit Gelsenkirchen und Buer-Scholven, welches Spiel letztere mit 1 : 0 gewinnen konnte.

Nur ein Unentschieden!

Vorwärts Gelsenkirchen gegen Sportfreunde Bottrop 2 : 2.

Vorwärts mußte mehrere Ersatzleute einstellen, weil verschiedene Spieler in der Stadtmannschaft mitwirkten. Trotz allem wurde ein Spielchen vorgeführt, welches spannend war von Anfang bis Schluß. Konnte auch der Platzverein in der ersten Halbzeit führen, so erzielten die Gäste in der zweiten Spielzeit den Ausgleich.

Die zweiten Mannschaften trennten sich mit 2 : 0 für den Platzverein.

Ein verdienter Sieg der Dorstener.

Wanne gegen Rasensport Dorsten 23 2 : 4 (0 : 1).

Ein Werbespiel! Beide Mannschaften kompletт. Sofort nach Anstoß merkt man, daß sich die Rasensportler etwas vorgenommen hatten. Immer und immer wieder wirft der Mittelläufer den Sturm nach vorn. Ein wuchtiger Schuß aus 30 Meter Entfernung bringt ihnen die Führung. Verteiltes Feldspiel. Pause. Nach der Pause können die Wanner den Ausgleich holen. Doch nicht lange dauert die Freude, und Dorsten geht wiederum in Führung.

Doch Wanne läßt sich nicht entmutigen, und schon steht es 2 : 2. Aber die durchbruchartigen Vorstöße der Dorstener sind auf Erfolg eingestellt. 3 : 2 und kurz vor Schluß 4 : 2. Dorsten verläßt als Sieger den Platz.

Essel wiederum siegreich!

Schwarz-Weiß Rapen gegen Titania Essel 1 : 4.

Lokalkampf! Schon mehrere Male haben sich die beiden Vereine schon gegenübergestanden, und immer fiel der Sieg für die Esseler aus. Und so mußte auch diesmal der Platzverein eine Niederlage hinnehmen.

Die zweite Mannschaft der Rapener machte es umgekehrt und landete einen Sieg von 3 : 1.

Eine salzige Abfuhr!

Gladbeck-Zweckel gegen Gladbeck-Rentfort 10 : 1.

Man kann über das Spiel nichts sagen, die Niederlage sagenug. Also — stillschweigen! Das Ehrentor holten die Rentforter durch einen Elfmeter.

Nur knapp!

Wattenscheid gegen Vorwärts Werne 1 : 0.

Das Resultat für die Wattenscheider wäre höher ausgefallen, aber es wirkten auch hier mehrere Spieler in der Stadtmannschaft mit.

Schon wieder ein Sieg!

Buer-Resse gegen Mülheim-Dümpten 5 : 0.

Obwohl die Mülheimer verstärkt angetreten waren, mußten sie sich mit obiger Niederlage abfinden. Die Resser waren auch hier wieder in guter Form und zeigten, daß man mit ihnen rechnen muß.

Die zweite Mannschaft mußte sich mit einer Niederlage abfinden: 3 : 1.

Aus der Sparte der Handballer.

Ueberraschende Resultate vom ersten Spielsonntage.

Die Freien Schwimmer Bottrop zeigten sich dem Meister nicht gewachsen, blamabel, aber wahr! 10 : 1 war die Abfuhr. Lokal-Derby Wanne gegen Eickel verlief 4 : 3 für Wanne. Und das, was wir nicht für möglich gehalten haben, aber doch schon in der Vorschau bemerkten: Die Freie Turnerschaft Recklinghausen fertigte die Reserve der Bottroper mit 13 : 0 ab. Eintracht Recklinghausen wurde von den Schwimmern mit 7 : 1 erledigt. Das Spiel stand nicht auf besonders hoher Stufe, weil die Schwimmer in etwa aus dem Konzept geraten waren.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbund „Solidarität", Gau 12, Bezirk 7.

Bezugnehmend auf das Rundschreiben vom 3. Januar betr. Jugendlehrkursus, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß derselbe am 26. Januar in Gladbeck stattfindet. Voraussichtlicher Kursusplatz ist die Aloysiusschule. Treffpunkt und Sammelstelle ist das Lokal Gustav Boerste, Schützenstraße 70. Beginn des Kursus morgens Punkt 9 Uhr. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, den Jugendleiter oder aber einen Vertreter zu entsenden. Die Teilnahme von Jugendlichen oder von älteren Bundesmitgliedern ist gestattet. Um den Beginn um 9 Uhr sicherzustellen, wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Jeder muß eifrig bestrebt sein, unsere Jugend in ihrem Wollen und Streben zu unterstützen.

Mit „Frischauf!"
Die Bezirksleitung. Der Bezirks-Jugendausschuß.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Gladbeck.

Am Sonntag, dem 26. dieses Monats, findet unsere monatliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal Boerste statt. Wegen des Jugendlehrkursus ist der Beginn erst um 18 Uhr (6 Uhr nachmittags). Unter anderem wird der neue Tourenplan zur Beschlußfassung stehen. Eine zahlreiche und pünktliche Beteiligung wird erwartet.

Mit „Frischauf!"
Die Ortsgruppenleitung.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Buer.

Sonntag, den 26. dieses Monats, 14 Uhr: Sehr wichtige Funktionärsitzung im Volkshaus Buer. Sämtliche Abteilungs- und Ortsgruppenfunktionäre sowie alle Mannschaften der Martinsabteilung müssen unbedingt erscheinen.

Mit „Frischauf!"
Die Gruppenleitung.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbund „Solidarität", Abteilung Gelsenkirchen.

Sonntag, den 26. dieses Monats, 17 Uhr: Versammlung. Anschließend: Gemütliches Zusammensein im Lokale T. Serres, Bülowstraße. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Arbeiter-Schachverein, Bottrop E. V.

Wir erinnern hiermit sämtliche Mitglieder an das am Sonntag, dem 26. dieses Monats, in Mörs stattfindende Bezirksfest, an dem sich alle aktiven Spieler beteiligen müssen. Treffpunkt 7.30 Uhr am Bahnhof Boy.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport Gelsenkirchen.

Handballspiele am Sonntag.

Gelsenkirchen 1 gegen Holsterhausen 1 4 : 1 (1 : 1).

Das erste Spiel im neuen Jahre war für Gelsenkirchen ein voller Erfolg. Das Spiel konnte auf dem Platze an der Kurfürstenstraße nicht ausgetragen werden, im letzten Moment wurde uns der Platz entzogen. Der ganz abgelegene Platz an der Fabrik Orange war der Ort des Kampfes. Schlechter Boden, hohe, lose Asche und Sand stellten an die Spieler hohe Anforderungen. Um 1.05 Uhr beginnt das Spiel. Beide Mannschaften beginnen sehr lebhaft. Allmählich zeigt sich Gelsenkirchens Ueberlegenheit. Der Kampf spielt sich meistens vor des Gegners Tor ab. Nach einem Durchbruch gelingt es den Holsterhausenern in der zwanzigsten Minute, den Ball ins Gelsenkirchener Tor hineinzuwerfen. Fünf Minuten später ist der Ausgleich da, und es geht kurz darauf mit 1 : 1 in die Halbzeit. Nach Halbzeit vermag Gelsenkirchen schnell hintereinander noch drei siegbringende Tore zu werfen. Der schlechte Boden läßt beide Parteien froh aufatmen, als der Schiedsrichter zum Schluß pfeift. Gelsenkirchens erste Mannschaft zeigte, trotzdem drei Mann Ersatz mitspielten, gutes Können. Wesentlich war auch, daß wir jetzt einen guten Torwart hatten. Schiedsrichter Bartlawski leitete das Spiel gut.

Gelsenkirchen 2 gegen Holsterhausen 2 3 : 1 (2 : 1).

Unsere zweite Mannschaft war auf dem Damm. Sie hat sich tapfer geschlagen. Allerdings waren beim Gegner mehrere Kameraden, die schon beim ersten Spiel mitgespielt hatten und abgekämpft waren. Dieses Spiel leitete der Kamerad Cramer aus Holsterhausen.

Aus dem Reich der Technik

Drahtlose Technik von morgen

Eine Unterredung mit dem Grafen Arco

Graf Arco, der weltbekannte Pionier der „drahtlosen Technik", unter der wir alle jene Uebertragungsvorgänge zu verstehen haben, die sich der elektrischen Wellen zur Ueberbrückung von Entfernungen bedienen, äußerte im Gespräch mit unserem Berliner technischen Mitarbeiter über die Entwicklung des Funkwesens folgendes:

„Die Kurzwellentechnik", so führt Graf Arco aus, „ist im Begriff in ein neues Entwicklungsstadium zu treten. Während ihre erste Entwicklungsphase von der Aufgabe beherrscht war, die Betriebssicherheit zu erhöhen und die Ausfallzeiten nach Möglichkeit herabzusetzen, bringt, nachdem diese Aufgaben als gelöst betrachtet werden können, das neue Entwicklungsstadium die Forderung nach einer höheren wirtschaftlichen Ausnutzung der Anlagen. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als der Telegraphie auf kurzen Wellen heute Intensitäten zur Verfügung stehen, die sie nur in einem kleinen Bruchteil der gesamten Dienstzeit im Jahre, etwa in 1 Prozent der Zeit voll ausnutzen kann. In 99 Prozent der Zeit ist keine Ausnutzungsmöglichkeit für reinen Telegraphiebetrieb gegeben. Die Zukunftsaufgabe ist daher, die

verfügbare Intensität in mehrere Kanäle aufzuspalten und so neben der Telegraphie gleichzeitig auch Telephonie und Bildtelegraphie zu übertragen.

Es wird also eine ähnliche Entwicklung Platz greifen, wie in der Wechselstromtelegraphie über Kabel, bei der man ebenfalls mit mehreren sogenannten Modulationskanälen arbeitet. Die Kurzwellentechnik der Zukunft wird vorwiegend im Zeichen einer solchen vielseitigeren Ausnutzung der Anlagen stehen. Weiter wird man die Oekonomie der Anlagen durch zunehmende Richtwirkung der Antenne verbessern können. Man ist heute bereits in der Lage, durch Richtantennen beim Senden und beim Empfangen die Empfangsstärke auf das 10 000fache bis 100 000fache des bei der gewöhnlichen Antenne üblichen Maßes zu erhöhen. Sehr wichtig wird vor allem die Konzentration der Sende- und Empfangsanlagen sein, die die Wartung der Anlagen erheblich vereinfacht und vielfach ihre Automatisierung ermöglicht. Schließlich wäre als weiteres bemerkenswertes Mittel zur Oekonomisierung der Kurzwellen-Nachrichtentechnik

der Uebergang vom Schreibmaschinenempfang mit Morsestreifen zum Empfang mit dem Ferndrucker

zu nennen. Die Synchronisierung (d. h. der absolute zeitliche Gleichlauf von Sender und Empfänger), die dafür notwendig ist, ist von der drahtlosen Bildtelegraphie her zu großer Betriebssicherheit entwickelt worden, so daß sie keinerlei Schwierigkeiten mehr bietet. Wir werden also hier die gleiche Entwicklung erleben, wie sie sich in der Leitungstelegraphie vollzogen hat: Ersatz des Punkt- und Strichtelegraphen durch den Drucktelegraphen, der uns heute mit Leistungen von 100 Worten in der Minute zur Verfügung steht.

Im Rundfunkwesen ist die gegenwärtige Lage durch das allseitige Bestreben nach Erhöhung der Sendeleistung gekennzeichnet. Großsender mit Leistungen bis zu 100 Kilowatt sind im Auslande bereits im Bau, in Deutschland in Vorbereitung. Jeder Sender hat dadurch am eigenen Ort und im Umkreis von einigen 100 Kilometer eine beträchtliche Feldstärke, die einen ausgezeichneten Empfang auch mit einfachen Geräten sicherstellt.

Ganz Deutschland könnte mit 8 bis 10 Stationen obiger Leistung bedeckt

werden. In der Rundfunksendetechnik selbst scheint sich mehr und mehr ein eigentümlicher Wandel zu vollziehen. Man lernt in zunehmendem Maße die gute Qualität der Schallplattensendungen schätzen und diese erfahren eine immer stärkere Begünstigung im Programm. Die Rundfunksendung geht mehr und mehr von der direkten (persönlichen) Besprechung des Senders zur Plattenbesprechung über und in früherer oder späterer Zukunft werden vielleicht bis auf die Schilderung aktueller Dinge (Funkreportage) alle Vorträge auf dem Umweg über die Schallplatte gesendet werden. Diesem Bestreben liegt die Erkenntnis zugrunde, daß sich Sprache und Musik auf der Schallplatte in höherer Qualität festhalten lassen, als bei der unmittelbaren einmaligen, von Zufälligkeiten häufig beeinträchtigten Wiedergabe erzielt werden kann. Die Schallplattenaufnahme ist zeitlich und räumlich unabhängig. Kräfte, die am Ort selbst nicht verfügbar sind, können auf dem Umweg über die Platte zur Sendung herangezogen werden. Aber die Plattenaufnahme kann auch beliebig oft korrigiert werden. Das alles bewirkt, daß die Platte immer dann an die Stelle der direkten Besprechung treten kann, wenn eine Höchstleistung angestrebt wird. Diese Sachlage kommt den Bestrebungen im Rundfunkwesen entgegen, die auf die Erhöhung der Qualität der Sendung gerichtet sind.

Im Empfängerbau ist die Standardisierung der große Zug der Zeit. Die Bauelemente des künftigen Empfängers sind bereits alle vorhanden. Netzanschluß und Schirmgitterröhre beherrschen das Feld. Der hohe Verstärkungsfaktor dieser Röhre erfordert höhere Trennschärfe. Das Gerät der Zukunft, wie in Amerika erkennbar, ist daher ein

Empfänger mit mehreren Kreisen.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe bildet die exakte Wiedergabe von tiefen Tönen größerer Lautstärke, z. B. Pauken und dergl. In Amerika hat man zu diesem Zweck bereits Endröhren von 25 Watt für den Zimmer-Lautsprecherbetrieb. Auch bei uns wird man in Zukunft zu solch hohen Leistungen in der Endstufe übergehen. Ein weiteres großes Problem ist die Innehaltung der vollen erforderlichen Intensitätskala. Für die einwandfreie Wiedergabe eines Symphoniekonzerts ist eine Intensitätskala von 1 : 100 000 erforderlich. Die beste Rundfunkwiedergabe liefert aber nur 1 : 1000 (beim Tonfilm erreicht man sogar nur 1 : 100!). Hier wird die Zukunft noch wesentliche Verbesserungen bringen können.

Weiterhin macht sich das Streben bemerkbar, das Rundfunkgerät, das aus einem physikalischen Apparat zu einem täglichen Gebrauchsgegenstand geworden ist, möglichst vielseitig auszunutzen. Die Verbindung mit dem Grammophon ist erst der Beginn dieser Entwicklung. Sie wird einen großen Aufschwung erfahren, wenn die bisherige

Schallplatte, die auf die rein akustische Wiedergabe zugeschnitten ist, der auf rein elektrische Wiedergabe eingestellten Platte das Feld räumt.

Für diese rein elektrische Wiedergabe können die Rillen sehr viel feiner sein und enger aneinanderrücken, so daß die Platte die zwei- bis dreifache Laufzeit einer „akustischen" Platte hat. In Amerika findet man auch bereits billige kleine Heimkinoapparate, die mit dem Grammophonapparat kombiniert sind und die Vorführung von Tonfilmen im Heim gestatten. Auch der Fernseher wird wohl, wenn er einmal publikumsreif sein wird, seinen Platz in diesem Universalgerät der Zukunft finden."

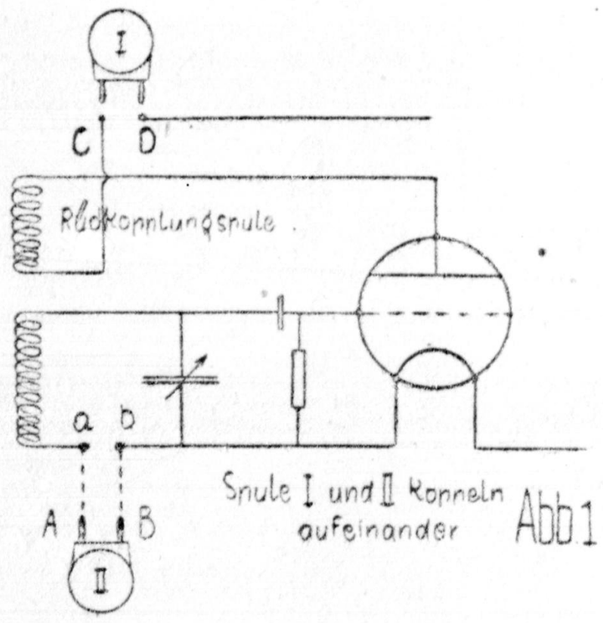
Konstruktion von Sicherheitsvorlagen für Niederdruck-Azetylenentwickler

Das vom Fachausschuß für Schweißtechnik beim Verein deutscher Ingenieure vor drei Monaten erlassene Preisausschreiben für Sicherheitsvorlagen zu Niederdruck-Azetylenentwicklern hat in den Kreisen der Fachwelt große Aufmerksamkeit gefunden. Zu den zahlreichen Anfragen, ob die gewerbliche Verwertung, d. h. die patentrechtliche Ausnutzung der neu zu entwerfenden Sicherheitsvorlagen auch dem Fachausschuß für Schweißtechnik überlassen bleibe, wird von diesem mitgeteilt, daß sämtliche Eigentumsrechte der eingereichten Bewerbungen an den Erfinder übergehen, da selbstverständlich weder der Fachausschuß für Schweißtechnik noch das Preisgericht für sich wirtschaftliche Vorteile aus den Ergebnissen des Preisausschreibens ziehen. Demzufolge haben auch die Bewerber die Wahrung ihrer Schutzrechte, also die patentrechtliche Anmeldung und Sicherung ihrer Erfindungen selbst zu übernehmen.

Umbau eines Empfängers zum Langwellenempfang

Kniffe, die man bei den verschiedenen Schaltungsarten beachten muss

Es sind noch sehr viele Radioapparate im Gebrauch, die nur zum Empfang der normalen Rundfunkwellen (im Bereich von 200 bis 600 Meter) geeignet sind. Dies ist ein großer Nachteil, denn über den Deutschlandsender Königswusterhausen (1635 Meter) werden heute sehr viele Sendungen gegeben, die einer besonderen Beachtung wert sind. Leider werden



diese Sendungen nicht immer auch auf die anderen Sender mit den normalen Wellenlängen gegeben, so daß die Besitzer von etwas älteren Apparaten etwas benachteiligt sind. Dieser Mangel kann sehr leicht beseitigt werden, und zwar auf folgendem Wege. Hat man z. B. einen Empfangsapparat, der mit auswechselbaren Spulen ausgerüstet ist,

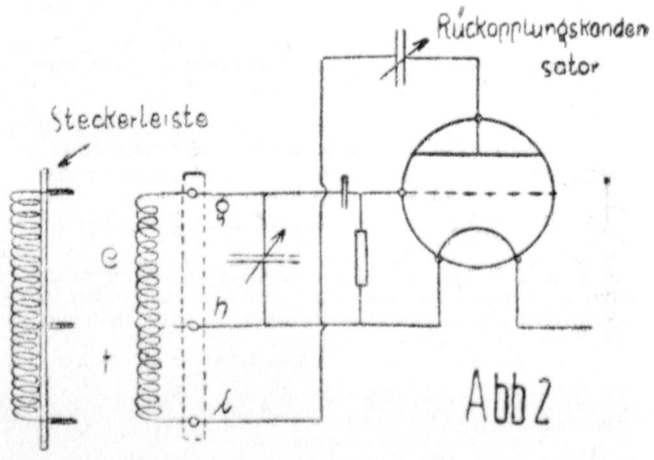
so braucht man nur eine größere Spule in die zur Aufnahme der Spulen bestimmten Buchsen stecken und schon kann man Königswusterhausen empfangen.

Hat man z. B. zum Empfang von Berlin, Stuttgart usw. zwei Spulen von 25 und 75 Windungen in Benutzung, dann stöpselt man an Stelle der 25er Spule eine Spule von 35 bis 75 Windungen und an Stelle der 75er Spule eine Spule von 100 bis 200 Windungen ein. Wir haben mit Absicht keine absolut festen Windungszahlen genannt, denn viele der heute im Handel befindlichen Spulen weisen bei gleichen Windungszahlen ungleiche elektrische Eigenschaften auf. Man muß daher schon etwas probieren, um die richtige Spulenkombination herauszufinden. Ist noch eine dritte Spule vorhanden, z. B. eine von 50 Windungen (die sogenannte Rückkoppelungsspule), dann wechselt man diese gegen eine von 75 bis 100 Windungen um.

Etwas schwieriger liegen die Verhältnisse bei einem Empfänger mit eingebauten Spulen. Hier kann man den Wellenbereich dadurch vergrößern, daß man die Drähte (Abbildung 1a), die den Drehkondensator C mit der Abstimmkreisspule L verbinden, an den Stellen a, b unterbricht und zu zwei Steckbuchsen führt. Beim Empfang der normalen Wellen überbrückt man die beiden Buchsen durch das Einstecken eines sogenannten Kurzschlußsteckers (Doppelstecker mit innerem Kurzschluß, durch Verbindung der beiden Stecker vermittels eines einfachen Drahtes). Will man dagegen Königswusterhausen hören, so nimmt man den Stecker heraus und steckt in die beiden Buchsen (normale Telephonbuchsen von 2 Zentimeter Abstand) eine 75er oder eine 100er Spule ein. Manchmal wird jedoch die Rückkoppelung nicht mehr so gut wie früher arbeiten. In solchen Fällen muß man auch die Zuleitung zur Rückkopplungsspule an den Stellen c, d unterbrechen und hier zwei Drähte anschließen, die man an zwei Buchsen C, D befestigt, in die man eine 25er oder 75er Spule einstöpselt und schon wird die Rückkoppelung bzw. die Lautstärke besser werden. Sollte die Rückkoppelung jedoch noch nicht genügen, oder sagen wir besser immer noch ungenügend sein, so wechselt man die beiden Drähte, die zu den Buchsen der Rückkoppelungsspulen führen, einfach um, und schon dürfte der Mangel behoben sein.

Bei Apparaten, bei denen die Einstellung der Rückkoppelung durch einen Drehkondensator erfolgt, also bei Empfängern, die gemäß der Abbildung 2 geschaltet sind, findet man zumeist eine Spule mit drei Spulenenden. Es handelt sich oftmals um eine Spule, bei der die Abstimmspulenwindungen und die Rückkopplungsspulenwindungen zusammen auf ein und denselben Spulenkörper gewickelt und untereinander verbunden sind. Solch eine Spule gemäß Abbildung 2 hat z. B. einen Teil von etwa 60 Windungen und einen Teil von etwa 35 Windungen. Man löst nun die Spulendrähte an den Punkten g, h und i, führt die nun losen Drähte der Spule zu Bananensteckern, die man an einer Hartgummileiste befestigt. Im Apparat werden die drei liegenden Enden der auseinandergerissenen Verbindungen zu drei Buchsen geführt, die ebenfalls auf einer Hartgummileiste befestigt werden, wobei natürlich der gegenseitige Abstand der Buchsen so bemessen werden muß, daß die Stecker der Spulenleiste auch wirklich in die Buchsen hineinpassen. Die so umgebaute Spule ist nur für den Empfang der normalen Wellenlängen geeignet, zum Empfang von Königswusterhausen dagegen müssen wir uns eine zweite Spule anfertigen, bei der die Teilspule e 100, die Teilspule f 60 Windungen hat. Diese Spule stöpselt man dann da sie ja auch mit Steckerleiste versehen ist, an Stelle der ersten Spule ein und schon wird man Königswusterhausen empfangen können.

Etwas komplizierter sind die Verhältnisse, wenn noch eine weitere dritte Teilspule (für Antennen-Erde-Anschluß) vorhanden ist; dann muß man auch diese Windungen auf der zweiten Teilspule



und dementsprechend auch einen vierten und fünften Stecker auf der Hartgummileiste vorsehen. Entsprechend dieser Steckervermehrung muß auch die Hartgummileiste im Apparat mit zwei Buchsen mehr versehen werden. Zumeist dimensioniert man die dritte Spule zu 25 bis 30 Windungen.

Ing. W. Schrage, Berlin.

Akteure im Dunkeln.

Hinter den Kulissen der Spionage.

In den seltensten Fällen ist es der Oeffentlichkeit vergönnt, einen Blick hinter die Kulissen eines Mimers zu tun, über dem der Ludergeruch des Verrats schwebt. Die Dreyfus-Affäre erschütterte ganz Frankreich. Der Prozeß gegen den russischen Spion Orloff wirbelte Staub auf. Und auch in der Verhandlung gegen die Tscherwonzenfälscher sieht man im Hintergrunde die Schatten einiger Dunkelmänner auftauchen. Die letzten Schleier fallen nämlich niemals in derartigen Prozessen. Es wird gelogen, es wird vertuscht. Oftmals gebietet das Staatsinteresse, daß gelogen und vertuscht wird. Die Hauptakteure spielen ihre Rollen, sehr zum Unterschied von anderen Schauspielern, nicht im Licht der Rampe, sondern im Dunkel der Kulissen.

Spionage wird sein, solange nicht die Beziehungen der Staaten einer grundlegenden Aenderung unterworfen werden. Es gibt Spionagebüros in Frankreich, in England, in Deutschland, in Sowjetrußland, auf der ganzen Welt. Industriekonzerne bespitzeln einander. Politische Parteien. Ministerien. Am stärksten herrscht die Spionage in rüstenden Staaten, in Militär- und Diktaturstaaten.

Deutsche Spione.

Deutschlands Spionage war nie auf der Höhe. Das lag an verschiedenen Dingen. Erstens wollte man für wenig Geld wichtige Nachrichten haben, zweitens unterschätzte man den Wert eines gutspielenden Nachrichtenapparates, und drittens eignet sich der Deutsche an sich sehr wenig für eine Tätigkeit, für die man die Gewandtheit eines Hochstaplers mitbringen muß. Man war bei uns zum größten Teil auf Menschen angewiesen, die die Spionage als Geschäft betrieben, auf Ausländer zumeist, deren man nie sicher war. Es gab natürlich auch deutsche Spione, die Hervorragendes leisteten. Armee- und Marineoffiziere, Ingenieure, gebildete Abenteurer. Und von diesen deutschen, aber auch von ausländischen Spionen und Spioninnen handelt ein vor kurzem erschienenes Buch, das tatsächlich Stoff für zehn Abenteurerromane bietet. Es handelt sich um Berndorffs Buch „Spionage", bei Dieck u. Co in Stuttgart erschienen. Wir haben sehr wenige Bücher, die das Spionagesystem behandeln, denn es ist nicht einfach, authentisches Material über diese heikle Materie zusammenzutragen. Berndorffs Buch, und das ist schließlich das Wesentliche an ihm, schildert aber nicht nur den abenteuerlichen Lebenslauf einiger Spione, sondern gibt in großen prägnanten Zügen ein Bild vom Wesen des neuzeitlichen Spionagesystems.

Spione als Einbrecher. Spione als Urkundenfälscher. Spione als Mörder. Es gibt kein Verbrechen, vor dem der Spion zurückschreckt.

Annemarie Lesser. Was weiß die deutsche Oeffentlichkeit von dieser Frau, die heute in einem Irrenhause dahinsiecht? Sie war Deutschlands größte Spionin. Eine zierliche Frau, besessen von ihrer Aufgabe, angestachelt durch den Genuß von Rauschgiften. Wenn alle Verbindungen während des Krieges abrissen — sie fuhr ins feindliche Ausland, sie fuhr nach Paris, nach Rom und knüpfte alle Fäden wieder an. Sie war es, die sich im Oktober 1918, verkleidet als Soldat, durch die französischen Linien schlich und im deutschen Graben mit der Meldung zu Boden sank, mit der Schreckensmeldung, daß soundsoviele Divisionen frischer amerikanischer Truppen im Anmarsch seien, daß der Feind Tanks habe, mehr denn je, und Flugzeuge, mehr als zuvor.

Mata Hari taucht aus dem Dunkel empor. Die Tänzerin, die in deutschen Diensten stand, zwei deutsche U-Boote an Frankreich verriet, von einer Deutschen an Franzosen verraten und erschossen wurde. Edith Capell. Der deutsche Spion Grave. Der Engländer Trench, der österreichische Generalstabschef Redl, der Russe Pecka. Groß ist die Liste der Kämpfer im Dunkel. Alle marschieren sie auf, Abenteurer, Patrioten, Schufte. Das Heer der kleinen schmierigen Agenten, die sich in die Netze des Spionagesystems verstricken.

Immer wieder dasselbe Bild. Ein Offizier gerät in Schulden, eine Agentin macht sich an ihn heran. Der Offizier sieht keinen Ausweg. Plötzlich taucht der unbekannte Gönner auf. Der Offizier hat wieder Geld in den Händen, das Geld eines Agenten, das ihn nun auspreßt wie eine Zitrone.

Vor dem Kriege wurde fast die gesamte Wilhelmshavener Schutzmannschaft versetzt, weil es dem englischen Nachrichtendienst gelungen war, Angehörige der Sicherheitsbehörde und der Marine zu kaufen. Jahrelang hausten die englischen Agenten in einer Villa, die mit einem unterirdischen Gang versehen war.

Wenig bekannt ist, auf welche Weise der englische Spionagedienst in den Besitz des Wortlautes eines außerordentlich wichtigen Staatstelegramms gelangte, das von dem deutschen Staatssekretär Zimmermann an den deutschen Gesandten in Mexiko, von Eckhard, gerichtet war. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, den 19. Januar 1917.

Am 1. Februar werden wir den uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen. Trotzdem hat man die Absicht, Amerika neutral zu halten. Wenn diese Bemühungen nicht gelingen, so schlagen wir ein Bündnis mit Mexiko auf folgender Grundlage vor: Wir werden gemeinschaftlich Krieg führen und Frieden schließen. Wir würden eine allgemeine finanzielle Unterstützung gewähren, und es wird angenommen, daß Mexiko das 1848 verlorene Gebiet von Neu-Mexiko und Arizona zurückerhält. Einzelheiten der Ausführung werden Ihnen überlassen. Sie haben den Auftrag, Carranza im strengsten Vertrauen zu sondieren, und sobald es gewiß ist, daß ein Krieg mit Amerika ausbrechen wird, ihm den Wink zu geben, er möge sich aus eigener Initiative mit Japan in Verbindung setzen, dieses Land zum Anschluß auffordern und gleichzeitig seine Vermittlung zwischen Deutschland und Japan anbieten. Lenken Sie die Aufmerksamkeit Carranzas darauf, daß die Durchführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges es möglich macht, England niederzuringen und innerhalb weniger Monate zum Frieden zu bringen. Zimmermann.

Dieses wichtige deutsche Staatstelegramm wurde nach einem mit größter Sorgfalt geheim gehaltenen Code telegraphiert, in dessen Besitz sich nur wenige Stellen befanden. Er bestand, wie Berndorff schildert, aus zwei Bänden, einem großen, dickleibigen Buch und einem kleineren. Der große Band enthielt in Zahlen die einzelnen Buchstaben des Alphabets, aber auch ganze Wörter waren in einer Zahl ausgedrückt. Dies ganze Buch nützte aber nichts, wenn man nicht auch das zweite besaß. Dieser zweite Band bestimmte, daß an jedem Tage des Jahres sich die Grundzahlen zu ändern hätten, und zwar geschah das derart, daß mit den Grundzahlen an den verschiedenen Tagen des Jahres mit verschiedenartigen, in dem kleinen Buch festgelegten Zahlen, noch Manipulationen vorgenommen werden mußten. Dieser Code gehörte also zu denjenigen Geheimbüchern, die niemals entziffert werden konnten.

Szeks Verrat.

Wie kam es nun, daß die Entente den Wortlaut des Zimmermannschen Telegramms, das den Eintritt Amerikas in den Krieg mit beschleunigte, erfuhr?

In Brüssel befand sich eine drahtlose Station, die die für das Generalgouvernement Brüssel bestimmten Staatstelegramme aufzunehmen hatte. Unter den Leuten, die die Telegramme nach dem Code dechiffrierten, befand sich ein Zivilangestellter, der österreichische Staatsangehörige Alexander Szek. Szek war der Sohn vermögender Eltern, die zu den Spitzen der Wiener Gesellschaft gehörten. Trotzdem Szeks Mutter eine geborene Engländerin war, lauteten die Auskünfte, die die Wiener Behörden über die Familie Szek gaben, außerordentlich befriedigend, und das Brüsseler Generalkommando zögerte daher nicht, den jungen Alexander Szek, der ein hervorragender Techniker war, in Dienst zu nehmen und ihm den Geheimcode anzuvertrauen.

Auf eine Weise, die bisher nicht völlig geklärt ist, gelang es dem englischen Nachrichtendienst, mit Szek in Verbindung zu treten und ihn zum Verrat zu überreden. Der junge Oesterreicher machte den Vorschlag, den deutschen Code zu stehlen, aber davon wollte der englische Nachrichtendienst nichts wissen, denn die Entdeckung des Diebstahls hätte ja unzweifelhaft die Aenderung des Code zur Folge gehabt. Szek erhielt daher den Auftrag, den Chiffreschlüssel abzuschreiben. Das war eine Arbeit von Monaten, eine nervenzerreibende Arbeit. Als die Kopie fertig war, meldete sich Szek krank, schlich sich über die holländische Grenze und händigte dem englischen Agenten den Code aus. Von Szek hörte man niemals etwas wieder. Man ist wohl nicht weit von der Wahrheit entfernt, wenn man annimmt, daß ihn das englische Spionagebüro beseitigte, um der Gefahr zu entgehen, daß die Deutschen Mitteilung von Szeks Verrat bekämen und den Code abänderten.

Alle wichtigen deutschen Staatstelegramme konnten bis zum Kriegsende von den Engländern entziffert werden. Und keine deutsche Stelle brachte das Verschwinden Szeks mit der Veröffentlichung des an den deutschen Gesandten in Mexiko gerichteten Briefes in Zusammenhang!

Hardy Worm.

Probleme und Möglichkeiten eines preußischen Finanzausgleichs.

Der Leiter der Kommunalabteilung des Preußischen Ministeriums des Innern Ministerialrat Dr. von Leyden, hielt am Donnerstag, dem 16. dieses Monats, abends, im Plenarsitzungssaal des Preußischen Staatsrats einen Vortrag über das Thema: „Probleme und Möglichkeiten eines preußischen Finanzausgleichs." Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht nachstehend eine Uebersicht über den Gedankengang des Vortrags:

Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, zwischen dem Staat und der Gesamtheit der Gemeinden und zwischen den einzelnen Gemeinden hat an und für sich dasselbe Ziel, eine der vorhandenen Aufgabenverteilung entsprechende Verteilung der Einnahmen vorzunehmen. Als Folge der geschichtlichen Entwicklung und der grundsätzlich anerkannten Universalität der Zuständigkeit für die Selbstverwaltung hat sich eine Aufgabenverteilung vollzogen, bei der die Aufgaben der Gemeinden gegen Reich, Staat und gegen die nichtöffentliche Wirtschaft im allgemeinen fest abgegrenzt sind. Die Aufgaben der Gemeinden und die für sie notwendigen Ausgaben können nicht fortgedacht werden selbst, wenn die Gemeinden fortgedacht werden könnten. Ein Fortfall der kommunalen Selbstverwaltung würde aber keine Vereinfachung und Verbilligung, sondern eine Komplizierung des öffentlichen Verwaltungsapparates bedeuten. Wenn man zu dem gegebenen Thema das bisher allein vorliegende Ergebnis der Reichsfinanzstatistik für 1926 zugrunde legt, so ist hierbei die Gesamtverschiebung, die in der Zwischenzeit eingetreten ist, im Auge zu behalten, eine Verschiebung, deren Ergebnis stark zuungunsten der Ausgabenseite der Gemeinden ausfällt, besonders infolge der Zunahme der Wohlfahrtslasten, als Folge der reichsgesetzlichen Regelung der Folgen der Arbeitslosigkeit. Ueberprüft man für die preußischen Gemeinden die Verteilung des Zuschußbedarfs auf die einzelnen Verwaltungszweige und die einzelnen Gemeindegrößengruppen, so ergibt sich, daß Polizei, Schule und Wohlfahrt allein mehr als 50 Prozent des Zuschußbedarfs ausmachen, daß die einzelnen Verwaltungszweige aber in den einzelnen Gemeindegrößengruppen einen sehr verschiedenen Anteil am Zuschußbedarf beanspruchen.

Der Zuschußbedarf wird in der Gesamtheit und in den einzelnen Gemeindegrößengruppen gedeckt durch die Ueberschüsse aus den großen Versorgungsbetrieben, durch direkte und indirekte Steuern. Hierbei ist insbesondere die Bedeutung der gedeckten Fehlbeträge auf die Kassenlage zu beachten, woraus allein sich schon die Dringlichkeit der Reichsfinanzreform ergibt, wenn anders eine Erhöhung der Realsteuern vermieden bzw. ihre Senkung erreicht werden soll. Auf der Einnahmeseite ist ein Finanzausgleich im wesentlichen nur bei den Reichssteuerüberweisungen (Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer) möglich. Als erstes großes Problem erhebt sich hier die Frage des Anspruchs auf das örtliche Aufkommen, wobei zu bedenken ist, daß der Anspruch auf unbedingte Erhaltung des örtlichen Aufkommens ebenso unberechtigt ist, wie es eine völlige Nichtberücksichtigung des örtlichen Aufkommens wäre.

In seinen weiteren Ausführungen erörterte Ministerialdirektor von Leyden hinsichtlich der Reichsüberweisungssteuern den Unterschied zwischen dem Reichsschlüssel und dem geltenden preußischen Landesschlüssel und erklärte, aus welchen Gründen sich der preußische Landesschlüssel (sogenannte relative Garantie) für die Vergangenheit rechtfertige. Der Redner besprach weiter den anderen Weg, einen Lastenausgleich auf der Ausgabenseite zu suchen, und wies, daß hierfür Polizei- und Schullasten, nicht aber die Wohlfahrtslasten in Betracht kommen können.

Unter Hinweis darauf, daß äußerste Sparsamkeit und die Vermeidung von Mehrausgaben kategorisches Gebot der Gegenwart sind, wurde ferner die Frage besprochen, in welcher Weise die durch einen Lastenausgleich eintretende Entlastung für eine Steuersenkung nutzbar gemacht werden kann. Die gemeindlichen Realsteuern sind diejenigen Steuern, deren Senkung am unmittelbarsten den im Augenblick am meisten betroffenen Steuerschuldnern und Steuergläubigern zugute kommen würde. Hierbei ist natürlich nicht an eine schematische Steuersenkung zu denken, sondern möglich ist allein eine individuelle Steuersenkung, bei der für jede Gemeinde das Maß der Steuersenkung dem Maß der Entlastung entspricht und die Beweglichkeit dieses Einnahmefaktors erhalten bleibt.

Wenn der Lastenausgleich im wesentlichen auf der Ausgabenseite gefunden und durch eine entsprechende Steuersenkung ausgeglichen wird, verliert die Verteilung der Ueberweisungssteuern im wesentlichen die Bedeutung einer Lastenausgleichsfunktion. Unter dieser Voraussetzung bringt die Verteilung nach dem Reichsschlüssel erhebliche Vorteile und entspricht auch am besten der Belastung der Gemeinden mit Polizei-, Schul- und Wohlfahrtslasten. Es muß aber zugegeben werden, daß die Anwendung dieses Schlüssels eine Mindestgarantie für die Gemeinden mit sehr geringem örtlichen Aufkommen bedingt, die um so höher sein müßte, wenn das Recht zur Erhebung kommunaler Zuschläge zur Einkommensteuer oder ihr Ersatz durch eine gemeindliche Kopfsteuer nicht in die Tat umgesetzt würden.

Als Ergebnis der Untersuchung stellte der Vortragende fest, daß ein befriedigender und wirksamer Finanzausgleich für die preußischen Gemeinden nur unter der Voraussetzung erreicht werden kann, daß das Reich dem Staat die zur Entlastung und zur Steuersenkung erforderlichen Mittel bereitstellt und daß der Staat den Lastenausgleich vornimmt, indem er in Höhe der ihm zu diesem Zweck vom Reich überwiesenen Mittel den Gemeinden Lasten abnimmt.

Schutz dem arbeitslosen Mieter!

Eingreifen der Fürsorgebehörde im Notfall.

Die schwierige wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit bringen es mit sich, daß ein großer Teil der Mieter nicht in der Lage ist, die Miete pünktlich zu zahlen. Die meisten Klagen auf Aufhebung des Mietverhältnisses werden daher wegen rückständiger Miete erhoben.

Denn bei längerer Arbeitslosigkeit kann der arbeitslose Mieter leicht in die Lage kommen, daß er mit einem Mietbetrage in Rückstand kommt, der den für die Dauer eines Monats zu zahlenden Mietzins übersteigt. Wenn dieser Rückstand den monatlichen Mietbetrag auch nur um einen geringen Betrag übersteigt, kann der Vermieter bei monatlicher, wöchentlicher, täglicher Mietzinsvereinbarung zwei Wochen nach Fälligkeit der Miete Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses erheben. Liegt ein Rückstand von zwei Monaten vor, so kann der Vermieter sofort nach Fälligkeit die Räumung der Wohnung erzwingen. Diese Vorschrift wird aber für diejenigen Mieter, die bedürftig sind, denen also die Aufbringung der Miete wegen Erwerbslosigkeit, Krankheit in der Familie oder anderer widriger Umstände nicht möglich ist, dadurch gemildert, daß in dem § 10 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 17. Februar 1928 der Urkundsbeamte von dem Eingang der Aufhebungsklage, soweit sich diese auf Nichtzahlung der Miete stützt, der Fürsorgebehörde unter Angabe der Schuld Mitteilung zu machen hat. Der Fürsorgestelle soll hierdurch die Möglichkeit gegeben werden, einzugreifen und den Mieter durch Gewährung einer Unterstützung vor dem Verlust seiner Mieträume zu bewahren. Als Mitteilung an die Fürsorgebehörde ist eine Abschrift der Klage bzw. des Kündigungsschreibens mit dem Vermerk zuzustellen: „Mitgeteilt unter Hinweis auf die Reichsgrundsätze über die Fürsorgepflicht." Die Mitteilung an die Fürsorgebehörde hat auch dann zu erfolgen, wenn außer der Nichtzahlung der Miete auch noch andere Aufhebungsgründe in der Klage bzw. in dem Kündigungsschreiben angeführt sind. Dem Mieter wird in der Rechtsbelehrung, die dem Kündigungsschreiben beizufügen ist, auch die Anschrift der Fürsorgebehörde mitgeteilt. Fürsorgebehörden sind in Preußen die Stadt- und Landkreise, in Groß-Berlin die Bezirkswohlfahrtsämter, deren Bezirke sich mit den Berliner Bezirksämtern decken. Durch die Ausführungsverordnung des Justizministeriums vom 28. Juli 1926 werden die Gerichtsbehörden auf die besondere Eilbedürftigkeit der Mitteilung an die Fürsorgebehörde hingewiesen, weil nur so der gewünschte Erfolg erzielt werden kann.

Um der Fürsorgebehörde Zeit zu gewähren, ist auch in dem Mieterschutzgesetz bestimmt worden, daß sich die Räumungsfrist um zwei Wochen verlängert, wenn innerhalb der ersten zwei Wochen seit Klageerhebung die Erklärung der Fürsorgebehörde beim Gericht einläuft, daß sie den Vermieter zu befriedigen bereit ist. Durch diese Erklärung wird aber die Fürsorgebehörde dem Vermieter gegenüber nicht zahlungspflichtig. Eine Aufhebung des Mietverhältnisses darf vor Ablauf von vier Wochen seit Klageerhebung nicht erfolgen, sobald die Fürsorgebehörde ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung des Mietrückstandes erklärt hat. Erfolgt die Tilgung des Mietrückstandes in einem späteren Zeitpunkt, als vier Wochen nach Klageerhebung, so hat diese keine den Herausgabeanspruch beseitigende Wirkung. Hintertreibt der Vermieter die Zahlung von Mietrückständen durch die Fürsorgebehörde, so gilt dies als Tilgung der Miete. Ist nach Zustellung der Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses wegen rückständiger Miete ein weiterer Mietzinsbetrag fällig geworden, so braucht dieser Mietzinsbetrag bis zum Schlusse der mündlichen Verhandlung vom Mieter nicht getilgt zu werden, der Vermieter muß vielmehr eine neue Aufhebungsklage erheben. Bei anderer Ansicht könnten die sozialen Schutzbestimmungen (Benachrichtigung der Fürsorgebehörde von solchem Rückstande, Verlängerung der Tilgungsfristen) nicht beachtet werden.

Hat die Fürsorgebehörde dem Gericht keine Erklärung abgegeben oder es abgelehnt, die Tilgung des Mietrückstandes zu übernehmen, so gelingt es häufig, den Anspruch des Vermieters auf Herausgabe des Mietraumes dadurch zu hemmen, daß der Mieter in einem vor Gericht abgeschlossenen Vergleich unter Uebernahme der Kosten sich verpflichtet die rückständige Miete in bestimmten Raten und daneben die laufende Miete pünktlich bei Vermeidung der Herausgabe des Mietraumes zu zahlen. Die Zwangsvollstreckung wird im allgemeinen nicht von der Sicherung von Ersatzraum abhängig gemacht. Der Mieter erhält durch den Abschluß eines derartigen Vergleichs die Möglichkeit, innerhalb der vereinbarten Frist sich von seiner Schuld durch Zahlung zu befreien und im Besitz der Mieträume zu bleiben. Die Erfahrung lehrt aber, daß ein solcher Vergleich zwar sehr schnell abgeschlossen ist, aber oftmals von dem Mieter schwer oder überhaupt nicht erfüllt werden kann. Mancher Mieter übersieht, daß nur die prompte Innehaltung der vereinbarten Zahlungen den Herausgabeanspruch des Vermieters zum Erlöschen bringt und der Mieter auf Antrag des Vermieters den Mietraum herausgeben muß, wenn er nicht rechtzeitig seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Oft erscheinen Mieter nach Abschluß des eben gekennzeichneten Vergleichs mit Räumungsklausel an Gerichtsstelle, um ihn anzufechten. Sie wissen nicht, daß ein gerichtlicher Vergleich regelmäßig mit Rechtsmitteln nicht angefochten werden kann, da es sich bei ihm nicht um eine gerichtliche Entscheidung, sondern um eine Parteivereinbarung handelt.

Ein Mieter, der wegen unverschuldeter wirtschaftlicher Schwierigkeiten, Erwerbslosigkeit oder Krankheit, hilfsbedürftig geworden ist, muß sofort im Termin eine Aussertigung des Vergleichs beantragen und mit dieser sich unverzüglich an das Wohlfahrtsamt wenden, damit dieses für ihn fristgemäß die Miete bezahlt; zweckmäßig ist es, das Wohlfahrtsamt eindringlichst darauf hinzuweisen, daß die vereinbarten Ratenzahlungen und die während deren Dauer fällig werdende laufende Miete pünktlich, wie im Vergleich vereinbart, gezahlt werden müssen, da nur dann das weitere Wohnen des in Not geratenen Mieters gesichert ist.

Aus der Welt der Frau



„Peryt Butler."

Da stand der Name, in ein Messingschild graviert, der Name, um dessentwillen sie, Ethel Druce, nach Hollywood gefahren war, dieser geliebte Name, den sie auf der ganzen Reise wie eine Zauberformel geflüstert hatte. „Peryt Butler."

O, Ethel besann sich in diesem Moment auf alles, was geschehen war. Auf die Uraufführung des Riesenfilms, wie sie in einer plötzlichen Erregung den Arm ihres Vaters, der sich erschrocken nach ihr umwandte, gepackt hatte und nur flüstern konnte: „Da!" Denn er war auf der Leinwand erschienen, mit seinen tiefen Augen, mit seinem bezaubernden und geheimnisvollen Wesen, er, Peryt Butler. Ethel, bekannt wegen ihrer Impulsivität, hatte sich sofort in ihn verliebt. Sie sah sich den Film zwölfmal an; öfter wurde er nämlich nicht gespielt. Und jedesmal beim Auftreten Butlers zuckte sie glühend zusammen. Sie war diesem Manne, den sie nur als Schatten, als optische Erscheinung, als Gespenst, hervorgezaubert durch die Künste der modernen Technik, kannte, rettungslos verfallen.

So war sie eines Tages fortgefahren, zum Entsetzen ihres guten alten Papas, dem sie alles eingestanden hatte, fort auf die Suche, nach Hollywood, in die Stadt der Filmgötter. Um des Geliebten willen hatte sie den Antrag Jims abgelehnt, der ihr Peryt gegenüber nicht dämonisch, nicht genialisch genug war. Es hatte sie kaum berührt, als sie erfuhr, daß er plötzlich verschwunden war; niemand wußte, wohin. Es erschütterte sie kaum, als gemunkelt wurde, er hätte sich ein Leid angetan. Peryt, Peryt, das war ihr einziger Gedanke. Da stand sie nun, so sorgfältig wie nur möglich gekleidet, mit einem ungeheuren Strauß gelber Rosen, und ihr Herz klopfte.

Sie klingelte. Sie war wirklich sehr gespannt, was sie ihm sagen würde. Denn das wußte sie natürlich selbst noch nicht. Der Gedanke, im letzten Augenblick umzukehren, tauchte blitzartig in ihr auf. Aber da hörte sie schon Schritte. Eine Negerin steckte den wuscheligen Bubikopf durch den Türspalt, blinzelte lustig mit den Augen, als sie den Rosenstrauß sah, öffnete die Tür dann ganz, sperrangelweit, machte einen tiefen Knicks, der Ethel ein wenig ironisch erschien, und fragte lächelnd: „Sie möchten Mr. Butler sprechen? Bitte!"

Zwei Herren erhoben sich, als sie eintrat. Einer kam auf sie zu, sagte irgend etwas, nötigte sie, Platz zu nehmen; sie erlebte alles wie in einem Nebel; die Knie wurden ihr schwach; sie sank auf einen Stuhl und rang nach Atem.

Ja, er war es. Und er war eine fürchterliche Enttäuschung. Du lieber Gott, er hatte sich zu einem Schwarzbart stehen lassen! Entsetzlich! Und er hatte eine gallichte Hautfarbe und so dünnes Haar. War er es denn überhaupt? Natürlich war er es. Diese eckige Armbewegung, die ihr in dem prunkvollen New-Yorker Lichtspielhaus so hinreißend männlich und herb erschienen war, und dieses Lächeln, von dem sie geträumt hatte, waren nicht zu verkennen. Aber die Armbewegung erschien ihr jetzt krampfig, und war dieses Lächeln nicht das eines verbrauchten Menschen.

Die Gedanken flüteten wild durch ihr Hirn. Da saß sie nun tödlich verlegen, sie hatte sich dieses Zusammentreffen doch so hinreißend, so überwältigend gedacht. Sie war sicher gewesen, daß sie dem Gott ihrer Phantasien und ihrer Träume als freies, keckes Wesen des Jahres 1930 entgegentreten würde. Sie hatte geglaubt, daß es leicht sein würde, zu einem Wesen zu reden, das einem im Innersten etwas angeht. Sie hatte freilich nicht damit gerechnet, daß sie nun zu einem jemand zu sprechen gezwungen war, der sie ganz und gar enttäuschte. Am liebsten hätte sie ihn angeklagt, weil er nicht so war, wie sie ihn erwartet hatte. Aber nein, richtiger wäre es schon, sich selbst anzuklagen. Wie hatte sie sich nur soweit vergessen können, hierher zu reisen, einem Manne nach? Das war der verdiente Lohn für ihre kindliche Impulsivität. Da hatte sie nun die Bescherung. Sie hatte das flotte Girl spielen wollen, und nun? Hätte sie doch lieber auf ihren Vater gehört, der jetzt sicher in seinem Bureau saß und sich Kopfschmerzen über seine verlorene Tochter machte!

Sie fühlte das dringende Bedürfnis, zu weinen, bezwang sich aber, stand auf, reichte dem Filmschauspieler den Rosenbusch, der mit seinem milden Duft das Zimmer erfüllte, und sagte unter einem erzwungenen Lächeln: „Eine Filmenthusiastin, Mr. Butler, möchte Ihnen — als Anerkennung und Gruß von — von — von dem Klub der Lichtspielfreunde — „Cinema" — diese Blumen überreichen." Sie konnte nicht umhin, diesen Satz, gleich nachdem sie ihn gesprochen hatte, genial zu finden. Es gab natürlich gar keinen Klub „Cinema"; im Sprechen war ihr diese Erklärung eingefallen, schnell, unerwartet, jedoch herzlich willkommen; ihr Glücksstern hatte im Augenblick dieses Einfalls gestrahlt.

Sie konnte wieder lächeln. Sie konnte in Ruhe seine Antwort erwarten. Er sagte etwas von Dank, geschmeichelt, große Ehre, Erwiderung der Grüße sehr gefreut. Der Sinn dieser Sätze drang nicht bis in die Tiefen ihres Bewußtseins vor. Sie hatte nur noch den einzigen Gedanken: so schnell wie möglich fort! Ein wenig ungeduldig reichte sie ihm die Hand, ihm, der größten Enttäuschung ihres Lebens, wollte eben gehen, da sagte der zweite Herr, der bisher stumm am Fenster gestanden hatte: „Und mich übersiehst du wohl ganz, Ethel, hm?"

Sie fuhr herum und starrte den Sprecher an. Sie legte die rechte Hand auf ihre Lippen, wie um einen Ausruf der Verblüffung zu unterdrücken, und sagte dann nur: „Jim!"

Wahrhaftig, es war Jim. Er stürzte auf sie zu, schüttelte ihr kräftig beide Hände, überflutete sie mit einem Schwall von Sätzen, unterbrochen von frischem, jungenhaftem Lachen.

Sie sah plötzlich, wie gesund er war. Sie sah, es fehlte nicht viel und er würde sie vor Freude umhalsen. Aber sie selbst! Was war denn mit ihr los? Warum fühlte sie sich denn auf einmal so erlöst, so geborgen, so befreit? Warum in aller Welt wurde sie denn rot, und warum klopfte ihr Herz denn so wild? Sie mußte sich wieder setzen. Er erzählte, er sei hierher gekommen, um Filmschauspieler zu werden. Leider hätte er gar kein Talent. Sein großer Lehrer Peryt Butler habe ihm diese betrübende Erklärung nach zwanzig Unterrichtsstunden geben müssen. Denn er, Jim, habe natürlich Filmschauspieler werden wollen, als er sah, daß sie nun einmal den Filmspleen hatte. Ob es denn noch immer so schlimm bei ihr sei mit dem Spleen? Und so kam die Geschichte zustande. Sie antwortete nämlich: „Nein!" und lächelte ihn dabei so schelmisch an, daß er aufsprang, sie auf seine kräftigen Arme nahm und mit ihr durch das Zimmer tanzte.

Später, viel später, ein Jahr nach der Hochzeit, erzählte sie ihm den wahren Grund seiner Reise. Jim lachte eine halbe Stunde



lang, lachte dicke Tränen, küßte sie dann und sagte, während noch immer Gelächter in seiner Kehle gluckste: „Ethel, aber ein Glas hat dein Spleen doch gehabt." Er wies auf das Bild Butlers, das an der Wand hing: „Er hat uns doch zusammengebracht, dein Spleen."

Kurt Miethke.

Die Eltern

Von G. Keller

So saßen nun Jakob Weidelich und seine Frau Amalie auf der Bank vor dem Hause und machten Kalender, als sie zwei schwarzgekleidete junge Herren mit hohen Hüten daher kommen sahen, jeder mit einer hübschen blühenden und schön geputzten jungen Dame am Arm. Denn die Salanderfräulein hatten es darauf abgesehen, den fremden Eltern wie ihren Söhnen Vergnügen und ein wenig Ehre zu bereiten, da die eigenen Eltern kein sonderliches Freuden- und Ruhmesgeschrei erhoben.

Mann und Frau Weidelich dachten eher an den Tod, als daß das ihre Söhne wären, bis sie ganz herangekommen.

Jetzt endlich erkannten sie ihr Blut, von gutem Weine und noch besserem Abenteuer so rosig angehaucht, wie noch nie; als aber vollends die zwei Fräulein Salander genannt und als Bräute vorgestellt wurden, da vergaßen sie, insbesondere die Mutter, alles Leid schneller, als ein Licht ausgeblasen wird. Wenigstens ward es ihr fast dunkel vor den Augen: Die Salanderinnen, von denen das Stück erst eine halbe Million Franken gelten sollte! Das heißt, wenn ihr Vater nicht wieder Dummheiten machte! Denn wer kann heutzutage noch fest auf seinen Willen bauen? Das ist jetzt so, sie haben die Bräute und sind Mannes genug mit und ohne die halbe Million.

Solche Gedanken stürmten in der Brust der guten Frau, wurden aber nicht laut; denn sie war stracks in das Haus hineingelaufen und putzte sich in der Geschwindigkeit so gut als möglich heraus. In der Zeit führte der ehrliche Milch- und Gemüsehändler den Ehrenbesuch in die ländliche Stube, nötigte die jungen Leute um den Tisch herum Platz zu nehmen und eilte, um nicht sofort reden zu müssen, mit der blanken Weinkanne in den Keller.

Während er dort war, kam die Frau gesprungen, rief: „So ist's recht, ruhet nur aus!" lief aber zur anderen Türe wieder hinaus, um die Magd aufzutreiben, wie sie sagte, damit sie schnell Küchlein backen helfe, nur eine Schüssel voll, zum Kaffee, der gemacht werden müsse. Umsonst gingen und riefen die jungen Leute ihr nach, sie solle doch alles bleiben lassen, sie hätten weder Hunger noch Durst. Das gehe sie nichts an, und der Tag sei noch lang und noch nichts bereit, gab sie zurück und trollte sich weiter. Sie prallte mit ihrem Manne zusammen, der mit der gefüllten Zinnkanne und einem großen Stück Käse auf bemaltem Teller gemessenen Ganges herein kam, auf den Tisch abstellte, denselben mit Gläsern bedeckte, dann aber nicht dablieb, sondern wieder hinausging und nach einer Weile mit einer riesigen Schüssel voll Schinkenschnitze zurückkehrte. Dann nahm er kleinere, ebenfalls mit bunten Nelken verzierte Teller, Messer und Gabeln aus dem Schrank und holte zuletzt ein großes Bauernbrot herbei, das er anschnitt. Dazwischen hörte man von der Küche her schon das Feuer knistern und die Butter in der Pfanne sprotzeln.

(Aus: „Martin Salander".)

Die unkeusche Myrte

Mißverstandene Symbole

Die wichtigsten Vorgänge im menschlichen Leben werden heute noch durch Symbole dargestellt und verdeutlicht, die, aus Aberglauben und volkstümlichen Anschauungen hervorgewachsen, zur Zeit ihrer Entstehung eine lebendige Beziehung zum Menschen besaßen, heute jedoch, da diese Sitten längst vergessen sind, nur noch eine leere Geste bedeuten und den meisten Menschen völlig unerklärlich sind.

Nicht einmal die Frau, die uns bei unserer Geburt in so entscheidendem Maße behilflich sein muß, ist diesem Schicksal entgangen. Warum heißt sie gerade Hebamme? Bei den Germanen, auch bei den Römern, wurde das neugeborene Kind zuerst auf die Erde gelegt. Dann mußte der Vater bestimmen, ob das Kind ausgesetzt oder in die Familie aufgenommen werden sollte. Die Aufnahme in die Familie geschah dadurch, daß man das Kind wieder feierlich von der Erde aufhob. Die Frau, die das zu tun hatte, die Wehmutter, verwandelte sich so in die Hebamme (im Schwedischen Görbegumma = Erdmutter). Der Schwede nannte diese Handlung das Kind zum Vater tragen, und da „tragen" auf Schwedisch „boreren" heißt, so bedeutet das deutsche „wohlgeboren" gar nicht etwa geboren, sondern „getragen", zum Vater getragen, d. h. legitim in die Familie aufgenommen, während ein Findling, ein Ausgesetzter, nicht wohlgeboren, nicht zum Vater getragen ist.

Eigentlich soll ja die Hebamme erst eine gute Weile nach der Hochzeit in Funktion treten, aber da sie sich in unserer Betrachtung so unziemlich vorgedrängt hat, so ist schnelle Ansetzung des Polterabends höchste Bürgerpflicht. Am Polterabend glauben heute die guten Freunde des Brautpaares, diesem etwas Angenehmes anzutun,

während in Wirklichkeit die Polternden mit ihrem Lärmen dem Brautpaar ihre Mißbilligung ausdrücken.

Die ersten Christen nämlich hielten die Wiederverheiratung eines Witwers für eine „vom Gesetz erlaubte Hurerei"; im 4. Jahrhundert verbot eine Kirchenversammlung der Geistlichkeit, an der Hochzeitsfeier eines solchen Ehepaares teilzunehmen. Und die entrüsteten christlichen Nachbarn bewarfen am Vorabend der Hochzeit das Pflaster mit alten Scherben, johlten und pfiffen und machten die ganze Nacht hindurch einen Höllenlärm . . . Das ist der Ursprung des so beliebten Polterabends! Heute führt man dieses Hörspiel nicht nur vor Wiederverheirateten auf, sondern vor Hochzeiten überhaupt; man meint es gut: Scherben bringen Glück. Aus dem gleichen Grunde werden bei Hochzeitsfeiern vielfach Gläser während des Hochzeitsmahles zerschlagen. Diese Sitte scheint von dem jüdischen Brauch abzustammen, das vom Brautpaar geleerte Glas zu zertreten. Die Ansprache der Rabbiner bezeichnet das Weib als ein „Gefäß", und das Zerstören des Glases, aus dem der Bräutigam getrunken hat, sagt, daß kein Fremder jemals von diesem Gefäß Gebrauch machen soll.

Bei der Vermählungsfeier keines Volkes fehlt der Hochzeitskuchen. In heidnischen Zeiten wurde der Kuchen den Gottheiten geopfert und war allen Menschen als Personifikation des gebärenden Prinzips geheiligt. Von den Hellenen über die Römer und die romanischen Völker kam er durch die Neugriechen zu den Russen und von ihnen zu uns. Neben dem Kuchen findet sich das Ausstreuen von Gerste, Mandeln und Weizen unter die Hochzeitsgäste. Schon die Bibel und die antiken Schriftsteller spielen auf den erotischen Sinn an, der diesen Früchten beigelegt wird, ganz zu schweigen von dem Liebesapfel, dessen glorreiche erotische Vergangenheit zu einem ganzen Mythos angeschwollen ist. Eine ähnliche Rolle spielen die Nüsse, die die Römer den Neuvermählten zu essen gaben. Auch im deutschen Volksbrauch bedeutet „in die Haseln gehen" lieben, und ein westfälisches Sprichwort lautet: „Das Jahr, in dem viele Nüsse wachsen, bringt viele Kinder der Liebe." Oft ragt auch aus dem Hochzeitskuchen Lorbeer hervor, die Lieblingspflanze des Totenerweckers Aeskulap, ein Gegenmittel gegen den Tod; die Ehe soll die Verwüstungen, die der Tod anrichtet, wieder gutmachen.

Was hat es nun mit der bräutlichen Pflanze der Myrte auf sich, aus der man den Brautkranz flicht? Sie gilt als Sinnbild der Keuschheit. Aber zu Unrecht.

Die Myrte hat im Gegenteil eine recht unkeusche Vergangenheit;

sie war der Liebesgöttin Venus Murtia geweiht und der jungfräulichen Diana verhaßt; aus Myrtenholz wurden die Statuen der Venus geschnitzt. Beim Feste der Myrrha, die in Blutschande mit ihrem Vater den Adonis geboren hatte, und bei anderen Orgien erschienen Frauen mit Myrtenkränzen. Ihre Auszeichnung hat die Myrte also nicht ihrer Jungfräulichkeit zu verdanken, sondern vielmehr ihrer Heilkraft bei Frauenkrankheiten.

Daß der Verlobungsring bei den alten Römern aus Eisen war, bezeugt zur Genüge, daß damit nicht etwa ein kostbares Geschenk beabsichtigt war, sondern, daß die Gabe eine mythische Bedeutung hatte. Das Eisen sollte die Dauerhaftigkeit der Ehe verdeutlichen und der Ring selbst durch seine Form die Unauflöslichkeit des ehelichen Bandes.

Auch das dritte der „lebenswichtigen" Ereignisse, der Tod, entbehrt nicht der symbolischen Zeremonien. Der Leichenschmaus stammt noch aus heidnischer Zeit und bedeutet eine Opfergabe an den Totengott. Man warf das erste Stück von allem was man aß, unter den Tisch „für die Seele". Ganz primitive Völker dachten dabei an eine Wegzehrung für den Gestorbenen. Auch die Leichenwache ist eine uralte Sitte; sie sollte ursprünglich die bösen Geister fernhalten, die sich dem Toten nähern wollten. Noch heute glaubt man in manchen Gegenden, daß, wenn ein Hund oder eine Katze in das Zimmer des Toten treten, dessen Seele dem Teufel anheimfalle. Das Licht, das man zu des Toten Haupt anzündet, soll die bösen Geister verscheuchen.

H. E.

Das Land der Tuberkulose

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Tuberkulose in stetem Steigen begriffen. Gegen das Jahr 1928 sind die Schwindsuchtsfälle um 1500 gestiegen, und die Todesrate hat um 2,4 Proz. zugenommen. Der Präsident der Vereinigung der Tuberkulosenärzte glaubt, daß die Zunahme dieser Erkrankungen auf die Einwanderung von Negern, Südländern und Mexikanern zurückzuführen ist, wenn auch er nicht verkennt, daß auch ungesunde Wohnverhältnisse zur Verbreitung dieser Krankheit, die er als „weiße Pest" bezeichnet, beitragen.

Das lesen wir in einer Zeitung, die täglich für Steuersenkung eintritt, weil Deutschland unter Kapitalmangel leidet, die über die beklagenswerte Armut und Bedrückung der reichen Leute jammert, die gegenüber den Städten und ganz besonders gegenüber den Arbeitern tagtäglich nach Sparsamkeit schreit, weil wir eben arm sind und uns erst wieder Kapital anhungern müssen! Mit einem Worte: im „Berliner Tageblatt"!!

Einen warm bequem sitzenden Mantel sollte jeder Hund haben. Jeder Hund, jawohl. Arbeitslose brauchen so etwas nicht!

Veranstaltungen.

Die hausmütterliche Klasse der Mädchen-Mittelschulen.

Nach den neuen Bestimmungen des Ministers für Mittelschulen soll zur Anpassung an die immer verwickelter sich gestaltenden Erwerbsverhältnisse in den oberen Klassen der Mittelschulen möglichste Bewegungsfreiheit gegeben sein. Insbesondere soll die Aufgabe der Mittelschule nicht nur sein, tüchtige Kräfte für den Dienst in Handel, Gewerbe und Büro vorzubereiten, sondern auch auf die Berufe in Hauswirtschaft und sozialer Fürsorge. Daher ist für die ältesten Schülerinnen eine „hausmütterliche Klasse" vorgesehen, in welcher die heimschaffenden und heimpflegenden Kräfte der Schülerinnen gebildet, die Schülerinnen selbst durch Heranziehung zu praktischer Betätigung und durch sachliche Belehrung in die Aufgaben der Hausfrau und Mutter eingeführt werden. So soll in ihnen das Bewußtsein geweckt werden, daß jede Frau zu ihrem Teil an aufbauender Volkswirtschaft mitzuarbeiten berufen ist.

Daher sieht der Lehrplan unter anderem folgende Arbeitsgebiete vor:

In Religion: Religiöse Lebenskunde, soziale und charitative Einrichtungen.
In Deutsch: Die deutsche Familie als Kulturträgerin, deutsches Frauenleben und -wirken.
In Geschichte: Einführung in Frauenpflichten und Frauenrechte im öffentlichen Leben.
In Erdkunde: Anteil der Frau an der deutschen Volkswirtschaft.
In Rechnen: Buchung hauswirtschaftlicher Einnahmen und Ausgaben, Versicherungs- und Steuerwesen.
In Gartenbau: Anlage und Pflege eines Küchen- und Blumengartens für die Bedürfnisse des Haushalts.
In Gesundheitslehre: Pflege des Säuglings und Kleinkindes, Krankenpflege usw.

Die Bestimmungen des Ministers betonen ausdrücklich, daß die hausmütterliche Klasse nicht die Aufgabe hat, die Hausfrauenschule zu ersetzen. Diese soll vielmehr auch als Aufbau auf die Mittelschule, insbesondere auf die hausmütterliche Klasse, ihre besonderen Aufgaben und Ziele behalten. —

Heimatbund, Gelsenkirchen.

Am Montag, dem 27. dieses Monats, abends 8.15 Uhr, findet in der Aula des hiesigen Realgymnasiums, Hochstraße, eine Vortragsveranstaltung des Heimatbundes statt. U. a. spricht Herr Oberstudiendirektor Dr. Beisenherz über Alt-Gelsenkirchener Ortsnamen. Freunde und Gönner der Heimatbundbestrebung sind willkommen.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Gelsenkirchen.

Jahresappell Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9.30 Uhr,

Tagesordnung:

1. **Gedenken der verstorbenen Kameraden**
2. **Referat des Kameraden Huseman=, M. d. R., Bochum**
3. Geschäftsbericht
4. Technischer Bericht, Kassenbericht
5. Jugendbewegung
6. Anträge
7. Neuwahl des Vorstandes
8. Vereidigung der neuaufgenommenen Kameraden
9. Hoch auf die Republik.

Die Kameraden müssen ihre Mitgliedsbücher mit sich führen. Angehörige unserer Kameraden können während der Tagung als Gäste auf der Galerie Platz nehmen.

Die Kameradschaften treten wie folgt an:

Kameradschaft 1: 8,45 Uhr bei Serres
Kameradschaft 2: 9 Uhr bei Hempel
Kameradschaft 3: 8.45 Uhr bei Paul
Kameradschaft 4: 9 Uhr bei Kuhlmann
Kameradschaft 5: 8.45 Uhr bei Fischer
Kameradschaft 6: 9 Uhr bei Vogel
Kameradschaft 7: 8.45 Uhr bei Weskamp
Kameradschaft 8: 9 Uhr bei Landscheidt
Kameradschaft 9: 8.45 Uhr bei Vollmer
Kameradschaft 10: 8.45 Uhr bei Kohring
Kameradschaft 11: 8.30 Uhr bei Nachbarschulte.

Spielleute und Musiker bei den Kameradschaften. Die Abteilungen marschieren sofort zur Stadthalle.

Bunter Abend

am Sonntag, dem 26. Januar 1930, abends 6 Uhr, in der Stadthalle.

Programmfolge:

1. Hochzeitsmarsch aus „Sommernachtstraum"; 2. Vorspiel zu „Carmen"; 3. Hörfing-Marsch; 4. Reichsbanner-Marsch; 5. Rezitationen: G. A. Lehnert; 6. Lieder zur Laute; 7. Künstler-Trio (Ernst Tomaschewski): Andante aus der Fünften Sinfonie von Josef Haydn, Ungarische Tänze von Brahms, Solveigs Lied aus „Peer Gynt" von Grieg; 8. Flötensolo (Herr Knaust); 9. Rezitation: A. Lonzen; 10. Schutzsport: Lebende Bilder, Pyramiden, Barrenturnriege, Flammenschwingen, Freiübungen, Marmorbilder, Bodengymnastik u. a. m. (unser Vorturner wird auf der Bühne über sechs Mann springen).

„Der Herr Disponent."
Lustspiel in einem Akt von Felix Neuker.
Tanz.

Unkostenbeitrag 60 Rpf. pro Person (kein Vorverkauf). Jeder erwerbslose Kamerad erhält für sich und einen Angehörigen am 23., 24. und 25. Januar 1930, abends 6 bis 8 Uhr, Eintrittskarten zum Preise von 40 Rpf. Erwerbslosenausweis muß vorgezeigt werden. An der Kasse gibt es keine Ausnahme. Nur frühes Kommen sichert Sitzplatz.



Theater / Musik.

Städtische Veranstaltungen Gelsenkirchen-Buer.

Ein künstlerisches Ereignis steht bevor!

Karl Erb, der erste Interpret des „Palestrina" und „Parsival" an der Münchener Staatsoper, der geniale Gestalter der Evangelisten aus Bachs Passionen, der große Schubertsänger, wird im Rahmen der städtischen Veranstaltungen am Montag, dem 27. Januar 1930, einen Arien- und Liederabend bestreiten. Erb ist wohl der gesuchteste deutsche Oratoriensänger. Sein unerhört geschultes, eigenartig hellgefärbtes Organ ist einem hohen Ausdruckswillen dienstbar gemacht. Das Konzert verspricht zu einem großen Genuß zu werden.

Begleiter am Flügel: Musikdirektor Paul Belker. Das Konzert beginnt um 20 Uhr. Gültig sind die Vormietekarten der zweiten Konzertvormietegruppe.

Tageskarten zu 0,75 RM., 1,25 RM., 2,25 RM. und 3,50 RM. im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), und in der heutigen Bekanntmachung (siehe Anzeigenteil) genannten Verkaufsnebenstellen.

Filmschau.

Apollo-Theater.

Waldbrand! — Ausgedörrt hatte die unbarmherzige Sonne seit Wochen Feld und Wald — kein Tropfen Wasser war mehr zu finden. Unten im Dorf fand ein Fest statt, man hörte verwehte Töne der Tanzmusik bis in den Hochwald hinaufklingen. Von oben sah es aus, als wimmelte dort unten im Tale eine ungeheure Menge von Leuchtkäferchen umher, denn die Dorfbewohner hatten anläßlich des Festes ihrem Gutsherrn einen Fackelzug gebracht. Ueberall im Dorf sah man jetzt noch die kleinen Lichtpünktchen hin- und herwandern. Und da tauche am Waldessaum so ein Lichtschein auf, es ist Mazegger, drunten aus dem Dorf, der hastig mit seiner Fackel dem Waldhäuschen des Malers Petri zustrebt. Er trommelt gegen die Tür: „Lo — Lo —!" Die kleine Holztür wird geöffnet und ein entzückender blonder Mädchenkopf taucht an der Tür auf. — „Lo — ich liebe dich! — Lo!" Schon fliegt die Tür energisch wieder zu. Der Mazegger Toni gerät in Wut. Er trommelt wieder gegen die Tür, achtet nicht auf seine Fackel, und plötzlich knistert es, und im Nu steht auch schon die hohe Tanne neben der Tür der Hütte in Flammen, und schon brennen fünf — zehn — hundert — der ganze Wald. Mit unheimlicher Geschwindigkeit frißt das rasend gewordene Element weiter. Der Mazegger Toni verzweifelt um sein Leben — Lo und ihr Vater sehen den Tod vor Augen — die Hütte brennt schon. — Da: Aufnahme aus! Feuerwehr löschen! — Wilhelm Dieterle schreit es und schon zischen aus mehreren Schläuchen kalte Wassermengen in die Flammen, denn das Ganze war eine außerordentlich gelungene Nachtaufnahme zu dem Großfilm: „Das Schweigen im Walde", den Wilhelm Dieterle nach dem bekannten Roman von Ludwig Ganghofer drehte. Er spielt gleichzeitig die männliche Hauptrolle, während seine Partnerin, die blonde Lo, von Petta Frederick, eine Entdeckung Dieterles, dargestellt wird. Besonders eindringlich ist Franz Neumer, der Darsteller des Mazegger, ein echter Naturbursche, den Dieterle bei den Außenaufnahmen in Mittenwalde entdeckte und vor die Kamera brachte. Er spielt zum erstenmal — d. h. er spielt gar nicht, — er ist er selbst. — Der Film „Das Schweigen im Walde" nach dem bekannten Roman von Ludwig Ganghofer läuft ab morgen im Apollo-Theater. Hierzu der zweite Schlager „Die seltsame Vergangenheit der Thea Carter" mit dem beliebten Olaf Fönß, Hermann Vallentin (noch in aller Erinnerung aus „Atlantic"), June Marlow, Ernst Stahl-Nachbaur und Inge Landgut in den Hauptrollen.

Industrie-Kino.

Am morgen, Freitag, der neueste und beste Eddy-Polo-Film: „Geheimpolizisten." Ein Sensationsfilm aus den Tiefen der Großstadt. Es wirken außer Eddy Polo mit: Anton Pointner, Leopold von Ledebour, Nina Marfa, Petta Fröhlich, Ernst Behmer, Sylvia Torf. Der zweite Schlager: „Die letzte Warnung" (geheimnisvolle Vorgänge im Woodford-Theater). Der Regisseur dieses ausgezeichneten und packenden Kriminalfilms ist Paul Leni. Er läßt die Handlung in einem rasenden Tempo ablaufen und versteht es ebenfalls, den Szenen einen Anstrich des Unheimlichen zu geben. Selbst die kleinsten Rollen sind bis ins feinste Detail durchgearbeitet. Es ist eine Gestaltung, die ins Groteske geht, und dies ist die beste Lösung für alle kriminalistische Angelegenheiten. Hierzu ein köstliches Lustspiel: „Sonny, der Teufelsjunge."

Capitol-Theater.

Ab morgen bringt das Theater wieder eine Sensation für Gelsenkirchen. Peter Martin Lampels Bühnenstück „Giftgas über Berlin", das von der Zensur verboten wurde, war der Vorwurf für das Manuskript des Films „Giftgas". Die Liga für Menschenrechte hat das Protektorat über diesen gewaltigen Film übernommen. Nicht allein das Problem, sondern auch vor allen Dingen die Darsteller sind es, die dieses Werk zu einem ganz gewaltigen stempeln. Fritz Kortner, bekannt aus Atlantik, Alfred Abel, Hans Stüwe, Lissi Arna, Gerhard Dammann, Vera Baranowskaja und Bobbi Burns stellten ihr großes Können in den Dienst einer großen Sache. Der Film „Giftgas" ist eine Anklage gegen die Geldmenschen, welche für den schnöden Mammon die Menschheit ins Verderben treiben wollen, eine gewaltige Anklage gegen den Giftkrieg. Man sieht Szenen, daß einem der Atem stockt, und es wird einem bange, was ein zukünftiger Krieg alles vernichten kann. Alles in allem ist der Film „Giftgas" das Ereignis der neuen Filmsaison. Kein Gelsenkirchener sollte sich deshalb dieses Werk entgehen lassen. Im zweiten Teil des Programms ist es die lustige temperamentvolle Marion Davies, die die Zuschauer in ihren Bann zieht. Der Film betitelt sich „Ein Mädel mit Tempo" oder „Tipp dich in sein Herz". Außerdem noch ein neuer Charlie-Chaplin-Film „Charlies Katastrophe auf hoher See". Was in diesem wieder der Meister des Humors alles leistet, bringt selbst den hartgesottensten Menschen zum Tränenlachen. Außerdem noch die neueste Deuliawoche und ein Kulturfilm. Anfang 3 Uhr, 5.30 und 8 Uhr; Sonntags ab 2 Uhr.

Tivoli-Lichtspiele.

Morgen, Freitag, beginnt eine ganz neue Spielfolge, die sich wieder durch ihre Vielseitigkeit besonders auszeichnet. — Diesmal sehen wir an erster Stelle den letzten Film des leider viel zu früh verstorbenen, beliebten Cowboy-Darstellers, Fred Thomson: „Silberkönigs letzter Sieg!" Noch einmal können wir Fred Thomson mit seinem Wunderpferd Silberkönig bewundern in diesem herrlichen Wild-West-Drama. An zweiter Stelle steht ein Filmwerk, das weit über die Grenzen Deutschlands das größte Aufsehen erregte, mit Lil Dagover und Hans Stüwe in den Hauptrollen: „Es flüstert die Nacht!", 8 Akte, nach einer Novelle von Guido Kreutzer, mitreißend, aufwirbelnd voll echter feuriger Pußtastimmung. Der dritte Schlager bietet eine ganz große Sensation: „Der elektrische Stuhl" oder „Unschuldig zum Tode verurteilt!" mit der bekannten Amerikanerin Mary Carr in der Hauptrolle. Hierauf folgt eine köstliche und humorvolle Bühneneinlage, Direktor Heyning mit seinem lustigen Ensemble in „Anton, die Perle des Regiments!" Ein Soldatenschwank aus lustigen Tagen. ¾ Stunden Lachen — Jubeln — Schreien. Ein Lachschlager, wie noch nie gesehen! Im hervorragenden Schlußteil folgt noch ein ausgezeichnetes Beiprogramm.

Großfeuer in einem polnischen Hüttenwerk

Kattowitz, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Gestern abend brach auf der Paulshütte Feuer aus, das die Werksöfen, sowie die technischen Büros fast vollständig vernichtete. 14 Wehren waren am Brandort tätig. Die Löscharbeiten, die sich infolge Wassermangels sehr schwierig gestalteten, dauerten bis heute vormittag. Der Gesamtschaden wird auf 300 000 Zloty geschätzt, ist aber teilweise durch Versicherung gedeckt.

Schlaganfall der Frau Neumann

Breslau, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Frau Neumann, deren Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis für heute festgesetzt war, ist plötzlich erkrankt. Sie hat einen Schlaganfall erlitten und ihr Zustand ist besorgniserregend. Der Oberstaatsanwalt hat die Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Neumann wegen Haftunfähigkeit beantragt.

Explosionsunglück auf einem französischen Schießplatz

Paris, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Bei Schießübungen der Artillerieschule Segovia explodierte ein Artilleriegeschoß. Ein Artilleriehauptmann wurde getötet und ein Artillerieleutnant schwer verletzt.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug in Südchina

Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung.) Wie die Agentur Indopazifique aus Hanoi meldet, entgleiste ein von Anitschau nach Jünnan gehender Personenzug, da die Schienen von einer Räuberbande aufgerissen worden waren. Die Bande griff darauf den Zug an, wurde jedoch von der chinesischen Begleitmannschaft in die Flucht getrieben. Zwei chinesische Soldaten wurden bei dem Kampf getötet und mehrere verletzt. Die gleiche Bande hat 10 Kilometer von Anitschau durch Aufreißen der Schienen auch einen Güterzug zum Entgleisen gebracht.

Wegen Waffenschmuggels verhaftet

Paris, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Wie die Blätter aus Oran melden, sind zehn Marokkaner und ein Europäer in der Gegend von Beni Unif unter dem Verdacht, seit langer Zeit in großem Maße Waffenschmuggel betrieben zu haben, verhaftet worden.

Feuersbrunst auf Kreta

Paris, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Wie Havas aus Candia, der Hauptstadt der Insel Kreta meldet, hat eine Feuersbrunst einen Teil der Stadt zerstört.

Französische Beschwerden

über Neuyorker Prohibitionsbeamte.

Paris, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Das „Journal" veröffentlicht den Wortlaut zweier Protestschreiben, von denen das erste vom Personal des französischen Dampfers „De Grasse" an den französischen Konsul in Neuyork und das zweite von einem Funker an seine vorgesetzte Behörde gerichtet ist. Diesen Schreiben zufolge soll während des Aufenthalts des Dampfers im Neuyorker Hafen das Schiffspersonal gezwungen gewesen sein, sich von Beamten der Prohibitionsbehörde zu jeder Tages- und Nachtstunde, und zwar unter Bedrohung mit der Schußwaffe durchsuchen zu lassen. Das „Journal" fügt hinzu, daß die Schiffsgesellschaft diese Tatsache bestätigt habe.

Nach acht Monaten tot aufgefunden

Nürnberg, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Der seit Mai vermißte Oberrealschüler Murrmann, Sohn eines Polizeihauptkassierers in Nürnberg, wurde heute früh in dem Dickicht eines Waldes bei Almoshof von einem Bäckerlehrling mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Neben ihm lagen noch sein Fahrrad, seine Aktentasche und die Schußwaffe.

Tödliche Gasvergiftung bei Erdarbeiten

London, 22. Januar. (Drahtmeldung.) In Hull erkrankten gestern bei Erdarbeiten 15 Arbeiter an Gasvergiftung. Drei davon fanden den Tod.

Die großen Dollarnoten-Fälschungen

Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) In der Angelegenheit der Fälschungen amerikanischer 100-Dollarnoten, über die bereits berichtet wurde, ist es dem Falschgelddezernat der Kriminalpolizei bisher noch nicht gelungen, Genaueres über die Fälscher und ihre Werkstatt zu ermitteln. Die technischen Einzelheiten der Falschstücke lassen erkennen, daß man es mit einer vorzüglich aufgezogenen Organisation zu tun hat. Die Hersteller müssen selbst von der Güte ihrer Fabrikate überzeugt gewesen sein, da sie im Gegensatz zu sonstigen Fälschern es wagten, ihre Falschstücke bei Banken abzusetzen. Das amerikanische Schatzamt hat mitgeteilt, daß ihm die Fälschung von 100-Dollarnoten bereits im Jahre 1928 bekannt war, aber erst nach dem Auftauchen von 50 Falschstücken in Deutschland konnte man annehmen, daß die Fälscher und Vertreiber jetzt in Deutschland das Hauptabsatzgebiet suchten. Anscheinend haben sie damit erst im Oktober vorigen Jahres begonnen. Den Fälschern dürfte insofern ihr Handwerk gelegt sein, als inzwischen durch Gesetz neue Notentypen für amerikanische Banknoten festgelegt worden sind.

Der gesuchte Vertreiber von Falschstücken, der 34 Jahre alte Kaufmann Franz Fischer, hatte sich im letzten Oktober durch größere Geldausgaben verdächtig gemacht. Ob die Fälscher auch amerikanische Noten höheren oder geringeren Wertes hergestellt haben, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Hekims Ende

In der Türkei ist es bisher nur in Ausnahmefällen geschehen, daß sich einzelne Aerzte auf bestimmte Krankheitsgebiete spezialisiert haben. Die große Mehrzahl der Aerzte betätigt sich auf jedem medizinischen Gebiet: derselbe Arzt nahm chirurgische Eingriffe vor und zog Zähne, behandelte Lungenentzündung und Hautkrankheiten. Dieser „Arzt für alles" war der berühmte Hekim, in dem die unwissenden anatolischen Bauern gemeinhin mehr einen Medizinmann als einen Arzt im europäischen Sinne zu sehen gewohnt waren. Aber mit dem Hekim nimmt es jetzt ein plötzliches Ende. Das Gesundheitsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach jeder türkische Arzt unverzüglich dem Ministerium dasjenige Krankheitsgebiet zu bezeichnen hat, auf dem er Spezialist ist. In Zukunft soll er nur noch auf seinem Spezialgebiet tätig sein und in andere medizinische Gebiete fallende Krankheiten bei Strafandrohung nicht mehr behandeln dürfen.

Schwere Explosion bei Stockholm

Stockholm, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Heute nachmittag ereignete sich eine schwere Explosion in der großen Montagehalle der Maschinenfirma Atlas-Diesel in der Stockholmer Vorstadt Sickla. Ein Ingenieur und ein Maschinist wurden sofort getötet, vier weitere Personen verletzt, davon ein Ingenieur und zwei Arbeiter schwer. Der Materialschaden dürfte bedeutend sein.

Liebesstunde nach dem Vatermord

In der Nähe von Mondsee (Oesterreich) zerfleischte der 29jährige Michael Schafleitner mit einem Kavalleriesäbel den Hausbesitzer Mathias Girbel. Der alte Girbel war dagegen, daß seine Tochter den Schafleitner heirate, weil er sich in den Kopf gesetzt hatte, daß er einen reichen Bauern zum Schwiegersohn haben müsse. Therese hielt jedoch zu Schafleitner und überredete ihn zu der furchtbaren Tat. Erst schoß Schafleitner den Alten in den Unterleib. Dann stürzte sich der Täter mit dem Säbel auf ihn und zerstückelte ihn mit ungefähr 50 Hieben. Die Leiche war noch nicht kalt, als Schafleitner mit der Tochter des Ermordeten eine Liebesstunde verbrachte. Beide wurden verhaftet. Schafleitner gestand sofort alles und zeigte große Reue, während die blutrünstige Braut ihre Mitwisserschaft anfänglich hartnäckig leugnete.

Museumsdiebstahl in Bern

Bern, 21. Januar. (Drahtmeldung.) Aus dem Kunstmuseum in Bern wurde am Dienstag von unbekannten Tätern ein kleines auf Holz gemaltes Oelbild gestohlen. Das Bild, das Erasmus von Rotterdam darstellt und aus der Schule Hans Holbeins stammt, hat einen Wert von 20 000 Schweizer Franken.

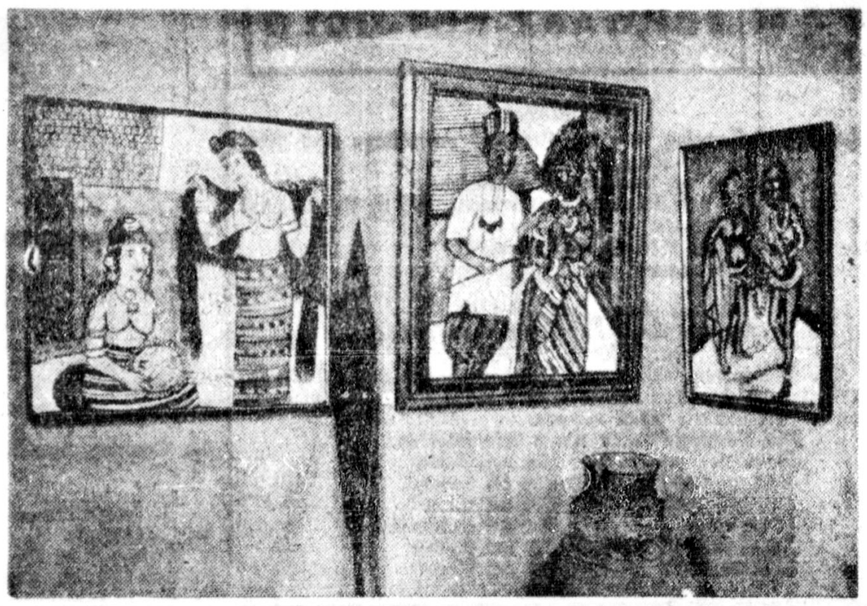
Das vermißte französische Flugzeug gefunden

Pilot und Passagiere tot.

Paris, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Das seit mehreren Tagen vermißte Verkehrsflugzeug „Amiens-Le Havre" wurde fünf Kilometer nördlich von Dieppe auf einer Klippe entdeckt. Der Pilot und die vier Passagiere haben den Tod gefunden.

Bubonenpest im Oranje-Freistaat

Kapstadt, 22. Jan. (Drahtmeldung.) Im Oranjefreistaat sind in der Gegend von Heilbronn 33 Personen unter Pestverdacht erkrankt. Man vermutet, daß es sich um Bubonen-Pest handelt. Etwa die Hälfte der Fälle nahm einen tödlichen Verlauf. Die Opfer sind sämtlich Eingeborene. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt.



Forschungsreisende entdeckten in Afrika einen Neger, der sich damit beschäftigte, auf Tierhäuten farbenprächtige Gemälde herzustellen. Die von diesem ungeschulten Menschen angefertigten Bilder erregten kürzlich auf einer Ausstellung in Paris derartiges Aufsehen, daß sie jetzt auch in Berlin ausgestellt wurden. — Blick in eine Ecke der Ausstellung des Negermalers.

Die Frau ohne Mann

Roman von Anton Döhler.

43) (Fortsetzung.)

„Gefällt es Ihnen nicht mehr bei uns?"

„Doch, Herr Direktor — — es ist — — es sind rein persönliche Gründe . . ."

Simon schwenkte das Schreiben in der Hand und sagte: „Hier erkundigt sich nämlich ein Kaufhaus in Mainz bei mir nach Ihren Fähigkeiten!"

Eine Röte lief über Tonis Gesicht, als sie sagte: „Ich habe mich dort um die Stelle einer Verkäuferin beworben."

„Wollen Sie denn unbedingt fort?"

„Ja, Herr Direktor, es ist mein fester Entschluß!"

„Es tut mir leid um Sie, aber ich werde Sie in Mainz empfehlen!"

„Ich danke Ihnen, Herr Direktor!"

Schon eine Woche später erhielt sie aus Mainz Nachricht, daß sie die Stelle dort antreten könne, und zwar, wenn es ihr möglich sei, sofort.

Sie eilte mit dem Brief sofort zu Direktor Simon. Sie freute sich. Nicht darüber, daß sie nun in weiter Entfernung von Moosbauer leben würde. Auch der Gedanke, daß sie Heinz Holländer nicht mehr sehen würde, machte sie traurig. Er hatte ihr immer mit Ratschlägen zur Seite gestanden und war sehr nett zu ihr. Aber alle diese Bedenken überwog das Neue, das nun vor ihr stand, das Unbekannte.

Simon erriet aus ihrem freudig erregten Gesicht sofort, was los war. „Haben Sie eine Stelle bekommen?"

„Ja, in Mainz!"

„Und Sie wollen wirklich dorthin?"

„Ja! Und ich wollte Sie bitten, es möglich zu machen, daß ich sofort dort eintreten kann."

„Ja, pressiert's denn gar so sehr?"

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Direktor."

„Na, wenn's schon nicht anders geht, dann können Sie meinetwegen gleich ins Bureau gehen und sich Ihr Gehalt auszahlen und die Papiere geben lassen. Sagen Sie dem Herrn Meier, den vollen Monatsgehalt. Aber Ihr Abgangszeugnis holen Sie sich dann bei mir!"

Toni wollte danken, aber Simon wehrte ab. „Gehen Sie nur," sagte er lächelnd, „sonst kommen Sie am Ende noch zu spät!"

Als sie das Bureau des Direktors verließ, rannte sie fast mit Heinz Holländer zusammen.

„Ja, was ist denn mit Ihnen los?" fragte er erstaunt.

„Ich gehe fort," sagte Toni, „weit fort!"

Holländer sah Toni ungläubig an.

„Ja, es ist schon so," sagte sie, „heute noch oder morgen reise ich ab."

„Ist nicht möglich! Wohin wollen Sie denn?"

„Nach Mainz."

„So schnell ging das? Warum haben Sie niemanden etwas davon gesagt?"

„Eben sagte ich es Ihnen doch, und vorher wußte ich selbst noch nichts Bestimmtes."

„Eine kleine Abschiedsfeier gibt es aber doch hoffentlich?"

„Das weiß ich noch nicht, wir treffen uns noch mal, bevor ich gehe."

Nun ging Toni ins Bureau und holte ihre Papiere und das Gehalt. Nachdem sie ihre paar Sachen zusammengepackt hatte, holte sie sich bei Direktor Simon das Zeugnis.

Er reichte es ihr zusammengefaltet in einem Briefumschlag. Dann nahm er ihre Hand und sagte: „Ich lasse Sie nicht gern fort, Fräulein Bergner. Sie haben sehr gut gearbeitet bei uns und — das wissen Sie ja — Sie waren mir auch persönlich sehr sympathisch — — wenn Sie mir das auch in Nürnberg — na, sagen wir einmal, etwas forsch beigebracht haben. Aber ich bitte Sie, das zu vergessen. In Ihrer neuen Stellung wünsche ich Ihnen alles Gute und — wenn es Ihnen in Mainz nicht mehr gefällt, Sie können jederzeit wieder zu uns kommen, Sie brauchen mir nur zu schreiben. Und nun, leben Sie wohl, Fräulein Bergner!"

Solange hielt er ihre Hand. Die herzlich gesprochenen Abschiedsworte Simons stimmten Toni wehmütig und mit leiser Stimme sagte sie: „Mir fällt es nicht leicht, von hier fortzugehen, aber ich muß. Ich danke Ihnen, Herr Direktor."

„Auf Wiedersehen, Fräulein Bergner!"

Toni stand schon unter der Tür, als er diese letzten Worte sprach. „Auf Wiedersehen!" kam es nun auch aus ihrem Munde, dann war sie draußen.

Nun nahm Toni Abschied von den wenigen Kolleginnen, mit denen sie sich enger befreundet hatte. Sie beglückwünschten sie alle und einige beneideten sie sogar, daß sie nun in eine andere Stadt käme, unter andere Menschen und Verhältnisse.

Zuletzt suchte sie Holländer auf. Er schnitt ein ganz mieses Gesicht und sagte: „Sie hätten doch auch hier bleiben können! Jetzt haben Sie sich so gut bei uns eingearbeitet und nun laufen Sie davon, bloß wegen dieses Frauenzimmers."

Toni zuckte zusammen. „Wegen welchem — wegen wem, sagen Sie?"

„Mizzi war nämlich vor einer halben Stunde hier und hat mir alles erzählt. Wegen der brauchen Sie nicht fortzugehen!"

„Mein Entschluß ist unabänderlich, ich habe bereits meine Papiere und mein Geld. Morgen früh fahre ich!"

„Sehen wir uns heute abend noch einmal?"

„Ich habe nichts dagegen!"

„Ich werde Sie um acht Uhr abholen kommen."

Holländers Hoffnungen auf eine intimere Annäherung an Toni waren nun zu Wasser geworden. Am liebsten hätte er geheult. Er überschlug nun, was ihm Toni gekostet hatte. Für vier Monate hatte er an Frau Jäger fünfzehn Mark zur Miete gezahlt, dann kaufte er sich um ihretwillen ein Paar Ski mit Stiefeln und Anzug, das waren zusammen rund zweihundert Mark! Der Erfolg war gleich Null. Es war zum Haarausraufen! Er erinnerte sich nun wieder an Elsa Niedermeier. Das war doch ein jederzeit williges und dabei anspruchsloses Mädchen, und dabei war sie nicht einmal häßlich. Ob er sie morgen treffen würde?

Nach Geschäftsschluß steuerte er geradewegs nach der Wohnung von Hans Moosbauer. An diesem letzten Abend sollte er auch dabei sein, der arme Teufel. Aber als er klingelte, öffnete die Vermieterin und erklärte, daß Hans verreist sei und wahrscheinlich erst in ein oder zwei Tagen zurückkommen würde.

„Der wird sich ja wundern!" sagte Holländer zu sich.

Dann ging er zu Toni. Sie war beim Einpacken und er mußte sich noch gedulden, bis sie fertig war.

Nachdem er sie eine Weile stumm bei ihrer Arbeit beobachtet hatte, sagte er: „Das ist gar nicht schön von Ihnen!"

„Was?" sagte Toni, indem sie aufblickte.

„Daß Sie mich gar kein wenig lieb gehabt haben!"

(Fortsetzung folgt.)

Nationalistische Revolverpresse
gebührend gekennzeichnet

Bonn, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Bonner Oberbürgermeister hatte vor einiger Zeit im Amtsblatt der Stadt eine Verfügung erlassen, in der es heißt, daß die Stadtverwaltung es grundsätzlich ablehne, gegen Revolverblätter vom Schlage des nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachters" vorzugehen, der von Verbrechern am deutschen Volke geschrieben und auch sonst unerhörteste Beleidigungen gegen republikanische Beamte und Regierungspersönlichkeiten gerichtet hatte. Der Ratgeber des „Westdeutschen Beobachter", der Nationalsozialist Ley, hatte aber die Frechheit, gegen den Bonner Oberbürgermeister Dr. Falk daraufhin Beleidigungsklage zu erheben. Dr. Falk wurde nach mehrtägiger Verhandlung des Bonner Schöffengerichts freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es richtig sei, daß der „Westdeutsche Beobachter" die Tendenz eines Revolverblattes verfolge und Sensationsmeldungen übelster Art bringe. Der Bürgermeister habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und sei demnach auch berechtigt gewesen, kräftige Ausdrücke zu gebrauchen. Das freisprechende Urteil ist in der Oeffentlichkeit allgemein begrüßt worden.

Fahlbusch und Schulz
Keine Einstellung des Verfahrens

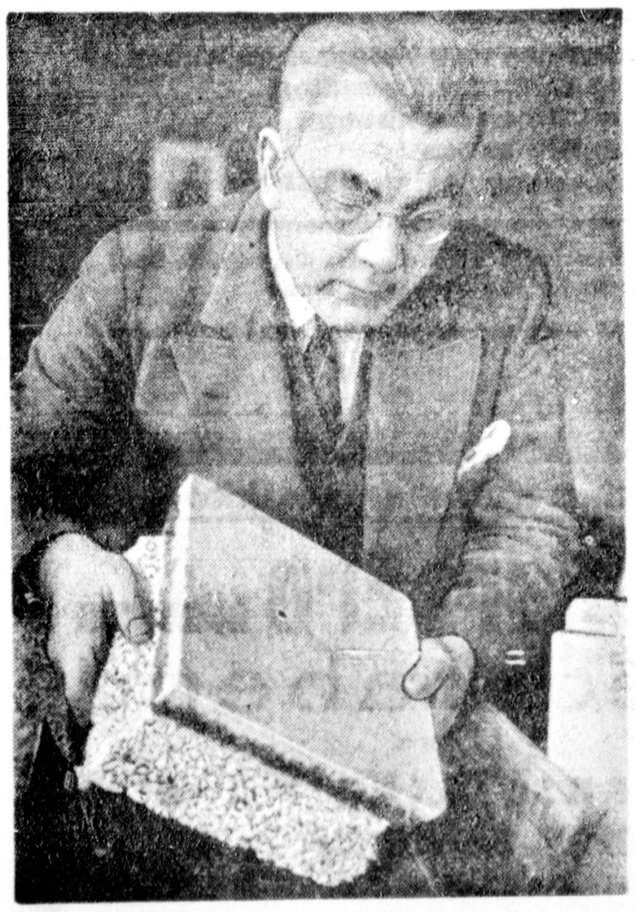
Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Die Justizpressestelle teilt mit: In der Strafsache gegen Fahlbusch und Genossen hat die Strafkammer des Landgerichts 3 die Anträge der Angeschuldigten Schulz und Fahlbusch auf Einstellung des Verfahrens zurückgewiesen, da für eine Einstellung des Verfahrens außerhalb der Hauptverhandlung mangels ausreichender bisheriger Feststellungen kein Raum ist.

Das Gericht hat ferner den auch von der Staatsanwaltschaft unterstützten Antrag des angeschuldigten Fahlbusch auf Abtrennung seines Verfahrens von dem Verfahren gegen Schulz abgelehnt. Nach der Begründung des Beschlusses würde eine Verhandlung ohne Schulz der Findung der Wahrheit zur Zeit schwer schaden, da sich eine restlose Klarheit sowohl über die Frage, ob Schulz als Anstifter zum Morde schuldig ist, wie über die Frage, ob Fahlbusch aus eigenem Entschluß oder auf Befehl eines Vorgesetzten gehandelt hat, sich nur in der Hauptverhandlung bei Gegenüberstellung der beiden Angeschuldigten gewinnen lasse.

Ob mal in einem späteren Zeitpunkt das Gericht sich im Hinblick auf die Art der Krankheit von Schulz zu einer Abtrennung des Verfahrens gegen Fahlbusch entschließen wird, bleibt der weiteren ärztlichen Beobachtung von Schulz und der damit zusammenhängenden späteren Stellungnahme des Gerichts vorbehalten.

Aufreizung zum Steuerstreik
Die Anklage gegen die Landvolkführer

Kiel, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Oberstaatsanwalt hat gegen 25 Landvolkführer Anklage wegen Aufretzung zum Steuerstreik und Amtsanmaßung erhoben. Die Amtsanmaßung sieht der Oberstaatsanwalt in einer Kundgebung der Nothilfe, in der dem Oberpräsidenten verboten wurde, ohne Zustimmung der Nothilfe Anordnungen zu erlassen und in der öffentlichen Mitteilung, daß alle ohne Zustimmung der Nothilfe erlassenen behördlichen Anordnungen ungültig seien.



Eine umwälzende Erfindung im Bauwesen. Der Berliner Ingenieur W. Mühe hat einen neuen Baustoff erfunden, der unter dem Namen „Normaplatte" patentiert wurde. Diese Platte übertrifft an Billigkeit und Qualität selbst den Ziegelstein und besteht nur aus Leichtbeton mit einer wetterfesten Außenhaut. — Der Erfinder mit der Normaplatte.

Sozialdemokratische Anfrage
Zur Erweiterung der Regierungskoalition in Württemberg

Stuttgart, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Das Württembergische Staatsministerium hat geglaubt, die Tatsache der Erweiterung der Regierungskoalition dem Württembergischen Landtag durch ein kurzes Schreiben seiner Kanzlei mitteilen und sich vor einer politischen Begründung des Vorganges drücken zu können. Das ist von der sozialdemokratischen Fraktion durch folgende Anfrage im Landtag durchkreuzt worden:

1. Welche Folgen ergeben sich aus der Regierungserweiterung für die grundsätzlichen Richtlinien der Regierungspolitik, insbesondere für die Stellung der Regierung zur Außenpolitik des Reiches. Zu den Fragen der Reichsreform, der Wirtschaftspolitik und der württembergischen Verwaltungsreform sowie der Schulreform? Welche Zusicherungen sind den beiden zur Regierungskoalition hinzugetretenen Parteien in diesen Fragen bei der Regierungserweiterung gegeben worden?

2. Auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage beruht die neue Einrichtung des ehrenamtlichen Beirates des Staatsministeriums? Wie verträgt sich die Einrichtung dieses Amtes mit der Bestimmung des § 26 der Landesverfassung, daß die Staatsleitung durch den Landtag dem Staatsministerium übertragen wird und mit dem Artikel 1 des Gesetzes über das Staatsministerium, wonach das Ministerium aus fünf Ministern besteht? Welche Befugnisse sind dem ehrenamtlichen Beirat eingeräumt? Welche Auswirkungen wird die Einrichtung des ehrenamtlichen Beirates auf die nach § 26 der Verfassung den Ministern auferlegte Pflicht haben, die Geschäfte seines Ministeriums unter eigener Verantwortlichkeit zu führen? Aus welchem Etat werden die Entschädigungen des ehrenamtlichen Beirates bestritten und wie hoch sind sie?

Der Forsthaushalt vor dem Landtag
Der sozialdemokratische Redner fordert Lohnerhöhung für die Forstarbeiter, der deutschnationale wendet sich dagegen

Berlin, 22. Januar. (Drahtbericht.)

Der Preußische Landtag nahm am Mittwoch einen Antrag des Wohnungsausschusses an, der weitere Berücksichtigung der Not Oberschlesiens durch erhöhte Zuwendungen aus dem Wohnungsfürsorgefonds fordert.

Dann wurde die Aussprache zur zweiten Lesung des Gestütsetats beendet. Die Abstimmungen sollen am Sonnabend stattfinden.

Hierauf begann die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Forsthaushalts. Der Hauptausschuß verlangt dazu engeres Zusammenarbeiten mit dem nichtstaatlichen Waldbesitz, sowie schleunige Wiederaufforstung der Eulenfraßgebiete und schärfere Handhabung der Forstpolizeibestimmungen. Auch sollen die Staats- und Kommunalbehörden gehalten sein, nur inländisches Holz zu verbrauchen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies darauf hin, daß im Forstetat eine kleine Verschlechterung festzustellen sei, vor allem, weil wegen der Kapitalnot nicht so viel gebaut werden konnte. Auch sei der Waldschaden besonders groß gewesen. Das Bergius'sche Verfahren der Zuckergewinnung aus Holz werde vom Ministerium verfolgt, wenngleich dieser Zucker nicht so nahrhaft wie der Normalzucker sei. Auch die Bestrebungen, aus Sägespänen Branntwein zu gewinnen, würden beobachtet. Er setzte sich für Erhaltung von Elch und Wisent ein, habe sonst aber Maßnahmen gegen den hohen Wildschaden angeordnet.

In der Debatte wurde namentlich die Notlage des Ostens betont und bemängelt, daß die Holzeinfuhr nach Deutschland von Jahr zu Jahr so gestiegen sei, daß viele hundert Millionen dafür von uns an das Ausland gegeben würden. Das sollte man endlich im Reich bei den Handelsverträgen berücksichtigen und die Tarifpolitik der Reichsbahn sollte nicht so gestaltet sein, daß das polnische Holz billiger ins Ruhrgebiet kommt als das ostpreußische. Rationalisierung sowie straffere Anziehung der Holzzölle sei notwendig.

Abg. Grötzner (Soz.) trat für die Gewährung höherer Lohnsätze an die Forstarbeiter ein. Beamte, die beim Volksbegehren einen Druck auf die Forstarbeiter zugunsten der Eintragung ausgeübt hätten, müßten abgebaut werden. (Hört! Hört! rechts.)

Abg. Graf Garnier (Dn.) wies darauf hin, eine Erhöhung des Stundenlohns um 3 Pfg. für die Forstarbeiter bedeute viele Millionen Mindereinnahme auch für den Privatwaldbesitz. Einer übertriebenen Lohnerhöhung könne die deutschnationale Fraktion nicht zustimmen. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag nicht wieder mit der Preisgabe realer deutscher Werte endet.

Weiterberatung Donnerstag.

Arbeitslosendemonstrationen in Polen
Von der Polizei mit blanker Waffe auseinandergetrieben

WTB. **Warschau**, 22. Januar. (Drahtmeldung.) In Graudenz versuchten gestern 600 bis 700 Arbeitslose das Rathaus und die Starostei zu stürmen. Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander.

Zu größeren Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und Polizei kam es im ostgalizischen Städtchen Solths, wobei auf beiden Seiten Schüsse fielen. Eine Person wurde getötet und fünf, darunter drei Kommunisten, erhielten Verletzungen.

Ein weiterer Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei wird aus dem ostgalizischen Ort Lubycza Krolewska gemeldet. Blättermeldungen zufolge wurde eine Polizeistreife von kommunistischen Demonstranten angegriffen. Auch dort wurde ein Kommunist, der einen Polizisten mit dem Messer bedrohte, niedergeschossen.

Weitere kommunistische Kundgebungen, die aber von der Polizei kampflos unterdrückt werden konnten, werden aus den kongreßpolnischen Orten Sosnowitz und Zdunska Wola gemeldet.

Stillegung der Rohrbachwerke?
Keine weitere Sanierung durch das Reichsverkehrsministerium

Berlin, 22. Januar. (Privattelegramm.) In der Frage der etwaigen Stillegung der Rohrbachwerke ist bisher von Aeußerungen unterrichteter Stellen abgesehen worden, da befürchtet werden mußte, daß die ausländischen Verhandlungen der Gesellschaft gestört werden könnten. Nachdem offenbar von Seiten der Firma Rohrbach aus Informationen in die Presse gelangt sind, die ein falsches Bild von der ganzen Angelegenheit geben, sieht sich das Reichsverkehrsministerium genötigt, zu erklären, daß es keine abermalige Sanierung der Rohrbachwerke vornehmen wird und daß auch die der Firma noch in Aussicht gestellt gewesenen 200 000 Mark aus dem Abhängungskredit des Reiches in Höhe von neun Millionen nicht gezahlt werde. Die Streichungskommission des Reichstages hatte ausdrücklich gewünscht, daß an Rohrbach der ausgesetzte Betrag von 300 000 Mark nicht gezahlt werden sollte. Es sind jedoch noch 100 000 Mark kurz vor Weihnachten gezahlt worden, da die Verhandlungen mit Amerika aussichtsreich erschienen. Eine weitere Zahlung kommt nicht mehr in Betracht.

Der Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte
Die leitenden Beamten festgenommen

Berlin, 22. Januar. (Drahtmeldung.) Die von der Polizei geführten Ermittlungen in der Angelegenheit der vor mehreren Monaten zusammengebrochenen Bank für deutsche Beamte, wobei einige Tausend kleine Einleger um ihr ganzes Hab und Gut gekommen sind, haben, den Blättern zufolge, nunmehr dazu geführt, daß gegen einige leitende Beamte der Bank ein Verfahren in die Wege geleitet wurde. Im Laufe der Ermittlungen ergab sich so viel belastendes Material, daß einige der Vernommenen vorläufig festgenommen und heute mittag dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt wurden.

Wieder einmal!
Ernste Lage an der paraguayisch-bolivianischen Küste

Washington, 21. Januar. (Drahtmeldung.) Wie gemeldet, war es vor einigen Tagen an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay zu einem Zwischenfall gekommen. Eine bolivianische Patrouille hatte eine paraguayische Truppenabteilung in der Nähe von Puerto Casado angegriffen, wobei es einen Toten gab. Der Geschäftsführer Paraguays in Washington teilte nun heute dem Staatsdepartement mit, er befürchte, daß ein Konflikt unmittelbar bevorstehe. Seine Regierung habe ihm zur Kenntnis gebracht, daß der bolivianische Oberbefehlshaber, General Knutz, den allgemeinen Angriff auf die paraguayische Grenze befohlen habe.

Die „Italia"-Expedition
Der Untersuchungsbericht wird veröffentlicht

Rom, 23. Jan. (Drahtmeldung.) Infolge der kürzlichen Veröffentlichung einiger Bücher über den Schiffbruch des Luftschiffes „Italia" und der in der Auslandspresse darüber erschienenen Besprechungen hat das Marineministerium im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten angeordnet, daß der vollständige Bericht der Untersuchungskommission über die italienische Polarexpedition veröffentlicht werden soll.

Schweres Motorradunglück in Dortmund

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag um ½2 Uhr auf der Hohestraße in der Nähe des Verkehrsvereins. Ein Motorradfahrer fuhr gegen ein aus der Poststraße herauskommendes Auto und erlitt schwere Verletzungen. Er wurde [illegible] Krankenhaus geschafft.

Reklame-Angebot

Küche für **295** Mk
Küche für **335** Mk.
Küche für **395** Mk.
Sämtliche Küchen bestehen aus: Büfett, Anrichte, Tisch, 2 Stühlen

Schlafzimmer
Eiche ger. für **495** Mk
Schlafzimmer
Eiche furn. für **595** Mk.
Schlafzimmer
Eiche furn., 2 m für **695** Mk
sowie sämtliche Einzel-Möbel erhalten Sie im

Möbelhaus Frank
Bismarckstraße 110

WERBE DRUCKE

werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt

BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

. . . . und wieder einmal billige

Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten!

Gelbe Erbsen	Pfd. 24, 16
Grüne Erbsen	Pfd. 24 Pf
Weiße Bohnen	Pfd 34 Pf
Linsen	Pfd. 23 Pf
Voll-Reis	Pfd. 20 Pf
Haferflocken	Pfd 25 Pf

Fetter Speck geräuchert Pfund **90** Pf

Blutwurst	Pfd. 60 Pf
Leberwurst	Pfd. 70 Pf
Plockwurst	Pfd 1.80
Sülze	Pfd. 50 Pf
Schinkenspeck	Pfd 1.90
Gek. Schinken	Pfd 2.-

Molkereibutter Pfd. **1.68**

Tilsiter Käse 20%	Pfd. 78 Pf
Schweizer Käse dän.	Pfd 1.10
Weißlack. Bierkäse	Pfd. 1.20
Allg. Stangenkäse	Pfd. 58 Pf
Margarine	Pfd 48 Pf
Kokosfett	Pfd. 50 Pf

Fleisch-Preise

Ochsenfleisch

Suppenfleisch	Pfd. 1.-
Hohe Rippe	Pfd. 1.10
Zum Braten	Pfd. 1.25

Schweinefleisch

Schweine-Bauch	Pfd 1.20
Schinken	Pfd. 1.25
Flomen	Pfd. 95 Pf

Kalbfleisch

Ragout	Pfd. 1.30
Rücken	Pfd. 1.50
Keule	Pfd. 1.60

Gehacktes Pfd. **98** Pf
Ochsen-Leber frisch Pfund **1.28**

Jg. Schnittbohnen	1/1 Dose 50 Pf
Jg. Erbsen m. Karott.	1/1 Dose 80 Pf
Gemischt. Gemüse	1/1 D. 1.-
Karotten geschnitten	1/1 Dose 50 Pf
Jg. große Bohnen	1/1 D. 90 Pf
Sellerie in Scheiben	1/1 Dose 1.10

Schweineschmalz Pfund **65**

Ananas in Scheiben	Dose 1.-
Pflaumen m. Stein	1/1 Dose 50 Pf
Kirschen rot m. Stein	1/1 Dose 1.-
Aprikos.-Marmel.	Pfd.-Gl. 50 Pf
Pflaumen-Konfit.	Pfd.-Gl. 50 Pf
Apf.-Aprik.-Marm.	2-Pfd.-E. 1.-

Fett-Bücklinge Pfund **29** Pf

Bratheringe	Liter-Dose 78 Pf
Hering in Gelee	Liter-Dose 95 Pf
Seelachs in Scheiben	1/4 Pfd 40 Pf
Räucher-Aal	1/4 Pfd. 70 Pf
Heringssalat	1/4 Pfd. 25 Pf
Fleischsalat	1/4 Pfd. 28 Pf

Verkauf soweit Vorrat!

ALTHOFF
BUER

Besuchen Sie **Die bunte Stadt**
in der Ausstellungshalle Gelsenkirchen :: Wildenbruchstr.
Täglich geöffnet!
u. a. Hippodrom, Schiffsschaukel, Verlosungs- und Schießstände, Varieté-Attraktionen, der Elektro-Selbstfahrer
Sensation! ► Neu für Gelsenkirchen
Der Schwing-Kreisel

Freibank.
Morgen Freitag von 8–9 Uhr
Nr. 1371 – 1490.
Schlachthofverwaltung.
Freibank
im Fr. Schlachthofgebäude Buer
Freitag, von 9–10 Uhr
Nr. 923 1000 und Nr. 1–75.
Schlachthofverwaltung.

Der weltbekannte Gelehrte

Prof. Dr. Hermann Muckermann

Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschlicher Erblehre und Eugenik

hält im großen Saale des Hans-Sachs-Hauses (abends 8 Uhr) folgende Vorträge über

„Das kommende Geschlecht"

bezw.

„Ehe und Familie im Lichte der Eugenik"

Sonntag, den 26. Januar: **Neue Forschungen zum Vererbungs-Problem**
Dienstag, den 28 Januar: **Abdämmung erblicher Belastung**
Mittwoch, den 29. Januar: **Behütung erblicher Begabung**
Donnerstag, 30. Januar: **Vom werdenden Leben**
Freitag, den 31. Januar: **In den Entwicklungsjahren der Reife**

Dauerkarten à 3.- Mark (für Schüler und Schülerinnen der drei oberen Klassen zu 1.- Mark) sind in den Buchhandlungen zu haben; Einzelkarten 1.— Mark bezw. 30 Pfennig.

Der Besuch der Vorträge wird warm empfohlen!

Die Sensation des Tages!

Soeben erschienen:

§ 218

(Gequälte Menschen)

Von Carl Credé

Mit großem Erfolg aufgeführt in Leipzig, Halle, Hannover, Mannheim, Heidelberg, Düsseldorf, Darmstadt, Worms, Frankfurt a. M., Braunschweig. Als Gastspiel fest vorgesehen für München, Chemnitz, Magdeburg, Berlin, Paris, London, Stuttgart und andere Städte.

Aufsehenerregend! Ungeheurer Erfolg!

Die Broschüre in Textbuchform behandelt den mutigen Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen.

Hannover: „Wenn auch nur ein Zehntel von dem, was auf der Bühne gezeigt wird, der Wirklichkeit entspricht, ist der § 218 mehr als überfällig . . . . ich bedaure jeden Arzt, Richter, Rechtsanwalt oder Geistlichen, der das Stück nicht gesehen und auf sich hat wirken lassen . . . ."

„Frankfurter Zeitung" vom 7. Dezember 1929 schließt ihren langen Rezensionsbericht: „Die Szene wird zur Volksversammlung, die Schauspieler zu Rednern und das Schicksal These."

„Frankfurter Volksstimme" vom gleichen Tage: . . . Es ist ein Stück, das die Zuschauer mitreißen aufwühlen muß . . . . Jeder fühlende Mensch, einerlei in welchem Lager, muß zu einem begeisterten Kämpfer für die Beseitigung des „Armesündenparagraphen 218" werden.

Hunderttausende von Frauen
haben Leben und Gesundheit eingebüßt oder sind ins Zuchthaus gewandert!
Darum fort mit dem Schandparagraphen!

I. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die Piscator-Bühne bringt hier in Gelsenkirchen am 4. Februar und in Buer am 1. Februar obiges Drama. Keiner versäume, sich das Textbuch vorher zu beschaffen. **Preis 1.30 Mk.**

Bestellungen durch den Zeitungsboten an

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Die beste Reklame ist das Inserat

Nächste Ziehung:
Große
11te Volkswohl
Lotterie
12. – 13. Februar 1930
Höchst- und Hauptgewinne

150 000	100 000
75 000	50 000
40 000	20 000
10 000	5 000

u. s. w.
Einzellos 1.- Mark
Doppellos 2.- Mark
Glücksbriefe mit 5 Losen 5.- Mark, mit 10 Losen 10.- Mark

Degenhard
Georgshaus Lotteriezentrale Gelsenkirchen

Städtisches Kammermusikkonzert

Kammersänger **Karl Erb** München

Liederabend

im

Hans-Sachs-Haus
Montag, 27. Januar, 20 Uhr

Am Flügel: Städt. Musikdirektor Paul Belker.

Karten zu 0.75 M. 1.25 M. 2.25 M. 3.50 M. sind im städt. Bildungsamt (Hans Sachs-Haus, Zimmer 278), Rathaus Buer Zimmer 17 bei Alsberg, Müller, Rating, Reddemann, Dieckhöner, bei den Verkehrsvereinen Gelsenkirchen Buer, Horst, Wattenscheid, Wanne Eickel, bei Arenhold (Buer), Urbanusbuchhandlung (Buer) und am Montag an der Abendkasse. — Vergl. Lokalnotiz.